Dienstag, 30. August 1983 - D***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24, Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 201 - 35.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Neue Bedenkzeit: Israels rücktrittswilliger Ministerpräsident Begin läßt sich in dreistündiger Aussprache mit seinen Koalitionspartnern überzeugen, seine Entscheidung noch einmal „zu überdenken". Erst mit der Übersendung seines Rücktrittsschreibens an Staatspräsident Chaim Herzog würde die Demission wirksam. Das gesamte Kabinett müßte dann ebenfalls aus dem Amt scheiden. In Bonn bleibt das Kanzleramt bei den Vorbereitungen für den Israel-Besuch Kohls ab Mittwoch.

Kämpfe in Beirut: In den heftigsten Kämpfen seit dem Vorrükken israelischer Truppen in Libanon sind zwei amerikanische Marineinfanteristen getötet worden. Die US-Einheiten setzten erstmals auch Artillerie ein. Zentrum der Gefechte ist Süd-Beirut mit dem Flughafen. (S. 6)

Neues Abkommen: Der ehemalige Bundeskanzler Schmidt spricht sich im US-Fernsehen für baldigen Abschluß eines Abkommens zur Begrenzung der Atomrüstung und ihrer Weiterverbreitung aus. Es drohe die Gefahr, daß ein kleines Land mit Atomwaffen „die Nerven verliere".

Protest Israels: Als „offen rassistisch" hat Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, Ovadia Soffer, die dort beginnende internationale „Palästina-Konferenz" kritisiert.

Albrecht bleibt bei Thesen: Der niedersächsische Ministerpräsident verteidigt seine Vorstellungen von der Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Sozialstaats gegen Kritik von SPD und Gewerkschaften, aber auch aus den Reihen der Union. (S. 1)

Jaruzelski droht: Polens Partei- und Regierungschef droht mit Blick auf den dritten Jahrestag des Danziger Abkommens mit der inzwischen verbotenen Solidarnosc offen mit Gewaltanwendung gegen „Ruhestörer".

Tschad: Frankreich baut seine militärische Präsenz in Tschad durch Verlegung moderner Kampfpanzer des Typs AMX-10 aus.

SPD und Bundeswehr: Die Sozialdemokraten müssen „der Bundeswehr mehr Beachtung schenken" und dürfen keinen Zweifel an ihrer Bündnistreue aufkommen lassen, warnt der Abgeordnete Erwin Horn seine Partei.

Schmidt in die „DDR": Alt-Bundeskanzler Schmidt reist vom 3. bis 5. September in die „DDR", bestätigt sein Bundestagsbüro.

Heute: Genscher zu EG-Sondersitzung nach Brüssel. – SPD-Bundestagsabgeordnete reisen in die „DDR". – Berliner CDU will über Rastemborski-Nachfolge entscheiden. – US-Sonderbotschafter für Mittelamerika, Stone, trifft salvadorianische Guerrilla.

ZITAT DES TAGES



„Die Stahlkrise ist ja nicht in der Regierungszeit Kohls vom Himmel gefallen, sondern sie zeichnet sich schon seit Jahren ab."

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß über die Stahl-Politik von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP).
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Privatisierung: Finanzminister Stoltenberg dämpft Erwartungen auf baldige Verkäufe von Teilen der Bundesunternehmen an Private. Entscheidungen „weder spruchreif noch gar schon gefallen". (S. 7)

„Conference Board": Die US-Wirtschaftswissenschaftler sehen für 1984 weltweiten Aufschwung. Wachstum in USA von vier Prozent erwartet, Japan 4,2 und Bundesrepublik Deutschland 2,5 Prozent.

Quoten für Milchmarkt: Bundesregierung will einem Quotensystem für den Milchmarkt der EG zustimmen, erklärt Landwirtschaftsminister Kiechle. (S. 3 u. 7)

BDI vorsichtig: Eine weiter langsame Konjunkturerholung registriert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Von einem echten Aufschwung könne noch nicht gesprochen werden.

Maschinen flau: Die Bestellungen sind laut Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau im Juli real um 15 Prozent gefallen; im Inland um 28, im Ausland um ein Prozent.

Großchemie: Positive Halbjahresbilanz von Bayer (Gewinn vor Steuern 850 Mill. DM, plus 19,1 Prozent), Hoechst (804 Mill., plus 44,1 Prozent) und BASF (plus 11,7 Prozent auf 609 Mill. DM).

Herold-Leben im Plus: Gesamtüberschuß 1982 von 269 Millionen (plus 14 Prozent gegen 1981). Versicherungsbestand 20,7 Milliarden (1981: 19,9). (S. 9)

Börse: Bei geringer Kaufneigung schwächten sich die Aktienkurse weiter ab. Am Rentenmarkt herrschte Abgabedruck. WELT-Aktienindex 135,7 (137,4). Dollarmittelkurs 2,6803 (2,6580) Mark. Der Londoner Goldmarkt war am Montag wegen eines Bankfeiertages geschlossen.

KULTUR

Karajan digital: Die neue Aufnahme der Bizet-Oper „Carmen" in Digital-Technik wurde in Salzburg vorgestellt. Eine Bildplatte wurde in Aussicht gestellt.

Rarität in Wiesbaden: Mit einer Opernrarität beginnt am Sonntag die neue Spielzeit des Hessischen Staatstheaters: „Hamlet" von Ambroise Thomas.

SPORT

Rudern: Der Achter des DRV hat bei der Weltmeisterschaft in Duisburg noch geringe Chancen, ins Finale einzuziehen. Dazu reicht der erste oder zweite Platz im heutigen Hoffnungslauf.

Moderner Fünfkampf: Das deutsche Team hatte bei der Weltmeisterschaft der Damen in Göteborg einen schwachen Start. Nach der ersten Disziplin, dem Reiten, liegt es nur auf Platz fünf. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Countdown: Die Raumfähre Challenger soll zum ersten Mal nachts starten (Dienstag 02.15 Uhr Ortszeit). Gleichzeitig läuft ein „Countdown" mehrerer Firmen, die sich bei der Nasa um die kommerzielle Nutzung der Raumflüge bewerben. (S. 14)

Notfunk erfolgreich: Das ein Jahr lang im Raum Darmstadt erprobte Auto-Notfunk-System bei Verkehrsunfällen hat sich bewährt.

Wetter: Norden und Mitte heiter, bis 26 Grad. Im Süden wechselnd wolkig, nahe 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Jerusalem will, daß Kohl an seinem Besuch festhält

Koalitionspartner appellierten an Begin: Sie dürfen jetzt nicht gehen

DW. Bonn/Jerusalem

Israel hat trotz der innenpolitischen Unsicherheit nach der Rücktrittsankündigung von Ministerpräsident Menachem Begin der Bundesregierung in Bonn den Wunsch übermittelt, daß Kanzler Helmut Kohl wie vorgesehen zu seinem Besuch nach Jerusalem kommen möge. Staatssekretär Peter Boenisch sagte gestern ferner, der Bundesregierung sei versichert worden, daß es keine außenpolitischen Gründe für Begins Haltung gebe.

Die Regierung in Bonn ging deshalb gestern nachmittag davon aus, daß Kohl morgen nach Israel reist. Boenisch bemerkte aber einschränkend, eine Rücktrittsentscheidung Begins könnte noch Auswirkungen haben. Er präzisierte: Bei einer wirklichen Regierungskrise und einem Rücktritt des Ministerpräsidenten mit Neuwahlen könnte ein Besuch Kohls schwierig werden, da die Reise dann als Einmischung in den Wahlkampf verstanden werden könnte. Bei einem Verbleib Begins an der Spitze einer Übergangsregierung wäre die Visite aber durchaus denkbar.

Auf Drängen seiner Kabinettskollegen und führender Vertreter der Koalitionsparteien hatte sich Begin gestern bereit erklärt, „noch einmal zu überlegen", ob er an seiner Absicht festhält, zurückzutreten. Er wollte noch am selben Abend, spätestens jedoch heute, seine Entscheidung bekanntgeben.

Am Vormittag hatten sich führende Mitglieder der Koalitionsfraktionen optimistisch geäußert. „Wir haben Anlaß zur Hoffnung", meinte der Abgeordnete Menachem Porusch von der religiösen Partei „Agudat Israel".

SEITE 2:
Der Eckstein in Nahost
Weitere Beiträge auf Seite 6

Auch Erziehungsminister Hammer erklärte, es gebe Hoffnung, daß Begin seine Meinung ändern werde. Justizminister Nissim sagte, „wir haben kein Jota Hoffnung verloren". Die Hoffnungen, daß Begin im Amt bleibt, gründeten sich darauf, daß der Ministerpräsident „in dieser kritischen Phase das Steuer des Landes nicht loslassen darf", wie sein Schwiegersohn und stellvertretender Chef der Likud-Fraktion, Roni Milo, erklärte.

Den gleichen Tenor wies die Äußerung des früheren Verteidigungsministers Ariel Sharon auf, der Begin aufforderte: „Sie können jetzt, wo uns noch große Prüfungen bevorstehen, nicht abspringen." Sharon bezog sich dabei offensichtlich auf die noch nicht abgeschlossene Aktion israelischer Truppen im Nachbarland Libanon. Die gleiche Tendenz wies nach Angaben des israelischen Rundfunks eine Äußerung von Kommunikationsminister Zipori auf. „Sie haben unsere Soldaten nach Libanon geschickt, und Sie dürfen nicht aufgeben, solange diese Soldaten nicht wieder zu Hause sind", meinte Zipori.

Nach einem Bericht des US-Nachrichtenmagazins „Time" hat ein Wutausbruch des ehemaligen Verteidigungsministers Sharon Begin am Sonntag dazu veranlaßt, seine Rücktrittsabsichten bekanntgeben zu lassen. Bei der Kabinettssitzung sei Sharon in Wut geraten, weil Begin nach seiner Ansicht auf amerikanischen Druck hin entschieden habe, den Teilabzug israelischer Truppen aus den Schuf-Bergen zu verschieben. Sharon habe Begin mit den Worten

● Fortsetzung Seite 6

Sozialausschüsse attackieren Albrecht

Niedersachsens Ministerpräsident hält seine Vorschläge zur Wirtschaftspolitik aufrecht

fac. Bonn

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hält seine Vorschläge zur Wirtschaftspolitik ungeachtet kritischer Stimmen auch aus den Reihen der Union aufrecht. Vorwürfe von SPD- und Gewerkschaftsseite, er wolle den Sozialstaat abbauen, konterte Albrecht gestern mit der Bemerkung: „Ich glaube, daß es darum geht, unseren Sozialstaat wieder funktionsfähig zu machen. Wenn jetzt die Vorschläge, die ich mache, in Teilen zunächst einmal Überraschung und Verblüffung hervorrufen, dann spricht das nur dafür, daß sie tatsächlich Neues darstellen und nicht nur die gängige Münze."

Der Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Vorsitzende verteidigte im Deutschlandfunk insbesondere seine Anregung, daß künftig die Wertschöpfung in der Volkswirtschaft besteuert werden sollte und nicht mehr der bezahlte Arbeitsplatz. Die Konsequenzen wären „gewaltig". Albrecht: „Denn erstens würden dann die Arbeitskosten billiger, ohne daß die Löhne gesenkt würden. Im Gegenteil: Auch die Arbeitnehmer würden ja entlastet, wenn sie weniger einzuzahlen hätten für Krankenversicherung, Unfallversicherung usw. Zweitens würden wir dann nicht das gewaltige Problem der Schwarzarbeit haben, drittens wäre die Beschäftigung von Menschen zum Beispiel im Naturschutz, in Krankenhäusern leichter; man könnte für dasselbe Geld mehr Menschen beschäftigen. Ich glaube, daß dies wirklich eine Erleichterung in unseren Bemühungen wäre, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen."

SEITE 3:
Gegen Arbeitslosigkeit

Auf scharfen Gegenkurs zu Albrecht steuerte Wolfgang Vogt, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse und parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesarbeitsminister Blüm. Er sprach von einem „Gesundungsmenü aus den Kochbüchern neokonservativer Köche" und von einem widersprüchlichen Papier. Zu Albrechts Empfehlung, statt der Lohn- und Einkommensteuer die Unternehmenssteuer zu senken sowie Kündigungs-, Mitbestimmungs- und Jugendschutzbestimmungen zu überprüfen, bemerkte er in Frageform: „Eine gigantische Aktion Umverteilung als Rezept gegen die Krise? Mit billiger Arbeitskraft gegen den Mikroprozessor? Wer diesen Wettlauf empfiehlt, jagt den Hasen in den Wettlauf mit den Igeln."

Ein Holzweg mit besonders dünnen Brettern sei die Forderung, „soweit es geht" die Finanzierung des sozialen Netzes von Löhnen und Beiträgen abzukoppeln. Die Thesen aus Hannover seien verhängnisvoll statisch. Im Gegensatz zum DGB, der gefordert hatte, das Albrecht-Papier zu den Akten zu legen, sagte Vogt aber: „Das Papier ist diskussionsbedürftig – zur Rehabilitation unseres Grundsatzprogrammes und zum Nachweis, daß die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für die CDU verpflichtend bleiben."

Bonn beharrt auf Geheimhaltung

Öffentlichkeit soll Standorte von Atomwaffen und chemischen Waffen nicht erfahren

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Im Gegensatz zu anderen NATO-Staaten in Europa will die Bundesregierung in Bonn an ihrer Politik festhalten, der Öffentlichkeit die Standorte von Atomwaffen und chemischen Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik nicht bekanntzugeben. Das hat jetzt zu einer kuriosen Entwicklung geführt: In öffentlich zugänglichen Protokollen des US-Kongresses ist zu lesen, daß die Gemeinde Wüschheim im Hunsrück als Standort für die US-Marschflugkörper der NATO-„Nachrüstung" vorgesehen ist. Die Bundesregierung weigert sich aber trotzdem, dies zu bestätigen.

Sie beruft sich dabei auf einen Beschluß ihrer Vorgängerin, der Regierung Schmidt/Genscher, die im Sommer 1982 festgelegt hatte, Stillschweigen über die Standorte solcher Waffen zu bewahren.

Dieser Beschluß des Bundessicherheitsrates, dem Kabinettsausschuß unter Vorsitz des Bundeskanzlers, der alle die äußere Sicherheit des Staates betreffenden Fragen geheim erörtert und entscheidet, ist von der neuen Regierung unter Führung von Kanzler Kohl im Herbst 1982 kurz nach Bildung der Koalition aus CDU/CSU und FDP bestätigt worden, obwohl bekannte Unionspolitiker wie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, der CDU-Abgeordnete Marx, den Sinn dieser restriktiven Informationspolitik in Militärfragen anzweifelte. Eine Änderung der Regierungslinie zeichnet sich nach Informationen der WELT trotzdem nicht ab, obwohl zum Beispiel London, Rom und Brüssel die Standorte der „Nachrüstungs"-Waffen offiziell bekanntgegeben haben.

In Bonner Regierungskreisen hieß es dazu, eine weniger restriktive Information in diesen Fragen würde es schwermachen zu unterscheiden, was der Geheimhaltung unterliegt und was nicht. Deshalb bleibe die Regierung dabei, einschlägige Berichte weder zu bestätigen noch zu dementieren. Warum die Information über Wüschheim in Washington öffentlich verfügbar sei, könne in Bonn nicht beantwortet werden. Spekuliert wurde von Beobachtern, bestimmte Kreise in der US-Regierung hätten ein Interesse, daß Bonn seine Zurückhaltung zu dieser Thematik aufgeben solle. Klare Hinweise darauf liegen allerdings nicht vor.

Das Hamburger Magazin „stern" berichtet, der Standort Wüschheim gehe aus den jetzt freigegebenen Protokollen der Frühjahrssitzungen des Verteidigungsausschusses des Repräsentantenhauses hervor. Sie sind nach dem Druck für jedermann in der Kongreßbibliothek zugänglich.

Aus den Protokollen gehe weiter hervor, daß der Ausbau der Basis für die US-Marschflugkörper im Hunsrück für Januar/Februar 1984 geplant ist. Für die Bundesrepublik sind im NATO-Doppelbeschluß beim Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen 96 Marschflugkörper zur Stationierung vorgesehen.

„Friedensbewegung" vor der Spaltung?

„Autonome" drohen Gruppen, die am Loccumer Gespräch mit der Polizei teilnehmen wollen

gur./DW. Marburg

Die jüngsten Beschlüsse des sogenannten autonomen Flügels der „Friedensbewegung" markieren einen Riß innerhalb der gegen die NATO-Nachrüstung agierenden Gruppen. 200 Teilnehmer eines Bundestreffens der „Autonomen" grenzten sich ausdrücklich von der geplanten Zusammenkunft von Vertretern der „Friedensbewegung", der Kirchen, der Polizei und der Politik am 23. und 24. September in Loccum ab und forderten eine Verschärfung der Aktionen des „zivilen Ungehorsams".

Das beabsichtigte Treffen von Loccum wurde von ihnen als „Symbol für Staatsloyalität" bezeichnet. Die Regierenden müßten aber durch wachsenden Widerstand auf breitester Basis gezwungen werden, die Entscheidung zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zu revidieren. „Dieser Widerstand bedeutet die Bereitschaft vieler Menschen, zur Verhinderung der Aufrüstung Regelverletzungen zu begehen, die geltenden Rechtsnormen in Frage zu stellen und damit die Loyalität in Sachen Aufrüstungsmaßnahmen zu diesem Staat praktisch aufzukündigen." In der Resolution wird gefordert, daß „alle Friedensbewegten", die nach Loccum eingeladen sind, ihre Teilnahme widerrufen. Notfalls wollen die „autonomen Gruppen" Teilnehmer anderer Organisationen an der Beteiligung hindern.

Eine Mehrheit der in Marburg Versammelten sprach sich dafür aus, auch nach dem Ende der sogenannten Aktionswoche gegen die Nachrüstung am 22. Oktober „nicht mehr kalkulierbare Aktionen" an einem „symbolhaften Ort" zu organisieren. In Frage käme eine „permanente Blockade" mit wechselnden Gruppen, zum Beispiel an einem Stationierungsstandort. Außerdem solle über Demonstrationen in der Bannmeile des Bundestages nachgedacht werden, wenn das Parlament im November die Ergebnisse der Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen diskutiere. Konkrete Beschlüsse dazu wurden aber nicht gefaßt. Betont wurde während des Treffens, daß aus den Reihen der „Friedensbewegung" niemand eine „physische Eskalation" wolle, jedoch auf eine „politische Konfrontation" nicht verzichtet werden könne.

Der Berliner Pastor und ehemalige Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz bekräftigte gestern seine Absicht, am Donnerstag an einer „Prominenten-Blockade" eines amerikanischen Atomwaffendepots bei Schwäbisch-Gmünd teilzunehmen. Das Vorhaben, so Albertz, sei keine „Widerstandsaktion", sondern habe eher mit der Übertretung der Straßenverkehrsordnung und mit zivilem Ungehorsam zu tun.

DER KOMMENTAR

Baikal-Trick?

OSKAR WEGGEL

Seit spätestens Mai 1983 sind am Baikalsee 200 bis 250 sowjetische Mittelstreckenraketen stationiert, darunter auch zahlreiche SS 20. Als potentielle Zielgebiete kommen angesichts der Reichweite dieser Waffen hauptsächlich drei Länder in Betracht, nämlich Südkorea, Japan und vor allem die Volksrepublik China, die damit eigentlich erneut Anlaß hätte, sich über Moskau zu beschweren. Reichen doch die Baikal-Raketen bis tief nach China hinein, so daß Millionenstädte wie Shanghai und Wuhan voll im Gefährdungsbereich liegen, gar nicht zu reden von Peking oder den Industriezentren in der Mandschurei.

Merkwürdigerweise hat Peking diese Raketenverlagerung bisher kaum zum Gegenstand größerer Propagandaaktionen gemacht. Auch bei der bevorstehenden dritten Verhandlungsrunde mit Moskau werden die Chinesen, soweit ersichtlich, nur ihre bisherigen drei Grundforderungen – Abzug der sowjetischen Truppen vom chinesischen Grenzbereich, Rücknahme der Truppen aus Afghanistan und Schluß mit der Einmischung in Indochina – zur Bedingung für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen machen. Warum diese Zurückhaltung?

Sollte die chinesische Führung zu der Überzeugung gekommen sein, daß die an den Baikalsee verlegten Raketen am Ende gar nichts mit China zu tun haben, sondern daß dieses Manöver allein auf den Schauplatz Europa bezogen ist? Ursprünglich hatte Moskau ja nur die Verlegung eines Teils seiner Mittelstreckenraketen in den asiatischen Teil der Sowjetunion angeboten.

In jedem Fall erfolgte der Transport zum Baikalsee so auffällig, daß er von den USA ohne Schwierigkeiten beobachtet und auch an Peking weitergemeldet werden konnte. Inzwischen läßt das Auslagerungsmanöver eine vielleicht noch interessantere Deutung zu: Seit Andropow nämlich in Aussicht gestellt hat, einen Teil der auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen zu „liquidieren" – was immer das heißen mag –, muß man sich fragen, ob die bereits im Frühjahr durchgeführte Verschiebung nicht am Ende darauf hinausläuft, die „Liquidationsmasse" von vornherein zu verringern. Läuft die „Liquidation" also am Ende doch nur auf eine Verlegung hinaus?

Ostblock wirbt um China: „Front gegen die USA"

Jo. Bonn

Zwanzig Jahre nach dem ideologischen Schisma zwischen Peking und Moskau haben die Sowjetunion und andere Staaten des Ostblocks China wieder zu einer gemeinsamen ideologischen Front aufgefordert – gegen die USA. Nach Angaben ausländischer diplomatischer Kreise in Peking hatten die Ostblockländer an Peking im Juli in gleichlautenden Noten appelliert, seine Solidarität mit den sozialistischen Staaten zu bekräftigen und Positionen gegen die Vereinigten Staaten zu beziehen. Auf die diplomatische Offensive vom 6. Juli soll die chinesische Führung Anfang August mit ebenfalls gleichlautenden Noten geantwortet haben, in denen sie eine einheitliche Parteinahme abgelehnt habe.

Die jüngste Rede von dem sowjetischen Parteichef Jurij Andropow, wonach bei einem eventuellen Abbau von SS-20-Raketen eine Verlegung an den Baikalsee nicht geplant sei, diente offenbar auch dazu, entsprechende Befürchtungen Pekings zu entkräften und die kommende Konsultationsrunde nicht zu belasten.

In seiner Rede betonte Andropow seinen Wunsch nach einem politischen Dialog mit China über die grundlegenden Fragen der „Weltentwicklung", vor allem aber über die „Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit". Zugleich konzidierte er den weiterbestehenden „recht großen Unterschied" beim Herangehen von Peking und Moskau an einige „wichtige internationale Probleme".

Vorwürfe gegen MAD-Chef Schmähling

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) der Bundeswehr, Admiral Elmar Schmähling, wird aller Voraussicht nach von seinem Dienstposten abgelöst. Nach Informationen der WELT hat das zuständige Bundesverteidigungsministerium vor wenigen Wochen „inoffizielle" Ermittlungen gegen den 46jährigen Admiral eingeleitet, um den Vorwurf zu überprüfen, Schmähling habe sich im privaten Bereich in Abhängigkeiten begeben.

Das Bundeskanzleramt, das für die Koordinierung der Geheimdienste zuständig ist, wurde vom Bundesverteidigungsministerium über diesen Vorgang unterrichtet. Admiral Schmähling wurde zu den Vorwürfen von dem stellvertretenden Generalinspekteur Walter Windisch formell vernommen. Dabei soll es zu Widersprüchen des MAD-Chefs gekommen sein. Die Entscheidung über seine Ablösung wird erwartet, wenn Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner am Donnerstag von seinem Urlaub auf die Hardthöhe zurückkehrt. Admiral Schmähling, der durch die starke Fürsprache von SPD-Politikern im Februar 1982 mit der Leitung des Militärischen Abschirmdienstes betraut wurde, hat sich inzwischen krank gemeldet. Einen Tag nach der Sicherheitslage im Bundeskanzleramt, an der er noch in seiner Eigenschaft als MAD-Chef bei Staatssekretär Waldemar Schreckenberger teilgenommen hatte, unterrichtete er die Kommandeure in einem Fernschreiben von seiner Krankmeldung.

Warschau: 10 000 beten für Walesa und die „Solidarität"

Mysteriöse Todesfälle von Gewerkschaftsanhängern

DW. Warschau

Die Untergrundführung der polnischen Gewerkschaft „Solidarität" erhält für ihre Appelle zum 31. August, dem dritten Jahrestag der Vereinbarungen zwischen der Gewerkschaft und der polnischen Regierung, offensichtlich auch Unterstützung von seiten der Kirche. Mehr als 10 000 Gläubige beteten am Sonntagabend in der Warschauer Stanislaw-Kirche und ihrer näheren Umgebung für die Ideale des August 1980 und die Wiederzulassung der „Solidarität". Der Abt Jerzy Popieluszko verteidigte dabei ausdrücklich die Bewegung Lech Walesas und kritisierte mit scharfen Worten die Härte des Jaruzelski-Regimes.

„Solidarität ist ein Baum, dessen Krone abgeschlagen, dessen Zweige abgesägt wurden. Aber dieser Baum hat im Herzen und im Geist tiefe Wurzeln. Er wird immer neue Zweige treiben und die Welt daran erinnern, daß er existiert", sagte der Geistliche unter Zustimmung der Anwesenden. Er forderte die Zuhörer auf, „heute mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren". Dies wurde als indirekte Aufforderung zur Teilnahme an dem für morgen geplanten Boykott des öffentlichen Nahverkehrs aufgefaßt.

Der Geistliche verlangte die „Verwirklichung der gesellschaftlichen Abkommen, die im August 1980 von Vertretern der Regierung und des arbeitenden Volkes unterzeichnet wurden", und zitierte einen Brief des polnischen Episkopats mit der Forderung nach einer Wiederbelebung der freien Gewerkschaften. Parteichef Jaruzelski drohte gestern mit Gewaltanwendung, falls am 31. August „Spannungsherde" geschaffen würden.

Die im Untergrund erscheinende Wochenzeitung „Tygodnik Mazowsze" weist auf inzwischen drei mysteriöse Todesfälle von „Solidarität"-Funktionären hin. Der jüngste Fall betrifft den Mitarbeiter der Danziger Ärzteakademie, Jan Samsonuwicz. Seine Leiche wurde auf der Mauer der Leninwerft gefunden. Zuvor war bereits auf Eisenbahnschienen der Leichnam des „Solidarität"-Anhängers Andrzej Gasiewski entdeckt worden. Der frühere Vorsitzende der Gewerkschaft in der „Hütte Kattowitz", Ryszard Kowalski, wurde tot aus einem Fluß geborgen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Grandeur auf dem Prüfstand

Von Jürgen Liminski

Luftpiraten, Terroristen und Revolutionäre haben ein neues Opferland. War bis zum Amtsantritt von US-Präsident Reagan Amerika der erpreßbare Sündenbock der internationalen Politik, so scheint heute Frankreich zum Zielpunkt der vorwiegend orientalischen Outlaws geworden zu sein. Das ist, unabhängig vom Ausgang des Geiseldramas der nach Teheran entführten französischen Boeing 727, ein festzuhaltendes, politisches Faktum.

Die vier Luftpiraten verlangen, daß die französische Regierung „ihre Politik in Tschad, in Libanon und in Irak erklärt". Nichts weniger. Außerdem, mehr en passant, die Freilassung einiger in französischen Gefängnissen inhaftierter Gesinnungsfreunde. Sie fühlen sich offenbar ganz als ebenbürtige Gesprächspartner der Grande Nation.

Das kommt nicht von ungefähr. Seit Frankreichs Regierung mit Terroristen verhandelt, weltum Verständnis zeigt für linksrevolutionäre Befreiungsbewegungen und im Namen der sozialistischen Freiheit amnestiefreudig auf den guten Willen der Gesetzlosen setzt, sind die Revolutionäre aller Länder aufmerksam geworden auf die ungeahnten propagandistischen Umsetzungsmöglichkeiten. Mehr noch: Da Frankreich gleichzeitig im Nahen Osten und Afrika weiterhin nationale Interessen vertritt, fühlen sich die marxistischen Weltbefreier scheinbar geradezu in die Pflicht genommen, den Genossen in Paris Gelegenheit zu geben, sich zu erklären.

Gewiß, die seltsame Rolle Frankreichs fing nicht mit Mitterrand und seinen Mitarbeitern vom Kaliber Badinter und Debray an. Schon zu Giscards Zeiten ließ man Abu Daoud laufen, hielt Kontakt mit der PLO, hegte den fanatischen alten Mann (und gab ihm Sendezeit), der schließlich die Herrschaft des Schahs zerstörte. Aber hinter alledem stand Machtpolitik, oder jedenfalls der Versuch, Grandeur und Gloire aus der zweiten Reihe vorzuspielen. Im Verhältnis zu Carter wirkte Frankreich allemal entschlossen. Heute, im Verhältnis zu Reagan, wirkt es eher inkonsistent. Das lädt ein, die Belastbarkeit zu erproben – zunächst ganz behutsam, mit einer Bitte um „Erklärung".

Charme mit Richtmikrophon

Von Bernd Hummel

An der deutsch-deutschen Demarkationslinie gibt es neuerdings viel Freundlichkeit in Richtung Westen. Da kommt es sogar zu Gesprächen mit dem Klassenfeind jenseits der „Staatsgrenze". Und dabei waren selbst Grüße auf die westliche Seite hinüber streng verpönt. Tauwetter am Stacheldraht, wie jüngst von Honecker signalisiert, wie von manchen auf westlicher Seite hoffnungsvoll im Zusammenhang mit großen Zuwendungen erwartet?

Keine Spur. Tatsächlich haben diese charmanten „DDR"-Soldaten einen Aufklärungsauftrag vom Ostberliner Staatssicherheitsdienst; daher auch die Bezeichnung „Grenzaufklärer". Sie operieren mit Teleobjektiven, Tonbandgeräten und Richtmikrophonen. Beim Bundesgrenzschutzkommando Mitte in Kassel hat man entlang der 270 Kilometer langen hessisch-thüringischen Demarkationslinie bis zu dreißig Einsätze der Grenzaufklärer pro Monat ausgemacht.

Manchmal tauchen sie sogar im Westen auf, um den Klassenfeind besser hören zu können. Im Jahr 1982 sind allein zweiundzwanzig solcher Übergriffe registriert worden. Dann scheucht sie der Bundesgrenzschutz wieder zurück ins Arbeiter- und Bauernparadies. Konsequenzen hat das nicht. Nur als kürzlich eine Schar von Friedensbewegten aus der Bundesrepublik an den „DDR"-Metallgitterzaun kam, wurden die Aufklärer zurückgezogen. Vielleicht wollte man den Aktivisten, die von sowjetischen Raketen nichts wissen, auch das peinliche Wissen um die schußbereiten Kräfte des Weltfriedenslagers ersparen.

Oder auch: Bei den Friedensbewegten weiß der Osten, woran er ist, da gibt es nichts mehr aufzuklären. Die Normalbürger aber, deren Gespräche man belauscht und deren Auftritte man fotografiert, die kann man später bei Besuchs- oder Transitreisen mit Zitaten aus ihren Grenzplaudereien überraschen. Wenn sie dann Angst bekommen, nun gut, dann kann man sehen, was sich daraus machen läßt. Soll der Westen nun Plakate „Vorsicht, Feind hört mit" in der Nähe des Stacheldrahts kleben? Woher denn; man wird doch keine Feindbilder aufrichten.

Finnlandisierung

Von Enno v. Loewenstern

Heiner Geißler hat jetzt erklärt, daß die Bundesregierung auch nachrüsten werde, wenn eine „demoskopische Mehrheit" dagegen sei: „Deutschland hätte nach dem Krieg nicht aufgebaut, die soziale Marktwirtschaft nicht durchgesetzt werden können, wenn Adenauer sich nach Meinungsumfragen gerichtet hätte.

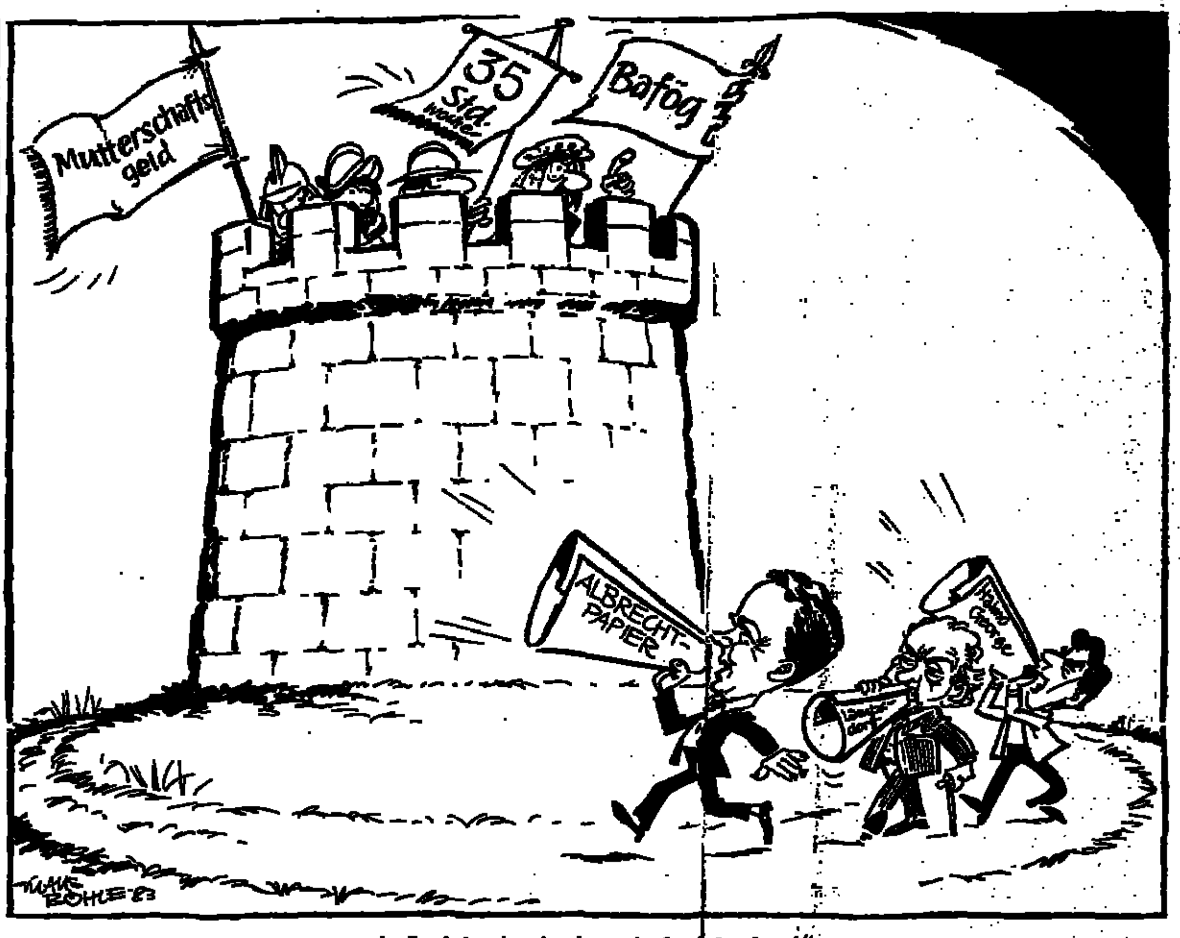
Das ist ein stolzes und starkes Wort, das man gern hört – dennoch muß man anmerken: Adenauer hat sich die demoskopischen Mehrheiten geschaffen, die er brauchte. Die richtige Sache findet ihre Mehrheit, wenn man sie zu begründen weiß. Notfalls liefert einem der Gegner die Hinweise; man muß es nur merken.

So beteuert die „Friedensbewegung", sie sei natürlich „gewaltlos" und verwahre sich gegen jede „Diffamierung", daß ihre Vorhaben gewalttätig seien. Wie gewaltlos sie in Wahrheit ist, zeigte nicht nur die Blutspritzerei und deren feierliche Sanktionierung in Grün. Das zeigen auch jetzt die „autonomen Gruppen", die in Marburg-Cappel „Regelverletzungen" und „nicht mehr kalkulierbare Aktionen" versprochen haben. Die angeblich friedlichen Friedenskämpfer wiederum sagen (etwa durch Professor Sternsteins Mund), sie seien zwar friedlich, könnten aber nicht für die anderen garantieren.

Also: Man setzt auf Gewalt, will es aber nicht klar gesagt hören, weil sich die „demoskopische Mehrheit" dann sofort abwendet. Und man hofft, daß die Regierung den Widerspruch nicht merkt und anprangert.

Zweites Beispiel: Grass warnt in einem „Newsweek"-Interview vor der Nachrüstung und empfiehlt ein für immer geteiltes Deutschland und die „Finnlandisierung" der Bundesrepublik – aber nur „auf lange Sicht". Auf die logische Frage, ob er für NATO-Austritt sei, antwortet er prompt: „Nein".

Dabei weiß Grass, daß ein Verhindern der Nachrüstung und eine „Finnlandisierung" das Ende der NATO bedeuteten. Aber er spricht die Konsequenz schlauerweise nicht aus. Wie ja auch Oskar Lafontaine jüngst von der SPD zurückgepfiffen wurde, als er nach dem NATO-Austritt rief. Denn wenn die „demokopische Mehrheit" erst merkt, daß es in Wahrheit gegen die NATO geht, ist es aus mit dem Friedensrummel.



„In Jericho hat's damals funktioniert!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Eckstein in Nahost

Von Herbert Kremp

Als Nachfolger für den bis jetzt glücklos operierenden amerikanischen Außenminister Shultz nennen die Auguren von Washington einen allbekannten Mann: Henry Kissinger, den diplomatischen Rastelli der Nixon- und Ford-Präsidentschaft. Die Mitteilung, im Bereich realistischer Spekulation angesiedelt, kreuzt sich nicht von ungefähr mit der Regierungskrise in Israel, die ein dramatisches Moment in die allgemeine und unabsehbare Nahost-Krise bringen kann. Die Vereinigten Staaten stehen vor einer Neuordnung ihrer Orient-Politik, nachdem der Nahostplan Präsident Reagans von den Ereignissen überholt wurde und praktisch gescheitert ist.

Es ist eine grundsätzliche Frage der westlichen Strategie, ob sie den Nahen Osten unter dem hypnotisierenden Gesichtspunkt der „Lösung des Palästinenser-Problems" betrachten will oder unter dem Gesichtspunkt des Sicherheitsfaktors, den Israel militärisch und politisch für den Westen darstellt. Auch die Chefs der europäischen Kanzleien stehen vor der Wahl zwischen den beiden Aspekten, die einander sicher nicht ausschließen, wohl aber in eine Rangordnung zu bringen sind. Für die Entscheidung sind Fakten maßgebend, nicht Stimmungen oder gar Ressentiments, wie sie Jerusalem heute heftiger entgegenschlagen denn je.

In der jüngsten Ausgabe der angesehenen amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs" bezeichnet der Historiker Arthur Hertzberg es als „selbstverständlich", daß die Stärke und Sicherheit Israels der Eckstein der amerikanischen Politik im Nahen Osten sei. Im Unterschied zu den Saudis und den Jordaniern gebe es keine Anhaltspunkte dafür, daß Israel im Konflikt der Supermächte das Lager wechseln könnte; die Institutionen des Landes seien die stabilsten in der ganzen Region; Israel sei militärisch so stark, daß keine arabische Macht in einem Krieg die geringste Chance habe, auch Syrien nicht – trotz der sowjetischen Zurüstungen; die PLO sei als militärische Kraft zerschlagen und Syrien werde in Schach gehalten.

So lautet die Analyse der Machtverhältnisse, die durchaus zutreffend ist, für sich betrachtet aber das vollständige Bild einer politischen Lage nicht liefert. Im Libanon-Krieg, der gegen das Machtzentrum und die riesigen Waffenarsenale der PLO gerichtet war – keineswegs gegen den Levante-Staat – erlitt Israel in der internationalen (veröffentlichten) Meinung eine unerhörte Prestige-Einbuße. Die Reaktionen schlugen auf das Land zurück und konnten durch das Truppenrückzugs-Abkommen mit Beirut nur mühsam ausbalanciert werden. Der aufflammende, von Damaskus und Moskau geschürte Bürgerkrieg kostet Menschenleben und Wirtschaftskraft. Die Unklarheit der westlichen Politik, ihre sichtliche Ratlosigkeit, verdüstert das Bild. Ist die innenpolitische Krise, von Begin nicht ausgelöst, aber vollzogen, nur eine logische Folge?

So schwierig die internationale und nationale Situation des jüdischen Staates sein mag – an der Analyse der machtpolitischen Faktoren ändert dies nichts; im Gegenteil. Seit dem Abzug der PLO aus dem Hauptquartier Beirut hat die Palästinenser-Frage an Virulenz verloren. Es war stets ein Fehler (oder es beruhte auf Absicht), Israel einerseits und „die Palästinenser" andererseits als sozusagen gleichgewichtige Einheiten auf die Waagschalen zu bringen. Daß es „die Araber" nicht gibt, jedenfalls nicht als eine Machteinheit, sondern lediglich verschiedenartig strukturierte arabische Staaten höchst unterschiedlicher Interessen und Konsistenz, ist nach langer Erfahrung zur politischen Erkenntnis gereift. Aber wie steht es mit den Palästinensern?



Wo Amerika den Israelis in den Arm fiel: Libanesische Soldaten in Beirut FOTO: POLY-PRESS

Auch die scharfe Erklärung der arabischen Botschafter in Bonn, die erwartungsgemäß die Reisevorbereitungen des Bundeskanzlers begleitet, vermag nicht davon abzulenken, daß gerade in den nahöstlichen Ländern ein durchschaubares „Zwiedenken" gegenüber den Palästinensern vorherrscht: Verbaler Solidarität steht bei den meisten eine unbarmherzige Gleichgültigkeit angesichts des Endes der militanten PLO entgegen, die sich jahrelang nicht nur als Vertreter, sondern als der „Herr" aller Palästinenser aufgespielt hat. Die Gründung eines Palästinenserstaates fand Fürsprache, keineswegs aber Begeisterung; denn ein solcher Staat wäre allemal fest in der Hand einer militanten Minderheit, deren Verfassungsziele in der Vernichtung Israels und in der Revolutionierung der letzten arabischen Monarchien bestünden.

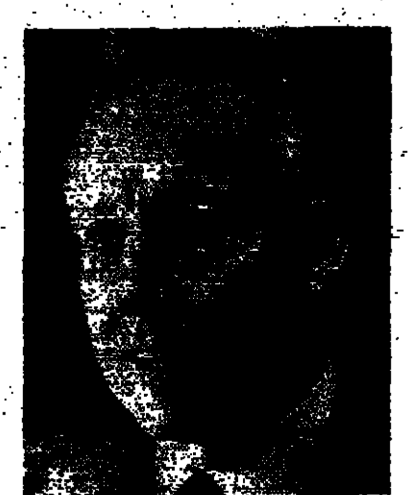
Das historische Gedächtnis des Betrachters sollte wenigstens bis zum sogenannten Schwarzen September 1970 zurückreichen, als die Beduinentruppen König Husseins die PLO aus Jordanien über die syrische und libanesische Grenze trieben. In der Folge war die internationale Aufwertung, die Arafat als „Repräsentant" erfahren konnte, abenteuerlicher als die Zerstörung seiner hochgerüsteten Quartiere im Libanon-Feldzug der Israelis. Auch der Nahost-Plan Reagans, der eine Assoziation der von Israel besetzten Gebiete Westjordan und Gaza mit Jordanien vorsah, gehörte zu den moderaten Varianten dieser Aufwertung. König Hussein handelte nur konsequent, als er die Zusammenarbeit mit Arafat verweigerte.

Was wurde inzwischen aus Arafat? PLO richtet die Waffen gegen die PLO. Der strategische Wert Israels ist mindestens im Maße der Schwächung des Hauptgegners gewachsen. Westliche Politiker, die in den Nahen Osten reisen, können sich an Ort und Stelle davon überzeugen.

IM GESPRÄCH Italo Luder

Peronist in Moll

Von Manfred Neuber



Kandidat in Argentinien: Luder FOTO: CAMERA PRESS

Die Peronisten werden in den argentinischen Wahlkampf mit Italo Luder (63) an der Spitze ziehen. Seine Kür zum Präsidentschaftskandidaten durch den Parteikongreß Anfang September in Buenos Aires ist so gut wie sicher, nachdem sein schärfster Rivale, der frühere Wirtschaftsminister Antonio Cafiero, zurückgesteckt hat.

Der Professor für Verfassungsrecht gilt als gemäßigter Peronist. Er gehört keiner Parteifraktion an und kann deshalb von allen Flügeln als Einheitskandidat akzeptiert werden. Nach den jüngsten Meinungsumfragen haben die Peronisten große Aussichten auf den Sieg.

Zunächst werden am 30. Oktober Parlaments-, Provinz- und Gemeindewahlen stattfinden. Das daraus hervorgehende Wahlmänner-Gremium bestimmt Ende November den Präsidenten, der am 30. Januar 1984 die Regierungsgeschäfte von dem seit März 1976 herrschenden Militärregime übernehmen soll.

Luder war schon 1975 nach dem Tode Juan Domingo Peróns einige Wochen lang interimistischer Präsident Argentiniens. In seinem Auftreten und in seinem Naturell unterscheidet er sich völlig von dem verstorbenen Candillo und vielen seiner Epigonen.

Erst seit zehn Jahren ist der Name Luders, dessen Vorfahren aus der Schweiz auswanderten, am La Plata bekannt. Er zog 1973 in den Senat ein und wurde kurz darauf Führer der peronistischen Partei in der Provinz Buenos Aires, in der ein Drittel der 28 Millionen Argentinier leben.

In der kurzen Zeit seines Wirkens als Übergangspräsident im Jahre 1975 gewann Luder rasch Ansehen in Bevölkerungskreisen, die nicht unbedingt einen Peronisten in der Casa Rosada sehen möchten. So setzte er linksperonistische Gouverneure in zwei Provinzen ab, und er verschärfte das Anti-Terror-Gesetz zur Bekämpfung der Guerrilla-Gruppen.

Das von Luder geschaffene politische Vertrauen wurde von Präsidentin Isabel Perón schnell verspielt; im März 1976 setzten die Streitkräfte die unfähige Perón-Witwe ab. Sie will nach mehrjährigem Exil zu dem Nominierungskongreß der Peronisten nach Argentinien zurückkehren.

Luder wird den amtierenden Parteivorsitzenden Deolindo Bittel, einen Rechtsanwalt ebenfalls schweizerischer Abstammung, als Bewerber um die Vizepräsidentschaft vorschlagen. Beide Politiker werden darauf hinwirken, daß das peronistische Wahlprogramm nicht nur populistische Gemeinplätze enthält.

Sollte der im Umgang verbindliche, in der Öffentlichkeit eher zurückhaltende Jurist Italo Luder die Präsidentschaft erringen, dürfte es ihm nicht ungelegen sein, wenn seine Partei auf Koalitionspartner im Kongreß angewiesen sein würde. Damit ließe sich der Druck rivalisierender Flügel in den eigenen Reihen bannen. Jedenfalls ist Luder dem Militär lieber als andere peronistische Führer.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Menachem Begins Rücktrittserklärung beschäftigt Beobachter in aller Welt:

DAILY EXPRESS

Begin hat die Grenzen seines Landes sicherer als je zuvor gemacht. Unter Mißachtung der Weltmeinung hat er die Terroristen aus ihrem letzten Lager in Libanon vertrieben. Er hat ein bedeutsames Abkommen mit Ägypten geschlossen und die Sinai-Wüste gegen Frieden eingetauscht. Gleichzeitig hielt er an den Golan-Höhen fest, die, wenn sie sich in syrischer Hand befänden, eine tödliche Gefahr für die Existenz Israels wären. Begin hat alle gelehrt, daß niemand Israel ungestraft bedrohen kann. Ein solches Rezept macht nicht beliebt. Aber Begin hat niemals internationalen Beifall angestrebt. Er wird sich mit dem Segensspruch bescheiden: Wir mögen dich nicht, Begin, aber wir achten das, was du für unser Vaterland erreicht hast. **(London)**

SÜDKURIER

Menachem Begin hat aus den Erfahrungen der jüngsten Geschichte den Schluß gezogen, daß der jüdische Staat seine Existenz vorwiegend aus eigener Kraft sichern muß. Er hat dieses Ziel mit einer Hartnäckigkeit verfolgt, die manchmal selbst Israels Freunde vor den Kopf stieß. Seine Nachfolger werden sich nach außen hin vielleicht kompromißbereiter geben, aber in der Sache nicht weniger hart, solange es im arabischen Raum noch Kräfte gibt, die Israels Existenz in Frage stellen. **(Konstanz)**

JERUSALEM POST

Wenn Begin jetzt dem Staatspräsidenten seinen Rücktrittsbrief übergibt, muß davon ausgegangen werden, daß er sich nicht wieder als Führer einer Likud-Regierung zur Verfügung stellt. Begins Nachfolger wird also ein anderer Likud-Führer sein, vielleicht Außenminister Izchak Schamir oder der stellvertretende Ministerpräsident David Levi. Eine solche neue Likud-Regierung würde aber wahrscheinlich bald das Parlament auflösen und Neuwahlen anstreben. Sollte die derzeitige Koalition auseinanderbrechen, könnte sich eine Regierung unter Führung der (sozialdemokratischen) Arbeiterpartei ergeben. Doch auch diese Regierung würde vermutlich nur einige Monate lebensfähig sein, bis Neuwahlen stattfinden.

TELEGRAAF

Grundprinzip der israelischen Politik ist der absolute Vorrang der nationalen Sicherheit. Daran wird auch Begins Nachfolger nichts ändern können und wollen. Was sich sehr wohl ändern kann, ist jedoch der Stil des israelischen Auftretens in der Welt. ... Der Abgang Begins könnte der Beginn einer Verbesserung des politischen Klimas werden und so die Voraussetzungen schaffen für neue internationale Initiativen für einen gerechten Frieden in Nahost. **(Den Haag)**

DIE PRESSE

Ob die Ursache für den Rücktritt nun in der Wirtschaftskrise, in seinem Gesundheitszustand lagen, oder gar im Tod seiner Frau, der ihm sehr nahe ging, ist müßig zu fragen. Mit Begin tritt ein Politiker ab, der – obzwar äußerst umstritten – die Politik seines Landes und damit der ganzen Region entscheidend formte. Was, so muß man nun fragen, passiert in Zukunft? ... Sollten Israels Feinde auf Diadochenkämpfe gehofft haben, so ist ihnen wohl vorerst der Wind aus den Segeln genommen. **(Wien)**

General Matthei inspirierte die Nachgiebigkeit

Ende des Ausnahmezustands in Chile vor Pinochets zehntem Jahrestag / Von Werner Thomas

Die Nächte in Santiago werden länger und lauter. Zum ersten Mal seit zehn Jahren gibt es keine allgemeine Ausgangssperre und keine Fahrverbote mehr. Der ungewohnte Autoverkehr rund um die Uhr war der bisher auffallendste Beweis für eine neue Phase in der jüngeren chilenischen Geschichte: Die demokratische Öffnung hat begonnen – noch während der Pinochet-Ära.

General Pinochet, seit Monaten bedrängt und belagert von einer ständig wachsenden Opposition, änderte seine Überlebens-Strategie. Er droht nicht mehr mit der Konfrontation, er bietet Kompromisse an. So ließ er nun den Ausnahmezustand beenden, obgleich ihm noch immer Sondervollmachten bleiben, wie die Verbannung politischer Gegner. So dürfen mehr als tausend exilierte Chilenen in ihre Heimat zurückkehren. So eröffnete sein Innenminister Sergio Onofre Jarpa einen Dialog mit den Vertretern der Opposition, die Pinochet wenige Wochen zuvor noch „in ihre Gräben" zurückschicken wollte.

Blutige Ereignisse hatten die Wende bewirkt. Am 11. und 12. August sind 24 Personen bei der vierten Demonstrationsrunde gegen die Regierung ums Leben gekommen. Die Zahl der Todesopfer seit Beginn der monatlichen Protestaktionen stieg auf vierunddreißig. Ein Schock lag über der Nation. General Fernando Matthei, der Luftwaffenchef, kritisierte öffentlich das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte. Eine gefährliche Eskalation der Gewalt drohte.

Der Präsident ließ sich von seinen Beratern davon überzeugen, daß lediglich Liberalisierungsschritte die Krise entschärfen können. Als Krisenmanager wurde ihm ein Mann empfohlen, der über reiche Erfahrungen in der Politik und im Umgang mit Politikern verfügt: Sergio Onofre Jarpa, der frühere Führer der konservativen Nationalpartei. Der bisherige Botschafter in Buenos Aires erhielt die Schlüsselposition des Innenministers und Kabinettschefs.

Der energische Minister hat Ende vergangener Woche die ersten Gespräche eines Regierungsmitgliedes mit der Opposition in den letzten zehn Jahren geführt. Man traf sich in der Residenz des Erzbischofs Juan Francisco Fresno. Onofre Jarpa bezeichnete den Dialog als „nützlich und sehr interessant". Er werde fortgesetzt. Jedoch: Die Gesprächspartner der „Demokratischen Allianz" bestehen auf der bisherigen Forderung, daß General Pinochet einer Übergangsregierung weichen müsse, die innerhalb der nächsten eineinhalb Jahre Wahlen durchführen solle.

In diesem Punkt gibt es kaum Spielraum für Kompromisse, obgleich der ehemalige Chef der Nationalpartei hofft, seine Parteifreunde, die ebenfalls der Oppositionsbewegung angehören, umstimmen zu können. Die „Alianza Democratica", die links bis zur Sozialistischen Partei reicht und von den ideologisch gespaltenen Christdemokraten dominiert wird, ist keine Einheitsfront.

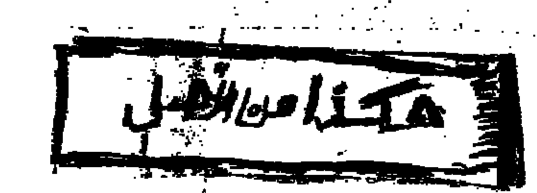
Onofre Jarpa nannte die gegen Pinochet gerichteten Rücktrittsforderungen „absurd". Allerdings hatte er kurz nach seiner Amtsübernahme Wahlen zu einem früheren Zeitpunkt als bisher geplant (1989) in Aussicht gestellt. In Santiago wird vermutet, daß der Innenminister dem Präsidenten nahelegen will, eine schnellere Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen zu ermöglichen.

Die Reaktionen innerhalb des Offizierskorps auf die turbulenten Ereignisse lassen sich nach wie vor schlecht einschätzen. Vergangene Woche nützte Pinochet sein zehnjähriges Jubiläum als Armeekommandeur für Solidaritätsgesten. Der Vizekommandeur General Julio Canessa betonte: „Sie haben unsere unbegrenzte Loyalität." Pinochet würdigte die Streitkräfte als „monolithische Institution".

Die ersten Risse hat es jedoch gegeben. Die kritischen Worte des Luftwaffen-Chefs Fernando Matthei erregten Aufsehen. Die demokratische Öffnung ist nicht zuletzt deshalb beschlossen worden, weil der Fliegergeneral den harten Kurs nicht mehr stützen wollte.

Der September, ein Schicksalsmonat, kann wieder wichtige Entscheidungen bringen. Am 8. September, drei Tage vor dem zehnten Jahrestag der Machtübernahme Pinochets, plant die Opposition die fünfte Protestaktion. Der nächste Akt des chilenischen Dramas geht jedoch am kommenden Montag über die Bühne, wenn die Gegner des Generals die erste von der Regierung genehmigte öffentliche Kundgebung veranstalten dürfen.

Auch das ist eine neue Erfahrung. Wie der nächtliche Autoverkehr.





Bürokraten bauen Dämme gegen die Milchflut

So wie bisher kann es auf dem europäischen Agrarmarkt nicht weitergehen. Und dies sagen heute selbst einige Landwirtschaftsminister, weil sie einsehen mußten, daß sonst der Gemeinschaft vor allem wegen der hohen Überschüsse bei Milchprodukten schon 1984 das Geld ausgehen wird. Über die Reformvorstellungen der EG-Kommission beraten heute die Minister in Brüssel.

Von HANS-J. MAHNKE

Ratlos wie Zauberlehrlinge stehen die Agrarpolitiker der Milchflut gegenüber, die sie selber herbeigerufen haben. „Wenn die Bio-Freaks auch noch anfangen, selber zu buttern, dann", so meinte süffisant ein Beamter aus dem Bonner Ernährungsministerium, „dann können wir all unsere Papiere zur Reform der EG-Agrarpolitik vergessen." Und etwas ernster fügte er hinzu: „Selbst wenn das beschlossen wird, was die EG-Kommission vorgeschlagen hat, um den finanziellen Kollaps der Gemeinschaft zu vermeiden, wird sie im Milchsee ertrinken." Denn die Bauern würden sich auch in Zukunft wirtschaftlich verhalten und sich so an die Daten und Fakten, die von der Politik gesetzt werden, anpassen, daß für sie unter dem Strich das Beste herauskommt. Damit machen sie die Pläne der Brüsseler Bürokraten zu Makulatur.

Aber Bedenken zählen nicht mehr. Die Zeit drängt. Wenn nicht rasch etwas entschieden wird, dann ist der EG-Agrarmarkt schon im nächsten Jahr nicht mehr finanzierbar. Das Hauptproblem sind die riesigen Butterberge und Magermilchpulverhalden.

„Die in der Gemeinschaft erzeugte Milchmenge übersteigt nunmehr die realistischen Möglichkeiten für einen zusätzlichen Absatz, ausgenommen mit Subventionen in solcher Höhe, daß sie für den Steuerzahler der Gemeinschaft kaum akzeptabel sind", heißt es bei der EG-Kommission in Brüssel. Trotzdem wird immer mehr Milch erzeugt.

In diesem Jahr dürften 104 Millionen Tonnen Milch an die Molkereien in der EG geliefert werden. Verbraucht werden jedoch nur 88 Millionen Tonnen.

Heute lagern nach Angaben aus dem Bonner Ernährungsministerium bereits 800 000 Tonnen unverkäuflicher Butter und rund 1,1 Millionen Tonnen Magermilchpulver. Zum Jahresende dürften es jeweils 100 000 Tonnen mehr sein. Und das, obwohl schon jetzt die Hälfte der Butter – bei Magermilchpulver sind es gar mehr als 90 Prozent – zu subventionierten Preisen an Bäckereien, Eisfabriken oder soziale Einrichtungen abgegeben wird.

Nach den Vorausschätzungen der Brüsseler Kommission werden die Ausgaben für den Milchsektor von 3,3 Milliarden Ecu (europäische Währungseinheit) 1982 auf 4,7 Milliarden Ecu in diesem Jahr steigen und 1984 voraussichtlich fünf Milliarden ECU überschreiten. Das wären rund zwölf Milliarden Mark allein für die Verwaltung der Milchüberschüsse.

Noch ficht dies die Bauern nicht an, sie können sich noch mehr Kühe anschaffen, obwohl Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle öffentlich bereits gewarnt hat: Ihre Milch werden sie aber los, und zwar zu einem festen Preis. Auch für die Molkereien gibt es kein Risiko. Unverkäufliche Butter und nicht absetzbares Magermilchpulver übernimmt der Staat.

Die unbegrenzte Preis- und Mengengarantie ist bei den Überschüssen und Preisen nicht mehr haltbar, weil der Gemeinschaft schlicht das Geld fehlt. Das haben selbst die Agrarpolitiker erkannt.

Was in dieser Situation zu machen wäre, um aus der Klemme herauszukommen, haben kürzlich wieder die Experten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) in Paris analysiert. Die wirtschaftliche Lösung bestünde danach in einer drastischeren Senkung der realen Preise. „Eine Preispolitik, die ein Marktgleichgewicht bringen würde, hätte einen effizienteren Einsatz von Ressourcen zur Folge." Sie würde sich auch günstig auf den Verbrauch auswirken. Allerdings hätte ein solcher Kurs sozial-, regional- und umweltpolitische Folgen.

„Politisch leichter bewerkstelligen", so die OECD-Experten, ließe sich daher der zweite Weg, nämlich die Zuteilung von Produktionsquoten; also von noch mehr Dirigismus und Bürokratie im Kuhstall. Genau auf diesen Weg will die EG-Kommission die Gemeinschaft bringen. „Mit Ökonomie hat dieses fast nichts zu tun, mit Politik aber alles", meint ein Bonner Beamter. Wer den unbedingten Schutz der Kleinbetriebe wolle, denen er keine Preissenkungen zumuten möchte, der verbaue sich eine wirtschaftliche Lösung.

Um die Milchflut einzudämmen, hat die Kommission vorgeschlagen, daß jeder Molkerei eine bestimmte Milch-Menge zugewiesen wird, die dem entspricht, was 1981 angeliefert wurde. Für die Butter und das Magermilchpulver, das aus dieser Milch gewonnen wird, soll es weiterhin staatlich garantierte Preise und eine Abnahmeverpflichtung geben.



Die EG ertrinkt in Milch: 1983 werden es 104 Millionen Tonnen sein; verbraucht werden 88 Millionen FOTO: MANFRED VOLLMER

Wird mehr Milch als 1981 angeliefert, dann soll die zusätzliche Menge mit einer Abgabe belastet werden, die gewaltig ist. Sie soll nämlich die vollen Kosten für den Absatz dieser Zusatzmenge decken. Heute bekommt ein Bauer für den Liter Milch in der Bundesrepublik knapp 70 Pfennig. Die Zusatzabgabe dürfte zwischen 55 und 60 Pfennig liegen, was zeigt, wie schwierig es ist, zum Beispiel ein Kilogramm Butter zusätzlich zu verkaufen, wie teuer Weihnachtsbutter für den Steuerzahler ist.

Die Hoffnung ist, die Bauern halten ihre Produktion auf dem damaligen Stand, weil sich für gut zehn Pfennig je Liter die Erzeugung nicht lohnt. Damit wäre zwar das Überschußproblem nicht gelöst, denn 1981 wurde trotz des subventionierten Absatzes von Butter und Magermilchpulver gut 13 Prozent mehr Milch erzeugt als verbraucht wurde. Aber die Kostenexplosion glauben die Brüsseler Experten so in den Griff zu bekommen. Selbst das dürfte sich als trügerisch erweisen.

Viel hängt dabei von der Ausgestaltung des Vorschlags der Kommission ab, der nicht mehr als eine grundsätzliche Linie aufzeigt.

Nach den Vorstellungen, die Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle von einer „Arbeitsgruppe Quotenregelung" in seinem Hause hat erarbeiten lassen, soll jede Molkerei jedem Bauern eine Garantiemenge nach der '81er Lieferung zuweisen. Bei Mehranlieferungen wird die Abgabe für jeden Betrieb errechnet. Andere Regierungen wollen eine Quote für jedes Land; wie sie die Betriebe belastet, ob sie einen Aufschlag auf jeden Liter Milch erheben oder nur auf die Mehranlieferungen, soll ihnen überlassen bleiben.

Allerdings ließe sich auch dieser nicht so in die Tat umsetzen. Er wäre ein gefundenes Fressen für Juristen. Denn es gibt einen Vertrauensschutz für solche Betriebe, die seit 1981 zum Teil mit staatlichen Mitteln die Kuhhaltung aufgestockt haben. Es gibt Neugründungen oder Fälle, in denen wegen einer Tierkrankheit oder höherer Gewalt die Milchanlieferung 1981 sehr niedrig war.

Wer nicht mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in Konflikt geraten will, muß für die Härtefälle eine Quote zur Verfügung stellen. Sie wird immerhin auf zehn Prozent der 1981 angelieferten Milchmenge veranschlagt. Die Quote der anderen Betriebe müßte um diese Menge reduziert werden, wenn das Sparziel erreicht werden soll. Dieses wird im Ernährungsministerium für unvertretbar gehalten. Zwar wurden unterschiedliche Ausgleichsmodelle erarbeitet, die im Kern alle darauf hinauslaufen, daß die Anlieferungen von 1983 abzüglich einer noch auszuhandelnden Summe garantiert werden sollen, also mehr als in den Plänen anvisiert.

Damit steht neuer Verdruß ins Haus. Denn diese Regelung begünstige die Betriebe, die ihren Bestand an Kühen aufgestockt haben, obwohl sich die Misere bereits abzeichnete, heißt es. Benachteiligt seien die, die sich gesamtwirtschaftlich verantwortungsbewußt gezeigt haben.

Probleme gibt es auch, ob Milch-Quoten gehandelt werden können oder nicht. Kiechles Experten meinen nein, weil sonst finanzstarke Großbetriebe die Produktion an sich ziehen würden. Wenn jedoch ein Bauer Land verkauft, geht dann eine Kuh-Quote mit über oder nicht? Was passiert, wenn ein Landwirt seinen Betrieb aufgibt und als Bauland verkauft, verschwindet dann seine Quote, oder kann die Molkerei sie verteilen? Einfacher wird es nicht auf dem Lande.

Leicht ist es, die abgelieferten Milchmengen zu erfassen, fast ebenso wichtig ist jedoch der Fettgehalt, der bisher nicht kontrolliert werden soll. Würden die Bauern, so die Befürchtung im Bonner Landwirtschaftsministerium, ihrer Milch nur etwas Wasser entziehen, dann könnten die Molkereien aus der Garantiemenge mehr Butter und Magermilchpulver machen – und das risikolos. Der Staat müßte zahlen.

Noch mehr fürchten die Agrarexperten jedoch den Fall, daß die Bauern ihre Produktion trotz der Superabgabe ausdehnen, die Mehrproduktion jedoch nicht an die Molkereien abliefern, sondern selber verwirtschaften. Im Bonner Ernährungsministerium wird damit gerechnet, daß zunächst mehr Vollmilch in die Futtertröge fließen wird. Der „Gegenwert" wird auf 25 Pfennig, also auf mehr als die zehn Pfennig, die der Bauer von der Molkerei für die Zusatzmenge erhalten würde, steigen. Die Folge: Die staatlichen Stellen könnten noch weniger Magermilchpulver losschlagen, das Gebirge würde noch wachsen.

Die Bauern könnten aber auch ihre Milch direkt vom Hof verkaufen, was den Absatz in anderen Bereichen treffen würde. Überdies haben einige Bauern das Buttern noch nicht verlernt oder werden es rasch lernen. Butter dürfen sie überall verkaufen, sie muß nur 82 Prozent Fettgehalt haben. Warum sollen sie nicht selber oder über Händler frische Butter aus dem Faß zu günstigen Preisen auf die Wochenmärkte bringen? Noch haben auch die Jünger der Bio-Kost die Butter nicht entdeckt. Ein zweiter Buttermarkt, marktwirtschaftlich strukturiert, schreckt die Agrarpolitiker in ihren Finanzträumen. Ihre Furcht: Sie bleiben auf ihrer Ware sitzen und müssen für die steigenden Überschüsse aufkommen.

Das, was jetzt beraten wird, ist eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Ob sie aufgehen wird, ist fraglich. Denn selbst wenn die Maßnahmen greifen sollten, dann würden sich doch die Bauern auf andere Produkte umstellen, dann drohen dort die gleichen Überschuß-Probleme wie bei der Milch.

Aus dem All geht bald der Blick ins Unvorstellbare

Im Jahre 1986 werden die USA ein Teleskop in den Weltraum schießen, mit 1,1 Milliarden Dollar das teuerste der Welt. Von dieser kosmischen Sternwarte erhoffen die Astronomen den Vorstoß in neue Sternsysteme.

Von A. BÄRWOLF

Vor 373 Jahren bastelte sich Galilei ein Teleskop. Der Professor der Mathematik an der Universität Padua richtete sein primitives Instrument auf die Sterne. Er entdeckte die Zusammensetzung der Milchstraße, sah die Krater auf dem Mond, beobachtete vier Satelliten des Jupiter. Das simple optische Gerät öffnete dem Auge neue Dimensionen, und der Himmel rückte scheinbar näher.

Vor 41 Jahren erhob sich aus den Nadelwäldern an der Pommerschen Bucht auf dem Strahl ihrer heißen Gase eine Maschine über die Luftgrenze der Erde hinaus. Die Zündung der V-2, die ballistische Waffe aus Peenemünde, war gleichzeitig der Startschuß zur Raumfahrt. Das Ferngeschoß, das durch das Vakuum flog, eröffnete auch die Möglichkeit der kosmischen Astronomie: Eines Tages könnte ein Fernrohr über die Grenzen der störenden Erdatmosphäre hinaus in das Vakuum getragen werden.

Vor wenigen Wochen meldeten die Sensoren des Infrarotsatelliten IRAS in der Nähe des 26 Lichtjahre entfernten Sterns Wega im Sternbild der Leier „kühle" Materie. Damit hatte ein um die Erde kreisendes astronomisches Observatorium zum ersten Mal feste Substanz in der Nähe eines anderen Sterns außer unserer eigenen Sonne entdeckt. Der künstliche Erdsatellit hatte Planeten einer anderen Sonne im Entstehungsprozeß gefunden.

In drei Jahren soll nun ein amerikanischen Raumflugzeug ein Großteleskop in den Weltraum tragen. Die kosmische Sternwarte, die über einen 2,4-Meter-Spiegel verfügen wird, kann Objekte sichtbar machen, die bislang unsichtbar gewesen sind. Das sogenannte Auflösungsvermögen der großen Teleskope auf der Erde reicht nicht aus, das zu sehen, was das Weltraumteleskop sehen wird. Das mehr als 13 Meter lange Fernrohr von über 4 Meter Durchmesser wird sich 500 Kilometer über die Erdoberfläche erheben und weit in die kosmische Vergangenheit zurückblicken – vielleicht bis zum Beginn der Zeit nach dem „Urknall". Astronomen erwarten, daß der Sprung von der großen Sternwarte auf dem kalifornischen Mount Palomar zum Weltraumteleskop so groß sein wird wie der vom menschlichen Auge zum Fernrohr Galileis.

Ein Fernrohr als Raumfahrzeug

Das Weltraumteleskop ist das teuerste Fernrohr, das jemals gebaut wurde. Die Konstruktionskosten liegen noch hundert Millionen über einer Milliarde Dollar. Auch in seinen Ausmaßen ist das modernste Werkzeug der Astronomie imposant: Es wiegt rund 11 000 Kilogramm. Zum Betrieb steht eine elektrische Leistung von wenigstens 2400 Watt zur Verfügung.

Das Fernrohr ist ein freifliegendes Raumfahrzeug, das nach dem Absetzen aus der Ladeluke des Space Shuttle auch wieder eingefangen und zur Erde zurückgebracht werden kann. Die Nasa erwartet, daß die meisten Reparaturarbeiten im Verlauf der Jahre in der Orbitalbahn von Astronauten vorgenommen werden können. Dabei wird der Fernrohrzylinder vertikal in der Ladeluke des Shuttle aufgestellt. In Außenbordmanövern können Astronauten einzelne Module auswechseln.

Das Hauptinstrument des optischen Geräts ist der Primärspiegel mit seinem Durchmesser von 238 Zentimetern. Der von Perkin-Elmer gefertigte Spezialspiegel aus Silikatglas wiegt allein 829 Kilogramm. Und was kann das Teleskop sehen? Es wird in der Lage sein, fünfzigmal schwächere und siebenmal weiter entfernte Objekte auszumachen, als dies mit Fernrohren auf der Erde möglich ist. Und das Raumvolumen, zu dem die Astronomen mit dem kosmischen Teleskop Zugang haben, wird rund 350mal größer sein als das, welches sie mit den jetzigen Instrumenten erfassen. Genau so, wie die interplanetarischen Aufklärer „Voyager" Jupiter-Satelliten entdeckten, die wir nie gesehen haben, oder wie sie einzelne Ringe des Saturn entdeckten, die wir nie gekannt haben, genau so wird das Weltraumteleskop unter den Milliarden von Galaxien Sternsysteme sehen, die wir noch nie gesehen haben.

Daten über den Ursprung des Universums

Die Bilder von anderen Sternen oder von anderen Sonnensystemen werden zusammen mit den wissenschaftlichen Daten an Bord in elektronische Signale umgewandelt, über eine Parabolantenne einem geostationären Relais-Satelliten über dem Atlantik oder Pazifik zugespielt, zur Erde gesendet und dann in hochwertige Bilder und Spektogramme zurückverwandelt.

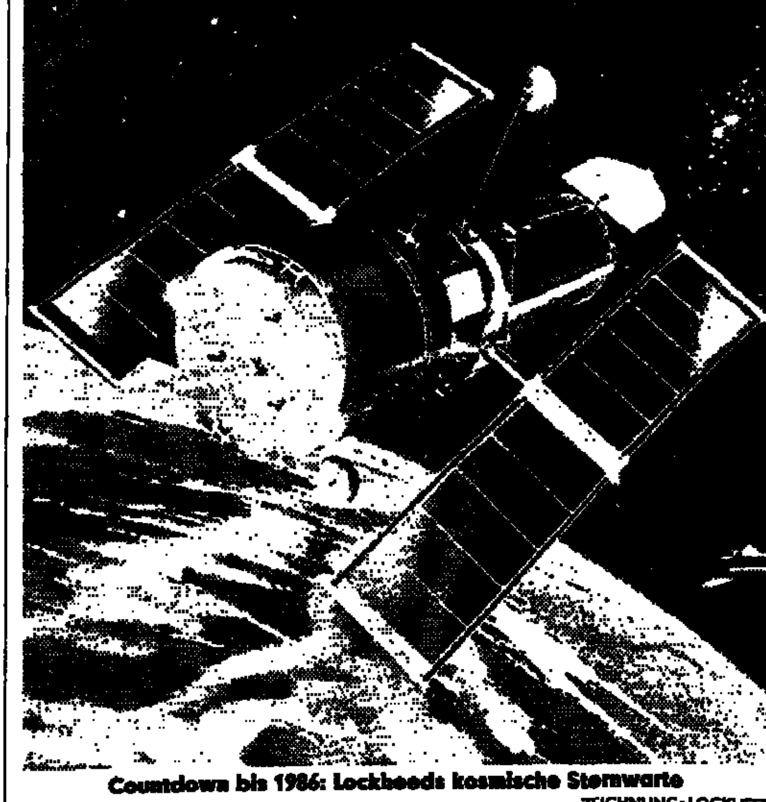
Mit seiner Präzisions-Steuerautomatik wird das Weltraumteleskop gezielt auf ferne Sterne gerichtet werden, deren Daten im Zusammenspiel mit anderen Informationen Aufschluß über den Ursprung des Universums geben könnten. Astronomen sind der Auffassung, daß das Weltraumteleskop relativ schnell erhärten könne, welche der rivalisierenden kosmologischen Theorien richtig sei.

Die Wissenschaftler, die dem Projekt nahestehen, erwarten schließlich Entdeckungen, die wir uns heute überhaupt noch nicht ausmalen können – so wie wir uns nicht vorstellen konnten, daß sich in den Ringen des Saturn zopfartige Verflechtungen gebildet haben, die allen Gesetzen der Astrophysik widersprechen.

Wie bei fast allen großen Weltraumprojekten verzögert sich auch der Start des Weltraumteleskops, der ursprünglich für 1985 festgelegt worden war. Jetzt ist kaum vor Ende 1986 damit zu rechnen, daß sich die Ladeluke eines US-Raumflugzeugs öffnet und der Roboterarm das Fernrohr in den Leerraum hebt. Die Startverzögerung geht vor allem auf Entwicklungsschwierigkeiten der Feinsteuerungselemente zurück, die das Teleskop extrem genau fokussieren müssen.

Dieses Steuersystem verwendet sechs Kreisel und zwei optische Sensoren, die die Lagensteuerung des Teleskops um alle drei Achsen bewirken. Dabei muß das Fernrohr bei einer Genauigkeit von 0,007 Bogensekunden in der Lage sein, ein Objekt über einen längeren Zeitraum zu beobachten. Das bedeutet: Das Teleskop muß von Hannover aus ein Zehnpfennigstück über München genau anvisieren können.

Damit wird deutlich, daß die stellare Fokussiertechnik, die so schwer zu verwirklichen ist, auch für die Entwicklung von Lichtkanonen-Kampfsatelliten erforderlich ist. Eine von Lockheed entworfene kosmische Laser-Kanone, die angreifende ballistische Atomraketen vernichten soll, gleicht auffallend dem von demselben Werk gebauten Weltraumteleskop. Bei Ausgabe von vielen Milliarden diente die sogenannte zivile Raumfahrt in Ost und West oft der Komponentenerprobung für die Militärtechnik. Beim Weltraumteleskop ist es nicht anders.



Countdown bis 1986: Lockheeds kosmische Sternwarte ZEICHNUNG: LOCKHEED

Gegen Arbeitslosigkeit hilft nicht Wachstum allein

Die anhaltende Arbeitslosigkeit ist eine Herausforderung, die bei Politikern neue Denkmodelle provoziert. Mit zehn Thesen hat sich Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht zu Wort gemeldet – Thesen, die ein neues programmatisches Selbstverständnis der Union beeinflussen könnten.

Von PETER GILLIES

Wenn ein Politiker einen anderen Politiker auffordert, einmal über Grundsätzliches nachzudenken, bleiben Risiken nicht aus. Der Wirbel um die zehn Thesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) zur Wirtschaftspolitik hat eines deutlich gemacht: Die Union befindet sich mitten in einer Strategie-Diskussion über ihr Verständnis von sozialer Marktwirtschaft.

Das Albrecht-Papier wurde nicht deswegen als brisant empfunden, weil es Sensationen oder unerwartete Kehrtwendungen enthielte, sondern weil es in die labile Situation des Sommertheaters platzte. Unaufgefordert „vorgedacht" wurde es bereits mehrfach, so von Wirtschaftswissenschaftlern wie den Sachverständigen oder dem Kronberger Kreis liberaler Ökonomen, von Männern wie Graf Lambsdorff, Kurt Biedenkopf, Heimo George und anderen.

Mehrfach macht sich Albrecht zum Sprachrohr jener, die die Wende begrüßten, aber in der Praxis nur Halbherziges geboten bekamen. Die Spardiskussion beziehe sich immerhin nur auf finanzielle Größenordnungen, die weniger als ein Drittel Prozent unseres Sozialprodukts berühren. Die Ungeduld in weiten Teilen der Wirtschaft, daß Durchgreifendes deshalb noch aussteht, ist mit Händen zu greifen.

Wie auch andere Vordenker versucht Albrecht, einen Weg zurück in die Vollbeschäftigung zu zeigen. Auf Unternehmensseite stellt er Ertragsschwäche, schwindendes Eigenkapital und Überbürokratisierung fest. Das investierte Kapital werde zu gering, die Arbeit zu hoch entlohnt.

Die Albrecht-These könnte hier eine Klarstellung vertragen. Unser Wirtschaftssystem ist gegenüber der Kapitalbildung, aus der allein produktive Investitionen kommen, feindlich eingestellt. Daß Investitionen dann besonders hoch besteuert werden, je produktiver sie sind, ist widersinnig, wenn man mehr rentable Arbeitsplätze will.

Die Klage über die Bürokratie bedarf der Erweiterung. Wenn der Staat bei einem Anteil von fünfzig Prozent am Bruttosozialprodukt bei aufgeblähter Bürokratie den Löwenanteil des Sparkapitals absaugt, ist die Kapitalfehllenkung zu groß, als daß sie private Unternehmen zu ermuntern vermöchte.

Das Plädoyer für mehr Flexibilität stellt Besitzstände, wie sie die Gewerkschaften erobert haben, in Frage. Der Zorn jener ist damit programmiert. Aber nicht nur von Albrecht wurden diese Fragen aufgeworfen! Die mannigfaltigen Schutzgesetze zugunsten bestimmter Gruppen kehren sich genau gegen jene, die man zu schützen trachtete. Das sind Jugendliche, Behinderte, Frauen, Sozialplan-Berechtigte und andere Gruppen.

Dahinter steht der Vorwurf, den andere Unionsmänner schon mehrfach erhoben. Er lautet: Geschützt sind die Arbeitsbesitzer zu Lasten der Arbeitslosen. Die Unionsdebatte stellt also den Gewerkschaften die Gretchenfrage, ob sie dieses Kartell der Arbeitsbesitzer weiter aufrechterhalten wollen. Denn solidarische Politik kann es eigentlich nicht sein, wenn ein Unternehmer sich nur durch Konkurs dem millionenschweren Sozialplan entziehen kann.

„Der Faktor Arbeit ist zu teuer geworden", meint Albrecht. Um wieviel? Die Frage läßt sich nur indirekt beantworten, wie es die Sachverständigen taten: Gesucht ist jener Preis für die Arbeit, zu dem alle, die arbeiten wollen, auch Arbeit finden.



Umstrittene Thesen: Ministerpräsident Ernst Albrecht FOTO: STEINER/DPA

Wie schon viele vor ihm richtet Albrecht das Augenmerk weniger auf die „blanken" Löhne, wie sie nach Tarifverhandlungen herauskommen, sondern auf den „unsichtbaren Lohn". Diese Personalnebenkosten, von denen der Arbeitnehmer meist nichts sieht, von denen er oft gar nichts weiß, übersteigen nicht selten schon den direkten Lohn. Sie sind eine Hauptursache für die Blüte von Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit. Denn gegen seinen Gesellen, der sich für 15 Mark die Stunde „schwarz" anbietet, hat der Meister mit 50 Mark (wegen der Nebenkosten) keine Chance.

Zur Sozialpolitik hat Albrecht einen Vorschlag aufgegriffen, den vor ihm Wirtschaftswissenschaftler oder Kurt Biedenkopf schon stringenter dargestellt hatten. Warum eigentlich ist die soziale Sicherung des Arbeitnehmers auf das Unternehmen fixiert? Die Risiken sind versicherbar, aber unter stärkerer Beteiligung des Versicherten.

Es geht um die Entkoppelung von Arbeits- und Sozialvertrag. Dahinter steht das Modell, daß der Arbeiter nur mit einer Mindestsumme versichert ist (ähnlich wie bei der Autohaftpflicht), für den Rest aber selbst sorgt. Würde sein Eigeninteresse daran geweckt, wäre er weit stärker als heute an den Kosten des Sozialwesens interessiert. Man könnte beispielsweise, wie der Kronberger Kreis vorschlug, bei der Lohnfortzahlung zwischen Tarifen mit und ohne Selbstbeteiligung wählen. Er hätte dann zwischen einem hohen Lohn (ohne Lohnfortzahlung) und einem niedrigeren (mit diesem Schutz) zu wählen.

Damit gewönnen die Unternehmen auf einen Schlag mehr Bewegungsfähigkeit, wüchsen die Chancen auf arbeitsplatzschaffende Innovationen. Durch das gesamte Sozialsystem zöge eine Welle von Eigeninteresse, weil in diesem Fall den üppigen Kosten ein Riegel vorgeschoben würde. Gewiß nicht alle, aber immerhin breite Schichten wären in der Lage, die versicherbaren Risiken selbst zu ordnen und damit den Unternehmen eine schwere Last abzunehmen.

Albrecht machte auch Anregungen zur Steuerpolitik. Sein Modell: die Unternehmensbesteuerung drastisch um etwa zwanzig Prozent senken, die Lohn- und Einkommensteuer der Arbeitnehmer jedoch erst im zweiten Schritt. Um diese Mittel zur Entlastung der Betriebe zu bekommen, sollten Verbrauchssteuern (Mehrwert-, Mineralölsteuern) aufgestockt werden.

Dieses Modell verkennt – auch nach Ansicht führender Regierungsmitglieder – die starke Zunahme der Lohn- und Einkommensteuer, die „heimlichen Steuererhöhungen". Sie sind eine Hauptursache für Steuerverdrossenheit und Schwarzarbeit. Das schwedische Modell – niedrige Betriebssteuern, aber Steuersätze von bis zu hundert Prozent für private Einkommen – ist ausgewiesenermaßen nicht nachahmenswert.

Eine schlichte Erhöhung von Verbrauchssteuern und entsprechende betriebliche Entlastung verkennt, daß die Steuerlast schon heute insgesamt zu hoch ist und den Leistungswillen demontiert hat. Hier fehlt dem Albrecht-Konzept die Anregung, den Steuerstaat zurückzudrängen. Die riesige und wenig zielgerechte Umverteilungsbürokratie gehört durchforstet, Rationalisierung der Staatstätigkeit ist geboten. Eine schlichte Umverteilung der (zu hohen) Steuerlast führt dazu, daß die Steuerschraube leer dreht.

Ob es Berechnung oder Vergeßlichkeit war, die Arbeitszeitverkürzung auszusparen, steht dahin. Albrecht geht nur in Nebensätzen darauf ein. Andere Unionspolitiker haben dieses Thema zu ihrem Favoriten gemacht. Eines aber scheint sich auch in der Union herumzusprechen: Allein das Wachstum vermag die Vollbeschäftigung nicht herbeizuzwingen. Es bedarf struktureller Maßnahmen, die auf mehr Eigeninteresse, Kostenentlastung und Dynamik zielen.

Die sich häufenden Denkanstöße führender Unionspolitiker lassen vermuten, daß sich die CDU/CSU auf ein neues programmatisches Selbstverständnis zubewegt. Sollte es sich zu einem Programm runden – noch ist es wirr und zerfasert –, dürfte deutlich werden, wie lang und schmerzhaft der Weg zur Vollbeschäftigung ist. Der Sozialstaat wird dabei nicht demontiert, sondern wieder funktionsfähig gemacht.

Horn: SPD soll Bundeswehr mehr beachten

AP, Hannover

SPD-Parteivorstand und Bundestagsfraktion sollten nach Ansicht des sozialdemokratischen Verteidigungsexperten Erwin Horn „der Bundeswehr mehr Beachtung schenken" und „dürfen in der Frage des westlichen Bündnisses keine Zweifel aufkommen lassen". In einem Interview der „Neuen Presse" (Hannover) reagierte der SPD-Abgeordnete damit auf Kritik sozialdemokratischer Berufsoffiziere, daß die SPD durch den „Flirt mit der Friedensbewegung" in Gefahr gerate, in der Bundeswehr bei Null anfangen zu müssen.

Horn weiter: „Die Verabsolutierung der Raketen-Frage führt auch zu einer Vereinseitigung. Die Soldaten fühlen sich tatsächlich dabei etwas vernachlässigt." Er forderte die SPD-Führung zu einer deutlicheren Aussage über die Bundeswehr auf. „Die Proportionen sind nicht richtig gewichtet, wenn über die Frage der Stationierung neuer Raketen und den Rüstungswettlauf neun Zehntel der Diskussion verbraucht werden und nur ein Zehntel zur Verteidigung und zur festen Verankerung im westlichen Bündnis." Die SPD müsse „gerade in der Sicherheitspolitik verläßlich sein, so wie sie in der Entspannungspolitik verläßlich ist".

In der Berliner Polizei schwelt wieder eine Vertrauenskrise

GdP-Chef Brosius fordert Rücktritt Hübners / Empörung über Prozeß-Aussagen

F. DIEDERICHS, Berlin

Nur wenige Wochen nach der „Affäre Winfried Bruder" – der leitende Beamte aus dem Polizeipräsidium und Sozialdemokrat wurde wegen offenkundiger Sympathien für die Hausbesetzer-Szene in die Senat-Innenverwaltung versetzt – schwelt in der Berliner Polizei eine neue Vertrauenskrise. Wieder einmal steht der sozialdemokratische Polizeipräsident Klaus Hübner (59) im Zentrum der Kritik. Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft (GdP), Günter Brosius, fordert jetzt den Rücktritt des SPD-Mannes, wegen dessen Verhaltens während des spektakulären Prozesses um den Todesschuß von Polizeiobermeister Jörg Rosentreter.

So trägt nach Auffassung der Berliner Polizeigewerkschaftler Hübner die „volle Verantwortung" für das skandalöse Fehlverhalten der polizeilichen Schußwaffenkommission, deren Arbeit Gericht und Staatsanwaltschaft als „erbärmlich" und „unglaublich" bezeichnet hatten. So hatte ein Mitglied der Kommission gegen alle Aufträge zur Wahrheitsfindung verstoßen, als es die Anweisung gab, die unmittelbar nach dem Todesschuß geschriebenen Tatprotokolle von Zeugen zu vernichten und diese durch neue „glaubwürdigere" Formulierungen zu ersetzen.

Hübner, der zu diesen Vorgängen vor Gericht befragt wurde, konnte sich „an *Einzelheiten nicht mehr* erinnern". Er habe zwar erfahren, daß unzutreffende Berichte erstellt wurden. An ein vor neun Monaten geführtes Telefongespräch mit dem Vorsitzenden der Schußwaffenkommission konnte er sich aber nicht entsinnen, es sei „zu lange her".

Insider der Polizei fragen sich vor allem, warum Hübner angesichts des wenig alltäglichen Sachverhaltes kein Gesprächsprotokoll über das bedeutsame Telefonat angefertigt habe. Das Arbeitsverbot für die Schußwaffenkommission, das Hübner selbst nach den skandalösen Enthüllungen während des Prozesses noch am vergangenen Mittwoch erließ, dürfe nicht „einzige Folgerung" bleiben, forderte der GdP-Vorsitzende Brosius. Gewerkschaftskollege Egon Franke pflichtete bei: „Ein skandalöses Verhalten des Polizeipräsidenten."

Daß sich demnächst auch das Berliner Landesparlament wieder einmal mit der Person Hübners befaßt, gilt an der Spree angesichts des neuerlichen Skandals als wahrscheinlich. In seiner bisherigen 15jährigen Amtszeit sorgte nicht nur die Tatsache für Schlagzeilen, daß Hübners Sohn Hausbesetzer ist und sogar von Untergebenen seines Vaters festgenommen werden mußte. Hübner befindet sich zudem seit Amtsantritt des Weizsäcker-Senats in ständigem Konflikt mit Berlins Innensenator Lummer (CDU), der zwar in offiziellen Verlautbarungen von „vertrauensvoller Zusammenarbeit" mit Hübner spricht, dies aber schon so oft tat, daß diese Aussage unglaubwürdig klingt.

Hübners Ablehnung eines Vermummungsverbots für Demonstranten und der Verschärfung des Demonstrations-Strafrechts widerspricht der Auffassung des Innensenators, der sich von einem Vermummungsverbot weniger Straftaten bei Demonstrationen und möglichen Krawallen erhofft. Hübner hatte in der Vergangenheit vor Parteifreunden wiederholt verkündet, er betreibe „sozialdemokratische Sicherheitspolitik". Unionspolitiker attestierten ihm deshalb mangelnde Loyalität, CDU-Fraktionschef Diepgen warf Hübner eine „Verkennung der beamtenrechtlichen Pflichten" vor.

Iranischer KP-Chef greift Moskau an

DW/AP, Nikosia/Bonn

Der verhaftete und bereits mehrfach als hingerichtet gemeldete Chef der verbotenen moskautreuen iranischen Tudeh-Partei, Nurredin Kianuri, hat in einem Interview des Teheraner Fernsehens der Sowjetunion Streben nach Weltherrschaft vorgeworfen und sich zur Spionage für Moskau in Iran bekannt. Kianuri erinnerte dabei an seine früheren ähnlichen Geständnisse, wenige Wochen nach seiner Verhaftung. Er betonte, daß auf ihn kein Druck ausgeübt worden sei.

Das überraschende Auftreten des Tudeh-Chefs wird von Beobachtern als Indiz dafür genommen, daß die Prozesse gegen die fast 6000 inhaftierten prosowjetischen Kommunisten in Iran in Kürze beginnen werden. Zugleich scheint sich damit die eher traditionalistisch eingestellte Geistlichkeit gegen den revolutionären Klerus, der die Unterstützung der Tudeh hatte, durchgesetzt zu haben. Hunderte von Tudeh-Anhängern haben nach Angaben aus Exilkreisen in Paris nun mit der Hinrichtung zu rechnen.

Wie Kianuri weiter im iranischen Fernsehen berichtete, hätte die Tudeh vom ersten Tag ihrer Gründung vor 40 Jahren keine Entscheidung unabhängig von Moskau treffen dürfen. Die UdSSR habe sogar die Lieferung militärischer Geheimnisse aus Iran gefordert.

Wieviel muß wer jetzt mehr zahlen?

Höhere Sozialabgaben vom 1. September an

GISELA REINERS, Bonn

Bei vielen Arbeitnehmern wird die Abrechnung des Septembergehalts einen geringeren Nettobetrag ausweisen. Grund: Zum 1. September steigt der Beitragssatz in der Rentenversicherung von 18 auf 18,5 Prozent. Dieser wird bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze von 5000 Mark brutto im Monat berechnet. Wer mehr verdient, zahlt nur soviel, als ob er 5000 Mark hätte. Der monatliche Höchstbeitrag steigt somit von jetzt 900 auf 925 Mark, zu zahlen jeweils zur Hälfte vom Arbeitnehmer und vom Arbeitgeber.

Der Grund für die vorgezogene Erhöhung lag in der schlechten Entwicklung der Rentenfinanzen und der Belastung der Sozialversicherungssysteme durch die hohe Arbeitslosigkeit. Üblicherweise würden Beitragserhöhungen sonst zum Jahresbeginn wirksam.

Doch damit nicht genug. Zum Anfang des Jahres 1984 steigen auch die Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Diese Beitragsbemessungsgrenzen werden jährlich vom Bundesarbeitsministerium festgesetzt. Sie orientieren sich am durchschnittlichen Bruttolohn der vergangenen drei Jahre, der auf einen durch 600 teilbaren Betrag auf- oder abgerundet und durch zwölf geteilt wird.

In der Renten- und Arbeitslosenversicherung steigt die Bemessungsgrenze von Januar an voraussichtlich von jetzt 5000 auf 5200 Mark; in der Krankenversicherung beträgt sie nur drei Viertel davon: 3900 Mark (zur Zeit: 3750). In der Arbeitslosenversicherung bleibt der Beitragssatz von 4,6 Prozent unverändert, in der Krankenversicherung beträgt er durchschnittlich 12 Prozent, allerdings mit sinkender Tendenz.

In der Krankenversicherung steigt der Höchstbetrag von 450 auf 468 Mark; in der Arbeitslosenversicherung von 230 auf 239,20 Mark im Monat. Insgesamt klettert der Spitzenbetrag auf 1669,20 Mark, der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte aufgebracht werden muß. Das sind für den einzelnen 834,60 Mark, genau 44,60 Mark mehr als zuvor.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Zu früh starb nach schwerer Erkrankung in seiner Heimatstadt Mannheim nach einem arbeitsreichen und aktiven Leben mein so sehr geliebter Mann, unser Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Dr. Fritz L. Reuther

* 25. 1. 1909 † 26. 8. 1983

Unvergessen bleiben uns sein Optimismus, Frohsinn, die Herzenswärme und seine Fürsorge.

Um ihn trauern

Dr. Marianne Reuther geb. Werner
Dorothea Langel geb. Reuther
Guy Langel
Barbara Reuther
Kläre Roth geb. Reuther
Rita Reuther geb. Bensel
Prof. Dr. Hans Oberdalhoff
mit Angehörigen
Cornelia Freund-Valentin
Herbert Freund
Carlhans Valentin

Blütenweg 18
6940 Weinheim-Hohensachsen

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 1. September 1983, 11.00 Uhr, auf dem Hauptfriedhof Mannheim, statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Unser Gesellschafter, langjähriger Geschäftsführer und Vorsitzender unseres Aufsichtsrates, dem er als Ehrenmitglied bis zuletzt angehörte, Herr

Dr. techn. Fritz L. Reuther

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Ehrensenator der Fachhochschule für Technik Mannheim

ist am 26. August 1983 im 75. Lebensjahr verstorben.

Vier Jahrzehnte galt sein engagierter, unermüdlicher Einsatz der Entwicklung und dem Aufstieg unseres Hauses. Bis zuletzt blieb er unserem Unternehmen eng verbunden.

Sein Wissen, seine Erfahrungen und sein ausgewogener Rat werden uns fehlen.

Das Andenken an ihn wird in unserem Hause bewahrt bleiben.

Mannheim-Waldhof, 30. August 1983

Gesellschafter, Aufsichtsrat,
Geschäftsführung, Betriebsrat und die Mitarbeiter
der
BOPP & REUTHER GMBH

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 1. September 1983, 11.00 Uhr, auf dem Hauptfriedhof Mannheim, statt.

An Stelle zugedachter Kränze und Blumen wird eine Spende zugunsten der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Kreisgruppe Mannheim, auf das Konto Nr. 774 444 bei der Deutschen Bank AG Mannheim erbeten.

Am 23. August 1983 entriß uns der Tod Herrn

Dr. rer. pol. Joachim Speetzen

Als Gesellschafter und langjähriger Geschäftsführer hat er unermüdlich, oft mit leidenschaftlichem Engagement, stets aber verantwortungsbewußt die Entwicklung und den erfolgreichen Ausbau unseres Unternehmens vorangetrieben. Auch nach seinem Übertritt in den Ruhestand blieb er uns verbunden und stellte bis zuletzt seine reichen Erfahrungen zur Verfügung.

Dafür und für sein fürsorgliches Verhältnis zu seinen Mitarbeitern sind wir ihm dankbar. Wir werden ihn nicht vergessen.

Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH
Frankfurt Hamburg
Gesellschafter, Aufsichtsrat, Geschäftsführung,
Betriebsrat und Mitarbeiter

Die Trauerfeier findet im engsten Kreise statt. Statt zugedachter Blumen bitten wir um eine Spende zugunsten des Reichsbundes für Behinderte, Landesverband Hamburg, auf das Sonderkonto Nr. 271 041 601 bei der Commerzbank Hamburg.

Wir trauern um unseren Geschäftsführer

Dr. Günther Huber

der am 27. August 1983 im Alter von 51 Jahren nach längerer Krankheit verstorben ist.

Mit unermüdlicher Hingabe hat er seine weitreichenden Kenntnisse und langjährigen Erfahrungen im Düngergeschäft für die Weiterentwicklung unseres Unternehmens eingesetzt.

Sein Sachverstand und seine menschliche Integrität verschafften ihm Sympathie und hohe Wertschätzung innerhalb und außerhalb unseres Hauses.

Sein Tod ist für uns ein schmerzlicher Verlust.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Beirat, Geschäftsleitung, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
COMPO GmbH, Münster

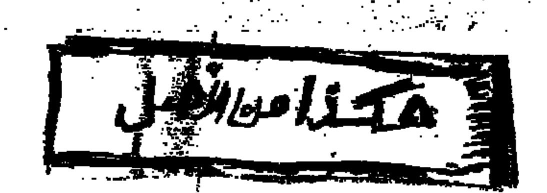
4400 Münster-Handorf, Gildenstraße 38

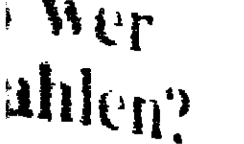
Am 23. August 1983 verstarb im 73. Lebensjahr Herr

Dr. rer. pol. Joachim Speetzen

In seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrates hat er seine in langen Jahren gesammelte Erfahrung in unser Unternehmen eingebracht. Wir verdanken ihm viel.

ALUMA GMBH
Frankfurt
Gesellschafter, Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter





Das Waldsterben stellt auch die „DDR" vor erhebliche Probleme

Industrierevier im Raum Leipzig–Bitterfeld–Halle stark belastet / Sorgen durch CSSR

HANS-R. KARUTZ, Berlin

In der Bundesrepublik droht zehn bis 30 Prozent der Bäume der Tod. Obwohl Ost-Berlin keine Vergleichszahlen veröffentlicht, kam nicht erst durch den „grünen" Beschluß des SED-Politbüros von Ende Februar dieses Jahres heraus, daß auch vor allem auf der deutschen Seite des Erzgebirges immer mehr Baumruinen stehen. Damals kündigte die SED ein „langfristiges Programm zur Erhaltung der Waldflächen in rauchgefährdeten Gebieten" an. Mit der Vokabel „Rauch" beschreibt Ost-Berlin eher verniedlichend den Tatbestand, daß der enorme Schwefeldioxydausstoß der „DDR"-Braunkohlekraftwerke in erster Linie an dieser Entwicklung schuld ist.

Selbst die Zeitschrift „Volksarmee" nahm sich jetzt unter der Rubrik „Sozialistische Wirtschaft" der früher so schmucken Wälder zwischen Mecklenburg und Thüringen an. In einem Gespräch der Redaktion mit Generalforstmeister Rudolf Rüthnick, Stellvertreter des Ostberliner Landwirtschafts- und Forstministers, kam dieses Thema auch unter dem wichtigen Gesichtspunkt zur Sprache, daß der Rohstoff Holz für die zu 27 Prozent bewaldete „DDR" einen wesentlich höheren Stellenwert besitzt als für die Industrie der Bundesrepublik. Rüthnicks Problemkatalog lautete wörtlich:

- „Strom und Schnee sowie zunehmende *Rauchschäden haben in den* vergangenen Jahren erhebliche Probleme bei der Bewirtschaftung der Waldbestände gebracht."
- „Die Forstwirtschaft mußte während der letzten zehn Jahre über 20 Millionen Kubikmeter Bruchholz aufarbeiten, was große Anstrengungen verlangte und auch weiterhin erfordert."
- „Zudem ist viel zu tun für den komplexen Schutz unserer Wälder gegenüber verstärkt auftretenden Forstschadinsekten wie Borkenkäfer und Nonne, zur Minderung von Rauchschäden in verschiedenen Waldgebieten oder auch zur Verhinderung von Waldbränden."

Das Waldsterben grassiert vor allem im gesamten klassischen, aber technologisch häufig veralteten mitteldeutschen Industrierevier im Raum Leipzig–Bitterfeld–Halle und in den Waldgebieten um Karl-Marx-Stadt (Chemnitz). Auf dem Kamm des Erzgebirges stehen immer mehr nadellose Tannen, Fichten und Kiefern. Besonders betroffen ist das Revier um Marienberg, Annaberg und Fichtelberg.

Ost-Berlins Umweltschutzminister Hans Reichelt (SED) hatte im Frühjahr in einem Interview mit dem Düsseldorfer DKP-Blatt „Unsere Zeit" (UZ) die Dinge deutlich beim Namen genannt: „Große Anstrengungen sind notwendig, um in den Wäldern entlang der Staatsgrenze mit der CSSR weitere Schäden abzuwenden." Offenbar in Anspielung auf die besonders hohen Schwefeldioxyd-Belastungen durch veraltete Kraftwerke auf der tschechischen Seite erklärte Reichelt: „Die DDR erhält ebensoviel Luftschadstoffe, wie sie umgekehrt abgibt."

Der Minister kam in diesem Interview auch auf das Erzübel in der „DDR"-Energiewirtschaft zu sprechen: „Da wir uns vorrangig auf den einheimischen Energieträger, die Braunkohle, stützen, wird verständlicherweise die Luft insbesondere durch Staub und Schwefeldioxyd beeinträchtigt." Durch rationellere Energieanwendung sei es immerhin gelungen, einen Anstieg der Schwefeldioxydbelastung von „rund einer Millionen Tonnen im Jahr trotz erheblicher Steigerung der Industrieproduktion zu verhindern".

Handfeste Fakten über die allmählich lebensbedrohende Formen annehmende Umweltbelastung im Erzgebirge wurden zum ersten Mal in breiter Form während des evangelischen Kirchentages Anfang Juli in Dresden bekannt. In der Kreuzkirche – Schauplatz der mehrfachen antimilitaristischen Friedensbekundungen von Jugendlichen – versammelten sich über tausend Teilnehmer unter einem aus Salatköpfen komponierten Riesenkreuz. Die Kirchenkreise der sächsischen Hauptstadt hatten zu einem Vortrag des „Ökologischen Arbeitskreises" eingeladen. Dabei kamen alarmierende Details zur Sprache:

- Die auch nach der eigenen Gesetzgebung zulässigen Schwefeldioxydwerte sind in der „DDR" regional weit überschritten.
- Kleinkinder und Schüler leiden beispielsweise im industriereichen Bezirk Halle (Buna-Werke Schkopau und andere) doppelt so häufig an Entzündungen der Luftwege und anderen typischen Beschwerden wie in anderen Landesteilen.

In den kommenden Jahren verschärft sich das Rauchgasproblem für die „DDR"-Industrie weiter. Um die gekürzten sowjetischen Lieferungen an Erdöl, teure West-Importe dieser Energie und auch den Bezug von nicht eben billiger Steinkohle zu drosseln, soll die Förderung einheimischer Rohbraunkohle bis 1985 auf annähernd 295 Millionen Tonnen pro Jahr gesteigert werden.

Inzwischen gibt es erste Ansätze für eine deutsch-deutsche Zusammenarbeit auf diesem Gebiet: Vor einigen Wochen besuchten gemischte Expertengruppen hochmoderne Braunkohlekraftwerke am Niederrhein und ein wissenschaftliches *Spezialinstitut in Leipzig, das sich* mit diesen Problemen beschäftigt.

Welche Bedeutung Holz für die an natürlichen Rohstoffen arme „DDR" besitzt, läßt sich an einigen Zahlen ablesen: 12 000 Erzeugnisse stammen aus holzverarbeitenden Betrieben. Spanplatten oder Holzregale gehören in der „DDR" zu den begehrtesten Mangelartikeln. Unter den 47 000 Beschäftigten in der Forstwirtschaft gehen allein 3000 Berufstätige dem urtümlichen Beruf des „Harzarbeiters" nach. Sie zapfen aus acht Millionen Kiefern jährlich rund 11 000 Tonnen Harz.

Mißtrauisch blickt Reagan nach Paris

Das Verhältnis zwischen dem US-Präsidenten und Mitterrand ist nachhaltig gestört

H. WEISSENBERGER, Paris

Der Besuch von Präsident Reagans „trouble-shooter" General Vernon Walters bei Frankreichs Staatschef Mitterrand hat schon vor der neuen Kontroverse um den Verkauf von Exocet-Raketen und die Leihgabe der französischen Super-Etendard an Irak den Eindruck verstärkt, daß die amerikanisch-französischen Differenzen tiefgreifender sind, als Paris dies öffentlich zugeben mag.

Der Aufenthalt Walters im Ferienhaus Mitterrands in Latche war von der satirischen Wochenzeitschrift „Le canard enchaine" enthüllt worden. Walters, Dolmetscher für vier US-Präsidenten, gilt als Reagans Mann für die schwierigsten und delikatesten diplomatischen Missionen.

In seinem jüngsten Interview mit der Tageszeitung „Le Monde" hatte Mitterrand zwar den Mantel des Vergessens über die Polemik zwischen Paris und Washington gelegt. Dabei ging es um den angeblichen Druck, den Reagan auf Frankreich für eine rasche und harte französische Intervention in Tschad ausgeübt haben soll, und um die Entsendung der amerikanischen Awacs-Flugzeuge, die Mitterrand „erst aus der Zeitung" erfahren haben will.

Doch die besänftigenden Worte Mitterrands können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Verhalten der beiden Präsidenten gegenüber der libyschen Aggression in Tschad das Mißtrauen, das seit dem Amtsantritt von Mitterrand im Mai 1981 das Verhältnis zwischen ihm und Reagan kennzeichnet, neu genährt, wenn nicht verstärkt hat.

Zwei gegensätzlichere Charaktere als Reagan und Mitterrand lassen sich kaum denken, und keiner von beiden denkt Gutes über den anderen. „Von Reagan erwarte ich nichts mehr", erklärte Mitterrand kürzlich in einem Privatgespräch mit Journalisten. Wenn man dem US-Botschafter in Paris, dem ehemaligen Wall-Street-Banker Evan Galbraith, einem „Ultra" der Republikanischen Partei, glaubt, so erwartet Washington auch nicht mehr viel von Mitterrand. Der „Florentiner", so wird Mitterrand wegen seiner machiavellistisch verschlugenen Politik genannt, ist demnach für Amerikaner wie Reagan ein Risikofaktor.

Der US-Präsident hat sicherlich auch nicht die haß- und hohnerfüllte Kampagne der sozialistischen Presse und Pariser Intellektuellen gegen den „Hollywood-Cowboy" und „zweitrangigen Leinwandlover" bei seiner Wahl ins Weiße Haus vergessen. Die Aufnahme kommunistischer Minister in die Pariser Regierung verstimmte Washington endgültig.

Gemeinsamen Boden fanden Washington und Paris bisher lediglich in der harten Haltung gegenüber Moskau wegen Afghanistan und in der Betonung des militärischen Ungleichgewichts in Europa und der Notwendigkeit einer westlichen Nachrüstung. Immerhin: Das sind wesentliche Gemeinsamkeiten. US-Diplomaten allerdings hegen auch in diesen Fragen leise Zweifel hinsichtlich der Entschlossenheit des als „Zauderers" bekannten Mitterrand.

Denn trotz Afghanistan und Polen sperrte sich Paris störrisch gegen das US-Embargo für Lieferungen zugunsten der sibirischen Gaspipeline, und außerdem lieferte Paris Waffen an das prosowjetische Regime in Nicaragua. Frau Danielle Mitterrand und der Mitterrand-Berater Regis Debray, ehemaliger Kampfgefährte von Che Guevara, unterstützen sogar offen die sandinistische Rebellenbewegung in Salvador und andere marxistische Rebellen in Lateinamerika.

Dagegen dienen Reagan und der Dollar als „Buhmänner" für alle die durch die sozialistischen „Reformen" verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs. Der „Reaganismus", Todsünde in den Augen der Pariser linken Ideologen, wird den *Franzosen als der Grund* dafür dargestellt, daß sie den Gürtel ständig enger schnallen müssen. Nein, aufrichtige Freundschaft herrscht zur Zeit wahrlich nicht zwischen Washington und dem linken Regime Mitterrands. (SAD)

Uruguay rutscht in die Krise

MANFRED NEUBER, Bonn

In Montevideo gingen die Lichter aus, und Hausfrauen trommelten auf leeren Töpfen. Wie in Chile wurde jetzt in Uruguay gegen das Militärregime protestiert. Oppositionspolitiker und Menschenrechtsgruppen hatten zum Nationalfeiertag Uruguays zu einem „Tag der nationalen Besinnung" aufgerufen. Ähnliche Aktionen sollen in nächster Zeit folgen.

Die katholischen Bischöfe appellierten an die Regierung und die drei in Uruguay zugelassenen Parteien, die Gespräche über eine Rückkehr zur Demokratie wieder aufzunehmen. Sie waren im Juli im Streit über Änderungen der Verfassung abgebrochen worden.

Das Militärregime reagierte darauf Anfang August mit einer verhärteten Haltung. Alle politischen Aktivitäten wurden untersagt, die Pressezensur weiter verschärft. An den für November 1984 geplanten Wahlen soll jedoch festgehalten werden.

Der Staatschef Uruguays, General Gregorio Alvarez, wollte angeblich den Wahltermin streichen und eine „offizielle" Partei für sein Verbleiben an der Macht gründen. Doch der Heereschef, General Boscin Hontou, und sein Innenminister widersetzten sich dieser Absicht.

Ursache für das Scheitern des im Mai begonnenen Dialogs zwischen dem Militärregime und den drei nichtmarxistischen Parteien war das Insistieren der Generale auf ihrer Forderung, der von ihnen dominierte Nationale Sicherheitsrat sollte ein Vetorecht gegenüber der Politik einer künftigen Zivilregierung haben.

Nach den Vorstellungen der Militärs, die nach dem Rückzug in die Kasernen im Jahre 1985 praktisch eine Nebenregierung etablieren wollen, hätte der Nationale Sicherheitsrat die Befugnis, ohne Befragen des Parlamentes verfassungsmäßige Rechte einzuschränken und den Ausnahmezustand zu verhängen. Wer einer Gefährdung der nationalen Sicherheit verdächtigt wird, könnte 15 Tage in Einzelhaft gehalten und vor ein Militärgericht gestellt werden.

Die drei Parteien – Colorados, Blancos und Bürgerunion – sehen darin einen schweren Rückschlag nach zweieinhalb Jahren einer allmählichen Lockerung des Militärregimes in Uruguay. Sie erwägen nun weitere Demonstrationen für die Demokratie – mit Seitenblick auf die Entwicklung in Chile.

Mit den Änderungen an der Verfassung von 1967 versuchen die Generale dieselben Ziele durchzusetzen, die von der Bevölkerung in einem Plebiszit über einen neuen Verfassungsentwurf im November 1980 verworfen wurden. Sie sollen auch sicherstellen, daß keine Militärs von einer späteren Zivilregierung wegen Verstöße gegen die Menschenrechte zur Rechenschaft gezogen werden.

Beide Traditionsparteien – Blancos und Colorados – sowie die kleine rechtskatholische Bürgerunion sind sich einig im Widerstand gegen oktroyierte Verfassungsänderungen. Einige Sprecher verlangen auch die Zulassung der Linksparteien und die Einbeziehung von Unternehmern und Gewerkschaftsführern in den politischen Dialog.

Durch eine Wirtschaftspolitik des knappen Geldes und des freien Marktes konnte Montevideo seine Kreditwürdigkeit stärken; der Internationale Währungsfonds ist jedenfalls mit der Erfüllung seiner Auflagen für die im April gewährte Anleihe von 400 Millionen Dollar zufrieden.

Die Rezession in den südamerikanischen Nachbarstaaten sowie die hohen Zinsen im eigenen Lande haben die uruguayische Wirtschaft jedoch in eine schwere Krise gebracht. Die Arbeitslosigkeit sprang über die 20-Prozent-Marke, das Bruttosozialprodukt fiel im ersten Halbjahr 1983 um weitere zehn Prozent. Zeichen der Zeit: In der einstigen „Schweiz Südamerikas" sieht man immer mehr Bettler.

Kontroverse um Volkszählung wiederbelebt

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Kontroverse um die vom Bundesverfassungsgericht aufgeschobene Volkszählung ist neu belebt worden: Der Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Köln, Manfred Güllner, soll aus dem Verband Deutscher Städtestatistiker ausgeschlossen werden. Der Vorstand, der diesen Beschluß einstimmig faßte, wirft Güllner eine Diffamierungskampagne vor, denn der oberste Volkszähler von Köln habe „Mißtrauen und den Widerstand unkundiger Bürger gegen eine Volkszählung geschürt". Über den Ausschlußantrag entscheidet Ende September die Mitgliederversammlung des Verbandes in Wuppertal.

Die in dem Verband organisierten Statistik-Fachleute der Bundesrepublik sind der Ansicht, ihr Kölner Kollege lasse entweder die notwendige Qualifikation für ein so bedeutendes Amt vermissen oder er habe seine Äußerungen wider besseres fachliches Wissen gemacht. Sie zielen damit auf zahlreiche Interviews und Veröffentlichungen Güllners im März, als der Streit um die Volkszählung in vollem Gange war. So soll Güllner die Zähler als „Schnüffler" bezeichnet und der amtlichen Statistik eine „Manipulation der Ergebnisse" unterstellt haben. Der Verband fühlt sich auch durch Güllners Behauptung diffamiert, daß die Statistik ein „willfähriges Werkzeug der jeweils Herrschenden" sei.

Güllner hielt demgegenüber dem Verband vor, er habe „immer noch nicht über die Sache mit mir diskutiert".

„Betriebsdemokratie liegt schief"

gba, Bonn

Nur durch eine Änderung des Wahlrechts im Betriebsverfassungsgesetz kann nach Ansicht des CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Keller die derzeit „schiefliegende Betriebsdemokratie" in Ordnung gebracht werden. Keller, Mitglied im Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB), verweist darauf, daß nach den geltenden Bestimmungen kleinere Gewerkschaften durch die Vormachtstellung der im jeweiligen Betrieb dominierenden Gewerkschaft daran gehindert werden, Ausschüsse zu besetzen oder auch Posten der freigestellten Betriebsräte für sich zu beanspruchen. Als Beispiele führt der Abgeordnete, auf dessen Drängen auch in dieser Legislaturperiode wieder eine Kommission zur Änderung des Betriebswahlrechts von der CDU/CSU-Fraktion eingesetzt wurde, mehrere Firmen in Bayern an. So stellte z. B. der Christliche Metallarbeiterverband in einer Firma in Blaichach bei einem Stimmenanteil von 31,6 Prozent sechs der 19 Betriebsräte, sei aber in keinem Ausschuß vertreten und dürfe auch keinen Vertreter für die Betriebsratsarbeit freistellen. Es gebe viele ähnliche Beispiele. Nach den geltenden Bestimmungen könne sich die „herrschende Gewerkschaft" – meist eine Industriegewerkschaft des DGB – „ganz legal über Minderheiten hinwegsetzen". Keller hofft auf eine Änderung der diskriminierenden Vorschriften noch in dieser Legislaturperiode.

Vogel kritisiert Unions-Kollegen

Nea. Mainz

In ungewöhnlich heftiger Form hat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) die jüngsten Aktivitäten einiger seiner Ministerpräsidenten-Kollegen der Union kritisiert. Ohne Namen zu nennen, rügte er diejenigen, „die den deutschen Journalismus mißbrauchen, um dann, wenn andere Pause machen, zu Wort zu kommen". Jedermann wisse, daß es im Sommer, wenn „die Chefredakteure Mühe haben, Stoff für die erste Seite zusammenzubekommen, wesentlich leichter ist, in die Schlagzeilen zu kommen als sonst". Wie in Mainz verlautet, war damit in erster Linie der baden-württembergische Regierungschef Lothar Späth mit seinen Äußerungen über das Mutterschaftsgeld, aber auch der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht mit seinen 10 Thesen zur Sozialpolitik gemeint.

Neuer Bischof für Speyer

dpa, Speyer

Der Papst hat den bisherigen Würzburger Generalvikar, Anton Schlembach, zum neuen Bischof von Speyer ernannt. Der 51jährige Schlembach wird damit 95. Oberhirte der Diözese Speyer und Nachfolger von Friedrich Wetter, der am [illegible]9. Oktober 1982 von Johannes Paul II. zum Erzbischof von München und Freising berufen worden war. Seit dem Weggang Wetters aus der Pfalz war das Bistum von Weihbischof Ernst Gutting geleitet worden.

1956 war Schlembach in Rom von Kardinal Franz König (Wien) zum Priester geweiht worden. 1963 wurde er Direktor des Studienseminars in Aschaffenburg, 1966 Regent des Würzburger Priesterseminars und 1969 Beauftragter für Priester- und Erwachsenenbildung im Dekanat Hammelburg. 1981 wurde er zum Generalvikar ernannt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schriftsteller und Frieden

Was St. Augustinus, genannt der „Vater des Abendlandes", vor über 1500 Jahren in seinem Werke „De Civitate Dei" schrieb, ist heute zeitgemäßer denn je: Der Friede ist das universale Anliegen der Menschheit. Selbst der Angreifer, der Brecher des Friedens begehrt ihn noch: seinen Frieden! Aber die Voraussetzung wahren Friedens ist Ordnung, ein System richtiger, das heißt gerechter Beziehungen.

„Nimm die Gerechtigkeit weg", schrieb Augustinus. „Und was sind Königreiche anderes als große Räuberbanden – und was sind Räuberbanden anderes als kleine Königreiche?"

Was sich heute vielerorts in Deutschland abspielt, mag zweifellos dem Frieden dienen – dem des Aggressors, des Brechers des Friedens. Siehe Afghanistan, die Niederschlagung des Prager Frühlings, des ungarischen Freiheitskampfes, siehe, was sich in Polen, an der Berliner Mauer, am Eisernen Vorhang abspielt.

Es ist nicht anzunehmen, daß jene Künstler, die mit einer Hamburger Senatsgarantie von DM 750 000 in Hamburg am 3. und 4. September „für den Frieden" demonstrieren sollen, die deutschen Künstler als solche repräsentieren. Ich spreche nicht für alle Schriftsteller, wenn ich im Namen des Freien Deutschen Autorenverbandes (FDA) gegen eine Politik schärfstens Stellung nehme, die nur jenem Aggressor dienen kann. Gewiß aber tue ich es für die besonnene Mehrheit, der bewußt ist, daß die Freiheit das Lebenselement allen Schaffens ist. Ohne sie ist schöpferische Autorenschaft nicht denkbar, sondern nur die Fabrikation von Auftragsliteratur.

Soll man den angedrohten „heißen" Herbst mit dem Hamburger Septemberauftakt ernst nehmen? Die Sowjets jedenfalls könnten dies durchaus ernst nehmen, so wie Hitler seinerzeit den „Oxford-Eid" der britischen Studenten: „Niemals zu kämpfen für König und Vaterland." Die englische Jugend sei dekadent, schloß er daraus, und werde sich auch einer Aggression nicht widersetzen.

Auf die kürzeste Formel gebracht: Ein Europa ohne adäquate Verteidigung, in dem „die" Künstler, „die" Pastoren, „die" Studenten usw. mit Kommunisten gemeinsame Sache machen, könnte die Sowjets durchaus locken, auf „friedlichem" Wege i h r e n Frieden anzustreben, die Pax sovietica – durch Erpressung, eine Promenade militaire zum Rhein, und, wenn die französische Force de frappe in die Demontage der europäischen Verteidigung einbezogen würde, bis zum Atlantik.

Wenn dann, um das friedensbedrohende Werk des polnischen Papstes zunichte zu machen, der Patriarch von Moskau in den Krakauer Dom eingezogen sein wird und sich im Kölner Dom, und wenn möglich in Notre Dame inthronisiert hat, könnte die „SER" verkündet werden, die Sozialistische Einheitsreligion. Versteht sich, mit Hilfe der tausend talarbekleideten Friedenspastoren!

Was weiter geschehen wird, steht im Matthäusevangelium, 24. Kapitel, 15. Vers: „Wenn ihr sehen werdet den Greuel der Verwüstung, daß er steht an der heiligen Stätte ..." dann kommt das Ende.

Hubertus Prinz zu Löwenstein,
Präsident des Freien Deutschen Autorenverbandes,
Bonn-Bad Godesberg

Gedanken zur Schwarzarbeit

„Zuviel Schwarzarbeit? Man prüfe die Lohnnebenkosten"; WELT vom 22. August

Heinz Pentzlin ist zuzustimmen, wenn er die steigenden Lohnnebenkosten für das übermäßige Anwachsen der Schwarzarbeit verantwortlich macht. Die Frage ist nur, ob diese Belastungen der „Weißarbeit" noch vermindert werden können, in einer Zeit, da die Zahl der Nichtbeschäftigten nicht nur stagniert, sondern sogar Gefahr läuft, dank einer unrealistischen Politik der Gewerkschaften eher zu steigen als zu fallen. Wenn die größten Gewerkschaften bei uns gerade vorhaben, die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich durchzusetzen, werden sie nämlich mit Sicherheit die Arbeitslosigkeit vermehren helfen.

Aber auch abgesehen davon, wird sich mit der Zahl der Nichtbeschäftigten bei sinkendem Einkommen ihre Neigung zur Schwarzarbeit vermehren. Eine wirkungsvolle Bekämpfung wird daher um scharfe Kontrollen und empfindliche Bußgelder nicht herumkommen. Wer mag aber heute noch kontrollieren und gar „strafen", da Strafe schon bei Gewaltverbrechern bei nicht wenigen als „eigentlich gegen die Menschenwürde" angesehen wird? Wieviel mehr bei Handlungen, die heute in der Fachwissenschaft schon nicht mehr als „Schwarzarbeit", sondern als „Schattenwirtschaft" bezeichnet werden, welche die Produktivität der Volkswirtschaft erhöhen helfen.

Um nicht jede Spontanität des einzelnen abzuwürgen, müßte man in der Tat sehr deutlich hier zwischen erlaubtem und strafbarem Tun unterscheiden. Wer aber will diese äußerst schwierige Aufgabe übernehmen und sie in unserer von permissiven Intellektuellen beherrschten Öffentlichkeit durchsetzen? Hat man die Freiheit zu weit getrieben, verlangen selbst die früher selbstverständlichsten Ordnungsmaßnahmen einen vermeintlichen oder sogar tatsächlichen „Überwachungsstaat"!

Sicherlich waren die zunehmenden Steuern und Lohnnebenkosten die Hauptursache für die Wucherung der Schwarzarbeit. Nachdem diese aber üblich geworden ist, würde sie selbst dann kaum verschwinden, wenn es überhaupt keine Lohnnebenkosten und keine Steuern mehr gäbe.

Prof. Dr. H.-D. Ortlieb,
Hamburg 52

*

„Im Einsatz gegen den schwarzen Markt der Arbeit"; WELT vom 18. August

Die Schwarzarbeit (oder, besser ausgedrückt, die Schattenwirtschaft) hat Hochkonjunktur. Wenn ein Hauptgeschäftsführer einer lokalen Handwerkskammer von Umsätzen in seinem Bereich von 1 Milliarde DM jährlich berichten kann, so handelt es sich in der Tat um einen nennenswerten Wirtschaftszweig. Würde nun in diesem Wirtschaftszweig mit zweifelhaften, gar anrüchigen Geschäften Geld verdient, könnte ich leicht verstehen, daß diese Arbeit als illegal, also als kriminell, angesehen wird.

So verhält es sich in der Mehrzahl der „Schwarzarbeiten" aber nicht. Trotzdem sollen nun „in 26 Arbeitsämtern Fahnder verstärkt dem Übel auf die Spur" kommen. Die Schattenwirtschaft wird also, weil illegal, weiter kriminalisiert. Warum dies?

Fragt sich keiner der Angesprochenen, warum gerade die Schattenwirtschaft blüht? Ein Beispiel nur soll die Thematik verdeutlichen: Ein Unternehmer muß heute für seinen Maurer durchschnittlich 45,– DM Stundenlohn ansetzen; der Maurer seinerseits bekommt ca. 15,– DM als Lohn ausgezahlt, das sind 200 Prozent (!) Lohnnebenkosten. Jede Überstunde, die dieser fleißige Maurer leistet, treibt seine Steuerbelastung in die Progression, so daß am Ende nur noch ca. 10,– DM netto pro Überstunde übrigbleiben.

Ich frage mich, warum legale Mehrarbeit in der Weise „bestraft" werden muß. Anstatt die Schattenwirtschaft weiterhin verstärkt zu kriminalisieren, sollten die Arbeitsämter dazu übergehen, Strategien zu entwickeln, wie diesem Wirtschaftszweig das „Lukrative" genommen werden kann. Vernünftige Arbeit darf nicht kriminalisiert werden, sie muß der Gemeinschaft wie dem Arbeiter in der gleichen Weise dienen.

Mit freundlichen Grüßen
Karlheinz Vossen,
Neuss

Keine Lehrstelle?

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Problem der großen Arbeitslosigkeit steht mit Recht an der Spitze aller innerpolitischen Sorgen. Deswegen sucht jeder von uns nach Möglichkeiten, eine kontinuierliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

Um so unbegreiflicher ist folgendes Vorkommnis: Eine angesehene Schuhfabrik, zu deren Produktionsprogramm die Herstellung von Spezialschuhwerk gehört, versendet nach Erhalt von Schuhen zur Reparatur nachstehenden Zwischenbescheid: „... Leider ist es aber z. Zt. nahezu unmöglich, unsere Reparaturwerkstatt personell zu verstärken. Seit Monaten versuchen wir schon, einen weiteren Schuhmacher einzustellen, aber weder mit Geld noch guten Worten ist es uns bis jetzt gelungen, einen wirklich qualifizierten Mitarbeiter zu finden ..."

Fehlt es wohl an Nachwuchs, dann würde dort eine Lehrstelle zu vermitteln sein? Oder ist es die diskutierte Unbeweglichkeit der Arbeitsvermittlung, der es nicht gelingt, dem Unternehmen zu helfen?

Mit freundlichen Grüßen
Friedrich Schmalz,
Münster-Angelmodde

Die Vorbilder

„Schleswig-Holstein: Diäten angehoben"; WELT vom 19. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landtagsabgeordneten eines der finanzschwachen Länder unseres Landes haben in trauter Eintracht ihre Bezüge stufenweise gleich bis zum Jahre 1987 von DM 4500,– auf DM 5400,– entsprechend um 20 Prozent angehoben und erreichen damit beinahe die Bezüge eines leitenden Ministerialrates. Rechnet man dann noch die theoretischen Rückstellungen für Pensionsleistungen hinzu, dann kostet ein Landtagsabgeordneter die schleswig-holsteinischen Steuerzahler rund DM 10 000,– monatlich.

Man kann das Verhalten dieser MdL nur als schamlos bezeichnen, wenn man berücksichtigt, daß 900 000 Rentner weniger als 1000,– DM monatlich erhalten, die Sozialleistungen bei den Arbeitslosen heruntergesetzt werden und die Rentner durch den Krankenkassenbeitrag praktisch keine Rentenerhöhung im Sinne einer echten Anhebung der Leistungen bekommen.

Die Herren Abgeordneten, die ja mit gutem Beispiel vorangehen sollen, bekümmern diese Tatsachen überhaupt nicht. Nachdem die Landtagswahlen unter Einhaltung einer Schamfrist vorbei sind, werden die Diäten kraftvoll erhöht, wobei die Schiffbaukrise, die Zahl der Arbeitslosen und die sehr verhalten anlaufende Erholung der Wirtschaft für die Herren Abgeordneten ohne Bedeutung sind.

Daß die Fraktion der CDU dieses erbärmliche Spiel mitgemacht hat, zeigt wieder einmal, wie sehr sich die Phrasen dieser Partei von den Taten unterscheiden.

Man kann daher den Steuerzahlern nur noch zurufen: Steuerzahler aller Parteien: Vereinigt euch und setzt diesem Treiben solcher Volksvertreter durch eine neue Partei ein Ende!

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Behrendt,
Bendestorf

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Es gibt keinen besseren Spiegel, darin du deine Notdurft sehen kannst, als die Zehn Gebote. In ihnen findest du, was dir gebricht und was du suchen sollst. Wir sollen nicht meinen, daß es genug sei, die Zehn Gebote und das göttliche Wort ein- oder zweimal anzuhören, sondern man muß es für und für hören und danach handeln ..."

Martin Luther, Reformator (1483–1546)

Personalien

GEBURTSTAG

Dr. **Heinz Maria Oeftering**, der erste Präsident der Deutschen Bundesbahn, wird am Mittwoch 80 Jahre alt. Der in München geborene promovierte Jurist war nach dem Krieg zuerst in der Verwaltung, dann ab Februar 1957 als Präsident des Bundesrechnungshofes tätig, ehe er kurze Zeit später, im Mai 1957, das Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesbahn übernahm.

In seine fünfzehnjährige Amtszeit fiel unter anderem die Entscheidung, das Streckennetz der Bundesbahn zu elektrifizieren und TEE- und Intercity-Züge im Zweistundentakt einzuführen. Besonderes Interesse des Jubilars, der für die Spitzenposition bei der Bundesbahn die „einmalige Stellung" des höchsten deutschen Beamten, des Präsidenten des Bundesrechnungshofes, aufgegeben hatte, galt der Rationalisierung und Modernisierung der Bahn.

Oeftering, der im Anschluß an seine 15jährige Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender der Bundesbahn noch knapp drei Jahre lang Präsident des Bahnverwaltungsrates war, hat sich stark für die internationale Zusammenarbeit der Eisenbahnen engagiert. Von 1959 bis 1960 war er der erste nicht-französische Präsident der internationalen Union International Chemin de Fer (UIC). Von 1969 bis 1977 war Oeftering, der früher Honorarprofessor für Steuerrecht an der Universität Mainz gewesen war, im Verwaltungsrat der Eurofima, der europäischen Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, tätig.

Seinen Ruhestand verbringt der Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband und vieler hoher ausländischer Auszeichnungen in Frankfurt.

EHRUNG

Der 75jährigen Pfarrerwitwe **Maria Knolle**, Mutter von zwölf Kindern, wurde in Seeheim-Jugenheim (Kreis Darmstadt-Dieburg) das Bundesverdienstkreuz verliehen. Frau Knolle hatte sich im Dritten Reich mit anderen Frauen erfolgreich gegen ein Euthanasieprogramm an Geisteskranken in Nienstedt/Harz eingesetzt und damit 150 Menschen gerettet. Später, während der Kirchenverfolgung im Frühjahr 1953, hatte sie zusammen mit ihrem Mann passiven Widerstand gegen die „DDR"-Behörden geleistet und in Not geratenen Christen geholfen.

Schmidt: Kleinere Staaten könnten Atomkrieg starten

DW/AP, New York

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt befürchtet die Gefahr eines Atomkrieges vor allem dann, wenn ein Land im Besitz von Kernwaffen „die Nerven verliert". Das könnte auch eine der kleinen *Atommächte sein*, sagte Schmidt in einem Gespräch mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC. Bei der gleichen Gelegenheit sagte der ehemalige britische Premierminister James Callaghan, er rechne nicht mit einem Atomkrieg zwischen den Supermächten, sondern eher mit unüberlegten *Ausbrüchen* von Staatschefs wie dem Libyer Khadhafi.

Schmidt und Callaghan vertraten einmütig die Meinung, daß die Gefahr eines Kernwaffenkriegs zunehme, wenn nicht bald ein internationales Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen abgeschlossen werde.

Schmidt, Callaghan sowie der frühere französische Staatspräsident Giscard d'Estaing, der ehemalige US-Präsident Ford und der australische Ex-Premier Fraser nahmen an einer Tagung mit Wirtschaftsvertretern im US-Bundesstaat Colorado teil.

Soldaten finden schwer Berufe

rmc. Bonn

Ein großer Teil der Soldaten auf Zeit, die sich in der Bundeswehr für vier bis 15 Jahre verpflichten, hat es schwer, danach im Zivilberuf einen zufriedenstellenden Anschluß zu finden. Zu diesem Urteil kommt eine Untersuchung des Bundeswehrverbands über die Erfolge der Berufsförderung in den Streitkräften. Sie fußt auf Befragungen von 810 ausgeschiedenen Soldaten, die sich nach vier oder mehr Jahren Militärdienst bereits im Zivilberuf bewährt haben. Die Ergebnisse der 2000 versandten Fragebogen, jetzt von Verbandsvorsitzenden Volland der Öffentlichkeit präsentiert, zeigen, daß die Berufsförderung der „Zeitsoldaten" nicht *hinreicht, die Attraktivität der* Bundeswehr für Freiwillige zu steigern. Auch wenn aufgrund der Arbeitslosigkeit die Truppe heute noch hohe Bewerberzahlen registriere, sagte Volland, werde sich das schon von 1986 an mit den geburtenschwachen Jahrgängen ändern, wenn für „Zeitsoldaten" die zivilberufliche Zukunft unsicher bleibe.

Washington will Position zu Nahost überarbeiten

Wird Henry Kissinger ein zweites Mal US-Außenminister?

TH. KIELINGER, Washington

Die Rücktrittsankündigung des israelischen Ministerpräsidenten Be*gin fügt* der amerikanischen Nahost-Politik ein weiteres Element der Unwägbarkeit hinzu. Gekoppelt mit dem Mangel an Fortüne, wie er für die US-Diplomatie in dieser Region zuletzt so deutlich geworden ist, drängen die Entwicklungen in Israel den amerikanischen Einfluß für die *nächste Zukunft noch* weiter an den Rand. In politischen Kreisen in Washington sieht man die Zeit gekommen, Bilanz zu ziehen und die Grundlagen der amerikanischen Nahost-Diplomatie insgesamt zu überprüfen.

Ein Anlaß dazu kam ohnehin auf die US-Administration zu. Am 1. September jährt sich der Tag der Veröffentlichung des Nahostplans von Präsident Reagan. Dieser Plan, mit großer Fanfare verkündet, hat bisher keine „Mitspieler" gefunden. Nicht nur das: Er wird von den betroffenen Parteien, von Israelis und sogenannten moderaten arabischen Regierungen, hartnäckig abgelehnt.

Im Kern sah das Reagansche Konzept die „Anbindung" der besetzten Gebiete Westjordanland und Gaza-Streifen an Jordanien vor. Damit sollte eine mittlere Position eingenommen werden, die weder dem israelischen noch dem palästinensischen Anspruch voll stattgab. Den Palästinensern wird dem Plan entsprechend die Proklamation eines unabhängigen palästinensischen Nationalstaats verwehrt, und die Israelis können das umstrittene Gebiet nicht annektieren, *nicht dem Großraum* „Erez Israel" eingliedern.

Heute gilt der Reagansche Friedensplan in Washington und anderen beteiligten Hauptstädten als mehr oder weniger moribund. Hinzu kam, daß die immer schwieriger werdenden Verhandlungen über den Rückzug ausländischer Truppen aus *Libanon* die ganze Kraft der amerikanischen Nahostdiplomatie beanspruchten. Im Verlauf dieser Verhandlungen wurde nicht nur der US-Emmissär Philip Habib abgelöst und durch Robert McFarlane, den Stellvertreter von Sicherheitsberater William Clark, ausgetauscht. Die vergangenen Monate sahen auch einen wachsenden Einfluß Syriens in der Region, und zwar zum Schaden amerikanischer *Manövrierfähigkeit.*

Trotz dieser Rückschläge der amerikanischen Bemühungen hält der Präsident an seinem ein Jahr alten Nahostplan fest. Dieser Plan sei „noch sehr lebendig", meinte Reagan in einer Radioansprache vom Wochenende. Das wird allenthalben bezweifelt. In Bewegung ist allenfalls das Personalkarussell.

Da hat es zuletzt nicht nur die Ablösung Philip Habibs durch Robert McFarlane gegeben. Auch der im State Department für Nahostfragen zuständige Staatssekretär R. Veliotes wurde ausgewechselt, und zwar durch den bisherigen US-Botschafter in Saudi-Arabien, Richard W. Murphy. Murphy bringt wertvolle Erfahrungen aus einem Land mit, das im Geflecht der amerikanischen US-Diplomatie bisher eine eher enttäuschende Rolle gespielt hat.

In den nächsten Wochen wird die Gruppe Murphy-McFarlane-Shultz eine gründliche Überarbeitung der amerikanischen Positionen im Nahen Osten vornehmen müssen. Der Schritt des israelischen Premiers liefert eine weitere Zäsur.

Ist es die einzige? In Washington wollen die Spekulationen um Außenminister Shultz nicht aufhören. Seine Leitung der amerikanischen Außenpolitik befriedigt wenige, am allerwenigsten das Weiße Haus. Sehr hofiert wird von Sicherheitsberater William Clark in diesen Tagen Henry Kissinger. Nicht nur, daß Kissinger die Zentralamerika-Kommission leitet; er steht dem Sicherheitsberater auch wöchentlich mehrmals in allen anderen Fragen der Weltpolitik beratend zur Verfügung.

Wer lange die US-Hauptstadt kennt, ist auf alles gefaßt. Darunter auch darauf, daß in Kürze ein neuer Außenminister die Geschicke der US-Diplomatie in die Hand nehmen könnte. Sein Name: Henry Kissinger. Je festgefahrener die Außenpolitik unter Ronald Reagan wirkt, desto mehr springt dieser Mann und seine unersetzliche Erfahrung ins allgemeine Bewußtsein.

Jerusalem will, daß Kohl an Besuch festhält

● Fortsetzung von Seite 1

angeschrien: „Du hast dich den Amerikanern ergeben."

Nach dem israelischen Grundgesetz bleibt ein demissionierter Regierungschef im Amt, bis eine neue Regierung von der Knesset gewählt und vereidigt worden ist. Daher kann ein Übergangskabinett über längere Zeit im Amt bleiben. Ein amtierendes Kabinett hat gemäß dem Grundgesetz sogar eine unangreifbarere Stellung als eine reguläre Regierung. Denn eine Übergangsregierung kann nicht durch ein Mißtrauensvotum des Parlaments abgesetzt werden. Allerdings darf kein Minister zurücktreten, es ist auch nicht möglich zu erweitern. Begin kann jedoch Urlaub nehmen und ein Minister an seiner Stelle die Amtsgeschäfte wahrnehmen.

Das Interesse galt gestern der Zeit *nach einem Rücktritt. Für diesen Fall* wurde ein Kampf um seine Nachfolge erwartet. Als aussichtsreichsten *Kandidaten*, zumindest für eine Übergangszeit, sehen Beobachter den jetzigen Außenminister Ytzhak Shamir. Weitere mögliche Kandidaten sind Vizepremier und Wohnungsbauminister David Levy sowie Finanzminister Yoram Aridor. Dagegen kann der populäre Verteidigungsminister Moshe Arens Begins Nachfolge nicht unmittelbar antreten, da er dem Parlament nicht angehört.

Als mögliche Lösung, zumindest nach einer Übergangszeit, sehen Beobachter Neuwahlen an, die auch der frühere Verteidigungsminister Sharon fordert. Dagegen widersetzt sich die Arbeiterpartei einem Urnengang, da sie einen Stimmenrückgang befürchtet.

In Beirut ist es gestern zu den schwersten Kämpfen seit Einmarsch der israelischen Armee vor einem Jahr gekommen. Die am Wochenende in den südlichen Vororten der Hauptstadt zwischen libanesischen Regierungstruppen und schiitischen Milizen ausgebrochenen Kämpfe dehnten sich gestern auf das Stadtzentrum aus. Dabei sind nach vorläufigen Berichten mehr als 30 Personen getötet worden. Zu ihnen gehören auch zwei amerikanische Marinesoldaten der internationalen Friedenstruppe.

Leo-2-Export würde Israel zu Nachrüstung zwingen

Saudis wollen Panzer nahe der Grenze stationieren

PETER M. RANKE, Jerusalem

Der Export des deutschen Kampfpanzers Leopard 2 nach Saudi-Arabien würde Israel zwingen, mit ungeheurem finanziellen Aufwand seine eigene Panzerwaffe zu modernisieren und auszubauen. Andernfalls würde sich das Kräfteverhältnis in Nahost *entschieden zuungunsten Israels* verschieben.

Nach israelischen Informationen wollen die Saudis nicht 200 bis 300 Leo-2-Panzer kaufen, sondern 500 mit Ersatzteilen für weitere 100 Panzer, dazu Berge-Panzer und Transportfahrzeuge. Sie sollen vor allem im neuen Stützpunkt Tabuk, 218 Kilometer von der israelischen Südgrenze entfernt, stationiert werden. Tabuk wurde von den USA und deutschen Firmen für die Luftwaffe und für die Aufnahme von fünf Panzer-Brigaden bzw. motorisierten Brigaden ausgebaut.

In oder um *Tabuk* sind keine Verteidigungspositionen erkennbar. Tabuk schützt keine Ölfelder, sondern nur eine Pipeline zum Hafen Yanbu. Israels Streitkräfte messen Tabuk daher eine operative Rolle zu, und zwar zur Einnahme des israelischen Hafens Eilat und zu einem Flankenstoß im Negev. Zur Zeit hat Israel wegen des Friedens mit Ägypten keine Panzertruppen südlich von Beersheba im Negev stationiert und müßte der saudischen Herausforderung mit der Aufstellung eines neuen gepanzerten Großverbandes begegnen.

Der bewährte israelische Merkava-Kampfpanzer ist mit seiner Schotten-Panzerung dem Leo 2 vielleicht gewachsen. Mit seiner 105-mm-Kanone ist er aber der 120-mm-Glattrohrkanone des Leo 2 glatt unterlegen. Die israelische Rüstungsindustrie müßte aber mit riesigem Aufwand einen neuen Panzer entwickeln und bauen. Ein israelischer Offizier: „Die Saudis wollen uns mit ihren Öldollar totrüsten."

Da der Leo 2 vier Mann Besatzung hat, halten es israelische Experten für ausgeschlossen, daß die Saudis mit ihrer Freiwilligen-Armee von 35 000 Mann allein die Panzer bemannen können. Wie schon jetzt, würden Offiziere und Soldaten aus Jordanien, Jemen und Pakistan eingesetzt und auch am Leo 2 ausgebildet werden. Das erhöhe die Gefahr, daß der beste *Kampfpanzer* der Welt in falsche Hände kommt oder von den Saudis an andere Araber-Staaten wie Jordanien und Irak weitergeliefert wird.

Israel befürchtet einen massiven *Einsatz der amerikanischen F-15* und des Leopard im Konfliktfall auf arabischer Seite. Es lehnt deutsche Ersatzlieferungen für den Leo 2, wie etwa den Gepard als modernstes Flugabwehrsystem, kompromißlos ab. Der Gepard auf arabischer Seite würde die Überlegenheit der israelischen Luftwaffe stark beeinträchtigen.

Israelische Offiziere weisen darauf *hin, daß* Saudi-Arabien durch Finanzhilfe und Nachschub an Irak am Golfkrieg beteiligt ist und seit langem *Kriegsgegner Israels ist.* Eine saudische Brigade wurde Mitte Oktober 1973 auf den Golanhöhen eingesetzt und meldete den Abschuß von fünf israelischen Panzern und den Tod „einiger zionistischer Feinde", wie es damals amtlich hieß. Heute wiederum unterstützt Saudi-Arabien keineswegs die Friedenssuche der USA in Nahost, sondern hat gerade die Einstellung jeder Finanzhilfe an afrikanische Staaten angekündigt, die wieder diplomatische Beziehungen mit Israel aufnehmen.

Der Aufbau einer Panzerarmee in Saudi-Arabien erlaubt den israelischen Politikern – und das ist das einzige *Positive* im Sinne der israelischen Lagebeurteilung – das Argument zu bekräftigen, Israel könne aus Sicherheitsgründen die besetzten Gebiete im Westjordanland nun überhaupt nicht mehr aufgeben.

Andererseits betonen israelische Militärs, deutsche Waffenlieferungen *an die Araber seien nicht, wie die der* Amerikaner, militärisch auszubalancieren. Eine moderne saudische Panzerarmee fordere im Krisenfall einen israelischen Präventivschlag geradezu heraus und sei also keineswegs zur *Stabilisierung der Lage* geeignet. Außerdem könnten sich die Machtverhältnisse in Saudi-Arabien durch einen Militär-Putsch mit Hilfe deutscher Panzer nachteilig verändern.

(SAD)

Araber warnen Bonn vor Hilfe für Israel

dpa, Bonn

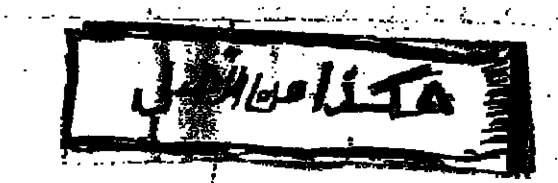
In einer kritischen Erklärung zur geplanten Israel-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl hat der Rat der arabischen Botschafter und Missionschefs in Bonn gestern die Hoffnung geäußert, daß der Besuch die deutsch-arabischen Beziehungen nicht beeinträchtigen werde. Gleichzeitig wurde die Bundesregierung vor finanziellen Hilfen an Israel gewarnt. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

● Der Besuch des Bundeskanzlers in Israel findet in einer Zeit statt, in der Israel bis jetzt arabische Territorien wie die Westbank, den Gasa-Streifen, die Golan-Höhen, Jerusalem und Libanon besetzt hält und seine Siedlungspolitik in den besetzten arabischen Gebieten fortsetzt. Die *Politik* der *Unterdrükkung*, der Vertreibung und des Terrors gegenüber der arabischen Bevölkerung *in diesen Gebieten* geht ungeachtet der Beschlüsse der Vereinten Nationen, anderer internationaler *Beschlüsse* und der Menschenrechte weiter.

● Der Rat erinnert in diesem Zusammenhang an die positive Entwicklung der deutsch-arabischen Beziehungen in den vergangenen Jahren, welche beibehalten werden muß. Die Botschafter und Missionschefs verfolgen diesen Besuch daher mit großer Aufmerksamkeit und hoffen, daß er die deutsch-arabischen Beziehungen nicht beeinträchtigen wird.

● Der Rat betrachtet eine etwaige Erfüllung der finanziellen Forderungen Israels, was die sogenannte Wiedergutmachung und andere Hilfen betrifft, als Ermutigung und Unterstützung der israelischen Besatzungs-, Aggressions- und Expansionspolitik gegen die Araber.

● Die Fortsetzung der israelischen Erpressungspolitik unter dem Vor*wand des deutschen Schuldkom*plexes kann nicht akzeptiert werden, da Israel selbst fortlaufend nazi-ähnliche Methoden gegenüber der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten anwendet. Die Massaker von Sabra und Chatila sind nur ein Beispiel von vielen für den rassistischen und aggressiven Charakter der israelischen Politik, die ja wiederholt von den Vereinten Nationen verurteilt worden ist.



Ruhe vor dem Sturm?

J. Sch. (Paris) – Frankreichs Gewerkschaftsführer präsentieren sich gegenwärtig wie sanfte Lämmer. Selbst Henri Krasucki, der Generalsekretär der kommunistischen CGT, hat den Schafspelz über beide Ohren gezogen. Wenn man ihm glaubt, wird die soziale Landschaft ruhig bleiben. Gewiß fordert Krasucki mehr Arbeitsplätze, welche durch eine verschärfte Besteuerung der Reichen finanziert werden sollten und die globale Erhaltung der Kaufkraft bei realen Lohnerhöhungen für die Wenigverdienenden. Aber über alles das könne man sprechen.

Bei der linkssozialistischen CFDT scheint man sogar den Wachstumsmythos begraben zu haben. Worauf es ankomme, so versicherte ihr Generalsekretär Edmond Maire, sei eine neue Art des Lebens zu finden, die sich nicht notwendigerweise auf die wirtschaftliche Expansion stützt. Überdies bewertet Maire den Austerity-Plan der Regierung als Erfolg.

Merkwürdigerweise äußert sich André Bergeron von der gemäßigten Force Ouvrière am kritischsten. Es sei für die Regierung sehr schwierig, die Ziele ihrer neuen Politik zu erreichen. Denn sie würde bis Ende 1984 zu 500 000 mehr Arbeitslosen führen. Das soziale Klima müßte sich deshalb verschlechtern. Aber auch Bergeron steckte *etwas zurück*. Noch vor wenigen Wochen hatte er einen „heißen Herbst" an die Wand gemalt. So besteht wohl der dringende Verdacht, daß die drei Gewerkschaftsführer bis zu der für ihren Einfluß wichtigen Wahl der Verwaltungsrats der gesetzlichen Sozialversicherung niemanden erschrecken wollen. *Das ist am 12. Oktober.* Danach könnte es dann durchaus stürmisch werden.

Preisanstieg

ed. – Der Preisindex für die private Lebenshaltung, der im Juni um 2,4 und im Juli um 2,5 Prozent höher war als jeweils im gleichen Monat des Vorjahres, ist im August um drei Prozent höher als vor einem Jahr. Damit bleibt die Preissteigerungsrate zwar immer noch deutlich niedriger als in irgendeinem Monat während der vorangegangenen Jahre. Dennoch: Stehen wir jetzt vor einer neuen Drehung der Inflationsspirale? Ein Blick hinter die Kulissen der Statistik läßt die Drei vor dem Komma im August weniger dramatisch erscheinen. Das Hochschießen der Inflationsrate ist nämlich vor allem darauf zurückzuführen, daß der Preisindex vor einem Jahr dank der Verbilligung von Nahrungsmitteln und Energie gesunken war. Basiseffekt heißt das in der Sprache der Statistiker. Er verzerrt den Trend. Zur Besorgnis besteht also noch kein Anlaß. Dennoch sieht es so aus, als sei die Zeit sinkender Inflationsraten jetzt vorüber. Die Schwäche der D-Mark gegenüber dem Dollar und *anderen Währungen fordert ihren* Tribut über höhere Einfuhrpreise.

ENERGIEPOLITIK / „Uranversorgung ist gesichert" – Nuklearprogramme gekürzt

OECD: Die Expansion der Kernenergie darf nicht vernachlässigt werden

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die weitere Entwicklung der Kernenergie ist nicht in Frage gestellt. Jedoch wird das Tempo ihrer Expansion stärker als bisher von der Zunahme des gesamten Energieverbrauchs sowie von befriedigenden Fortschritten in der Entsorgung, im Strahlenschutz und in der nuklearen Sicherheit bestimmt. Zu dieser Schlußfolgerung kommt die OECD-Kernenergieagentur (AEN) in ihrem Jahresbericht.

Wie die Internationale Energieagentur (IEA), der nur 21 der 24 OECD-Staaten mit der im Kernenergiebereich wichtigen Ausnahme Frankreich angehören, warnt die AEN davor, wegen der jüngsten Erdölpreissenkungen die Kernenergie zu vernachlässigen. Denn diese sei und bliebe, von der Wasserkraft abgesehen, die rentabelste Stromquelle. Auch stünden ihrem Ausbau keinerlei technische oder industrielle Hindernisse im Wege.

Nicht nur gegenüber den Ölkraftwerken sind die Atomkraftwerke rentabler, sondern auch im Vergleich mit den meisten Kohlekraftwerken, heißt es in dem AEN-Bericht. In Westeuropa lägen die Produktionskosten des Kernstroms gegenwärtig um 20 bis 50 Prozent unter denen des Kohlestroms. Lediglich in einzelnen Regionen der USA und Kanadas sei der Kohlestrom etwas billiger.

Der Wettbewerbsvorsprung der Atomkraftwerke erklärt sich aus den zur Zeit sehr niedrigen Uranpreisen. *Sie waren 1982 um 20 Dollar je Pfund* gefallen, weil die an den ehrgeizigen Kernenergieprogrammen der siebziger Jahre ausgerichteten Uranproduktionskapazitäten nicht mehr genügend ausgenutzt werden konnten. Verschiedene amerikanische und kanadische Uranminen mußten deshalb geschlossen werden.

Wenn die derzeitigen Kernenergieprogramme ohne weitere Abstriche durchgeführt und in diesem Tempo fortgeführt werden, besteht nach Auffassung der AEN im Jahre 2000 nicht die geringste Gefahr, daß es zu Versorgungsengpässen beim Uran kommt. Diese Versorgungssicherheit dürfe aber nicht dazu verleiten, die Entwicklung von brennstoffsparenden Brutreaktoren zu vernachlässigen, die diesen schon wegen des technologischen Fortschritts große Bedeutung zukomme.

Ernstzunehmende Konkurrenten für die Kernenergie sieht die AEN nicht. Zwar hätten das Naturgas und in gewissem Maße auch die erneuerungsfähigen Energiequellen (Solarenergie usw.) bei der langfristigen Diversifizierung der Energieversorgung eine Rolle zu spielen. Kurz- und mittelfristig stünde außer Frage, daß *der Anteil des Mineralöls an der* Energieversorgung nur durch den vermehrten Einsatz von Kernenergie und Kohle vermindert werden könne.

Die Produktionskapazität der Atomkraftwerke in der OECD-Zone hat sich nach den Feststellungen der AEN 1982 um 16 auf 147 Gigawatt (GW; ein GW = eine Million Kilowatt) erhöht. Die Kernstromerzeugung erreichte 34 000 Gigawattstunden. Das waren 14,8 Prozent der gesamten Stromproduktion. Dieser Anteil wird Ende dieses Jarhunderts 30 Prozent betragen, meint die AEN aufgrund ihrer derzeitigen Energieverbrauchs- und Nuklearprognosen. Darin wird die installierte Kernenergieleistung der OECD-Zone für das Jahr 2000 auf 450 GW veranschlagt. Das sind acht Prozent weniger als in dem AEN-Bericht 1981 angenommen wurde. Verschiedene OECD-Staaten, vor allem die USA, haben in der Zwischenzeit ihre Nuklearprogramme vor allem wegen der von ihnen geringer eingeschätzten Stromverbrauchsentwicklung gekürzt.

So wird die Kernkraftwerkskapazität in der OECD-Zone 1985 statt 216 nur 209 GW erreichen, womit die derzeitige allerdings immer noch um 62 GW übertroffen wird und der jahresdurchschnittliche Zuwachs mit rund 20 GW den des Jahres 1982 (16 GW) noch übertrifft. Für 1990 wurde die Prognose von 315 auf 303 GW zurückgenommen.

Für die einzelnen Mitgliedsstaaten sagt die AEN eine sehr unterschiedliche *Entwicklung voraus.* Die höchsten Nuklearanteile an ihrer Stromerzeugung werden Belgien und Frankreich aufweisen mit 62 und 59 Prozent ihrer Stromerzeugung von 1985 nach 31 und 37 Prozent in 1982.

PRIVATISIERUNG

Stoltenberg: Wir nehmen uns die notwendige Zeit

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Zur Erarbeitung einer Beteiligungspolitik, die für absehbare Zeit Bestand hat, will sich die Bundesregierung „die notwendige Zeit nehmen". Dies erklärte gestern Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg anläßlich des Jahrestreffens der Vorstände und Aufsichtsratsvorsitzenden der Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, in Berlin.

Stoltenberg bekannte sich nachdrücklich zu der Leitlinie des letzten Jahreswirtschaftsberichts, wonach die Staatstätigkeit auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren ist, öffentliche Dienstleistungen möglichst auf Private zu übertragen, wo diese sie besser erfüllen können, und öffentliche Vermögen dort zu privatisieren seien, wo dies ohne Beeinträchtigung staatlicher Belange möglich ist. Von kurzfristigem Aktionismus hält Stoltenberg aber auch auf diesem Gebiet nichts.

Nach den Worten des Ministers sind die Grundsätze der Bundesregierung:

- Unwirtschaftlich arbeitende und deshalb notleidend gewordene Privatunternehmen können in der Regel nicht durch Beteiligungserwerb gestützt und innerhalb des Bundesvermögens weitergeführt werden.
- Zurückhaltung bei Beteiligungs*käufen ist schon deshalb erforder*lich, um die Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen nicht zu verschlechtern.
- Der Beteiligungsbereich der Bundesunternehmen bedarf – übrigens *genauso wie der Liegenschaftsbe*reich –, einer ständigen Durchforstung nach nicht konzernnotwendigen Vermögensbestandteilen. „Von dieser müssen wir uns in verantwortungsbewußter Weise trennen", sagte Stoltenberg.

Es bestünden zum Teil übertriebene Vorstellungen über den Umfang des veräußerungsfähigen Unternehmensbesitzes des Bundes. Er sei zweifelsohne kleiner als in England. „Die Reduzierung einer Beteiligung hat in erster Linie ordnungspolitische Bedeutung, die Entlastung des Bundeshaushalts ist ein erfreulicher und durchaus nicht unbeachtlicher Zusatzeffekt", sagte Stoltenberg. Sollten die Bundesressorts die Reduzierung einer Beteiligung ins Auge fassen, dann würden die Betroffenen gehört. Es werde nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg entschieden. Heute seien aber Entscheidungen weder spruchreif noch gar schon gefallen.

Eine vordringliche Aufgabe sei die Stärkung der Ertragskraft einiger Bundesunternehmen, die ernsthaft in die Verlustzone geraten sind. Von 1969 bis 1979 sind nach Auskunft der damaligen Bundesregierung den Bundesunternehmen insgesamt 4,6 Milliarden Mark zugeführt worden, aber nur 1,6 Milliarden Mark zurückgeflossen. Zum einen mußte bei ertragskräftigen Unternehmen Wachstum finanziert werden, zum anderen mußten Verluste aufgefangen werden. Auf Dauer könne den Steuerzahlern nicht zugemutet werden, verlustträchtige Unternehmen zu stützen.

Bitte um Bonner Hilfe

Von HORST A. SIEBERT, Washington

Der Präsident der Weltbank, A. W. Clausen, hat an Bundeskanzler Kohl und führende deutsche Verleger appelliert, die multinationale Organisation in ihrem Kampf gegen Hunger, Fehlernährung, Krankheit, Unproduktivität und Mißwirtschaft in den allerärmsten Ländern zu unterstützen. Aufgeschreckt hat ihn die Absicht der USA, die Zahlungen an die International Development Association (I) um 31 Prozent zu kürzen, so daß in den Geschäftsjahren 1985/87, falls die anderen Geberstaaaten folgen, nur neun Mililiarden Dollar zur Verfügung stehen. Das wären drei Milliarden Dollar weniger als in der laufenden Hilfsperiode. Die I benötigt jedoch 16 Milliarden Dollar – nur um den weiteren wirtschaftlichen Verfall aufzuhalten.

In den Augen der Weltbank haben sich gerade die Deutschen dadurch ausgezeichnet, daß sie besonders in den letzten Jahren dafür eingetreten sind, den Entwicklungshebel am unteren Ende der Länderskala anzusetzen. Dort nämlich, wo das jährliche Pro-Kopf-Einkommen noch nicht einmal 400 Dollar erreicht. Für Clausen steckt die Hälfte der Menschheit in einer Krise. Während die Verschuldung Brasiliens, Mexikos oder Argentiniens Schlagzeilen macht, ist ihr Schicksal keine Zeile wert. Ihr geht es aber viel schlechter. Vermutlich wäre der Krieg in Tschad niemals ausgebrochen, wenn das Wüstenland eine bessere wirtschaftliche Basis mit höherem Lebensstandard gehabt hätte. Das Beispiel Somalias spricht für diese These.

Die Weltbank hofft, daß sich die Deutschen auch diesmal wieder einen Ruck geben. Das sollten sie auch tun, zumal der Beistand nicht rein philanthropischer Natur ist. Bisher hat die Bundesrepublik immer mehr Geld in Form von Firmenaufträgen aus der Ida-Kasse erhalten, als überwiesen wurde. So beteiligte sich Bonn seit der Gründung der Weltbanktochter kumulativ mit 11,42 Prozent an den sechs Wiederauffüllungen, der Anteil deutscher Unternehmen an den Ausschreibungen betrug aber 1166,1 Millionen Dollar oder 12,9 Prozent.

Ähnlich günstig sieht es bei der Weltbank selbst aus: Im Geschäftsjahr 1982 schlug der deutsche Anteil am Kapital mit 4,46 Prozent oder 1,92 Milliarden Dollar zu Buche, während der Anteil der deutschen Firmen an den Projektorders, ebenfalls kumulativ, 3381,0 Millionen Dollar oder 13,3 Prozent erreichte. Im Finanzjahr 1983 nahm die Weltbank überdies gut verzinste Anleihen in der Bundesrepublik in Höhe von 1518,8 Millionen Dollar auf – 14,76 Prozent der Gesamtemissionen. Nicht umsonst gehen heute ein Viertel der deutschen Exporte in die Entwicklungsländer, die wiederum nur 14 Prozent ihrer Waren, einschließlich Öl, in der Bundesrepublik absetzen.

Die Ida leidet darunter, daß Kampagnen in ihrem Namen keinen politischen Gewinn bringen. Das gilt vor allem für den amerikanischen Kongreß. Die Weltbank kennt keine Refinanzierungsprobleme, weil sie die Kapitalmärkte anzapfen kann. Die Ida dagegen gewährt weiche Kredite mit 50jähriger Laufzeit und ist auf die Wohltaten der Industriestaaten angewiesen. Aber wie sonst soll man den 51 ärmsten Ländern, die, weil nicht kreditwürdig, keinen Pfennig von den Privatbanken erhalten, helfen? Der Grundgedanke bei der Ida-Gründung war, daß alle reicheren Nationen ein Opfer bringen und gemeinsam zupacken. Die bilateralen Leistungen können die sehr fachmännische Ida-Hilfe längst nicht mehr ersetzen; beide stellen rund 80 Prozent *der verfügbaren externen Mittel.*

Um die Ida, deren Kasse früher alle drei Jahre aufgefüllt wurde, ranken sich zudem manche Fehlvorstellungen. Sie finanziert aber die gleichen Entwicklungsvorhaben wie die Weltbank – nur zu günstigeren Bedingungen; dahinter steht der gesamte Weltbankapparat. Die Kredite sind insofern konditionalisiert, als die Empfängerstaaten strukturelle Anpassungen über Projektwahl, wirtschaftspolitische Auflage oder Managementkorrekturen akzeptieren müssen. Man denkt in marktwirtschaftlichen Kategorien: Damit sich Investitionen lohnen, müssen die Preise die Knappheitsverhältnisse widerspiegeln. Diese Strategie hat dazu geführt, daß die Durchschnittsrendite bei Ida-Vorhaben 18 Prozent ausmacht. Bisher haben sich 25 Länder so entwickelt, daß sie nicht mehr von der Ida abhängig sind.

Clausen ist davon überzeugt, daß die EG folgt, wenn Deutschland voranmarschiert. Unter diesen Umständen würden die USA ihre Streichpläne aufgeben.

AUF EIN WORT



„Es hat doch wohl keinen Zweck, um die Probleme herumzureden, und es ist sicher besser, frühzeitig auch mit bitteren Wahrheiten hervorzutreten, besser jedenfalls, als seine Meinung immer nur hinter vorgehaltener Hand zu sagen. Das ist in keiner Weise hilfreich."

Dr. Norbert Henke, Vorstandsvorsitzender Großwerft Bremer Vulkan AG.
FOTO: KLAUS BODIG

BDI registriert langsame Erholung

dpa/VWD, Köln

Eine weiter langsame Konjunkturerholung in der Bundesrepublik registriert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Von einem echten Aufschwung könne jedoch noch nicht gesprochen werden. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung *in den ersten sechs Monaten 1983* wies nach BDI-Darstellung nach oben. Der scharfe konjunktu?elle Einbruch des 2. Halbjahrs 1982 konnte damit weitgehend ausgeglichen werden. Die Industrieproduktion habe bis Mitte dieses Jahres gegenüber dem Tiefpunkt im letzten Dezember sechs Prozent zugelegt. Auch die Nachfrage nach Industrieprodukten läßt nach Ansicht des BDI erwarten, daß die Produktionsbelebung im weiteren Jahresverlauf anhalten wird.

AGRARPOLITIK

Bonn steht Milchquoten der EG positiv gegenüber

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung will den Vor*schlag der EG-Kommission zur Hin*dämmung der Milchflut, ein Quotensystem einzuführen, grundsätzlich unterstützen. Im Vorfeld des heute in Brüssel beginnenden gemeinsamen Rats der Außen-, Finanz- und Agrarminister haben die zuständigen Bonner Ressorts gestern in einem Gespräch diese Haltung festgelegt. Wie Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle anschließend betonte, komme es jetzt entscheidend auf die Ausgestaltung des Kommissionsvorschlages an, der für Milchanlieferungen, die über den Stand von 1981 hinausgehen, eine kräftige Abgabe vorsieht.

Wie Kiechle weiter erklärte, seien die beteiligten Ressorts sich in allen wichtigen Fragen einig gewesen. Dies gelte auch für den Punkt, daß nominelle Preissenkungen zum Abbau der Überschüsse von der Bundesregierung abgelehnt würden. Daher will sich Bonn auch den Brüsse*ler Vorstellungen widersetzen,* den Grenzausgleich zu beseitigen.

Abgelehnt wird auch die Einführung einer Fettsteuer, da sie zu handelspolitischen Konflikten mit den USA führen würde.

Vom Finanzministerium wurde noch einmal bezweifelt, daß die bisherigen Sparvorschläge ausreichen würden. *Meldungen aus Brüssel,* nach denen schon jetzt ein weiterer Nachtragshaushalt notwendig sei, um die Gemeinschaft finanziell über die Runden zu bringen, bezeichnete Kiechle als übertrieben. Aufgrund des gestiegenen Dollar-Kurses und höherer Preise für Getreide auf dem Weltmarkt rechnet er in diesem Bereich bei den Exportsubventionen mit Entlastungen. Rasche Entscheidungen in Brüssel erwartet Kiechle nicht.

Seite 3: Dämme gegen Milchflut

WERBUNG

Die Verbände rechnen mit einer Erhöhung der Ausgaben

HANNA GIESKES, Bonn

„Die Werbung wird wieder wachsen." Diese Voraussage macht der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) aufgrund der Herbstbefragung seiner 42 Mitgliedsverbände. Danach werden die Werbeausgaben in diesem Jahr um 3,5 Prozent auf 13,5 Milliarden Mark steigen. Während dieser Zuwachs fast ausschließlich der Erhöhung der Einschaltgebühren der Werbeträger zuzuschreiben sei, soll das Wachstum im kommenden Jahr zusätzlich aus einer Ausweitung der Menge gedruckter und gesendeter Werbung kommen, schreibt der ZAW in seinem Herbstbericht über die Entwicklung der Branche.

Fast die Hälfte der befragten Verbände erwarte eine Steigerung der Werbeetats, heißt es; im Frühjahr seien es erst 30 Prozent gewesen. Entsprechend verringert, nämlich von 67 auf 51 Prozent, habe sich der Anteil derer, die von stagnierenden Werbeumsätzen ausgingen, mit sinkenden Werbeausgaben rechneten lediglich drei Prozent der Befragten.

Die gesamte Entwicklung der deutschen Wirtschaft werde von der Werbewirtschaft indes wesentlich kühler beurteilt, schreibt der ZAW weiter. Nur noch 37 Prozent rechneten mit einem allgemeinen Konjunkturaufschwung – im Frühjahr waren es 55 Prozent – während 60 Prozent keine Bewegung nach unten oder oben voraussähen. Dieser scheinbare Gegensatz ist für den ZAW ein Hinweis darauf, daß sich die Werbewirtschaft, wie schon in den siebziger Jahren, von der Entwicklung des Sozialprodukts „abkoppeln" und wesentlich stärker wachsen werde. Erklärt wird dies unter anderem mit wachsendem Wettbewerbsdruck und der Einführung neuer Produkte wie etwa Video; in beiden Fällen seien höhere Werbeausgaben nötig.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Besseres Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe

München (dpa/VWD) – Das Geschäftsklima des verarbeitenden Gewerbes, einschließlich der Bauwirtschaft, hat sich weiter gebessert. Die Unternehmen erwarten nach einem Konjunkturtest des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, für die kommenden sechs Monate eine weiter anhaltende Aufwärtsbewegung. Allein im Verbrauchsgüterbereich habe sich die aktuelle Geschäftslage etwas verschlechtert. Auch hier fielen die Erwartungen für die nächsten Monate jedoch – vor allem für den Export – günstiger aus. Mit 55 Prozent (saisonbereinigt) war der Auslastungsgrad in der Bauwirtschaft erheblich höher als im Vorjahresmonat (51 Prozent). Der Auftragsbestand erhöhte sich auf 2,5 Monate (Juni 1983: 2,4 Monate), wird aber nach wie vor als unzureichend bezeichnet. Der Preisanstieg werde sich in den kommenden Monaten fortsetzen.

Neuer Abteilungsleiter

Bonn (Mk.) – Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat gestern Waldemar Hoffmann in sein Amt als Leiter der Abteilung Seeverkehr des Bundesverkehrsministeriums in Hamburg eingeführt. Hoffmann löst Ministerialdirektor Westendorf ab. Hoffmann war seit 1968 Leiter des Verkehrsreferats in der deutschen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel.

Gute Zeiten für Mode

Köln (Py.) – Von den deutschen Ausstellern der Internationalen Herren-Mode-Woche in Köln ist der Messeverlauf als gut bezeichnet worden. Allgemein wurde von freundlichem Geschäftsklima und „klar erkennbaren Aufwärtstendenzen" gesprochen. Während die Preise bei den Nachmusterungen für die Herbst- und Wintersaison 1983/84 kaum verändert waren, wird die neue Sommerware je nach Angebotsbereich zwischen 2 und 4 Prozent teurer.

Dollinger sagt Hilfe zu

Hamburg (zy) – Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat den deutschen Reedern und Werften die Hilfe des Bundes zugesagt. Allerdings könne der Staat nur die Rahmenbedingungen schaffen. „Diese Freiräume müssen dann von den Unternehmern in eigener Regie ausgefüllt werden", sagte der Minister gestern in Hamburg. Dollinger sicherte den Reedern zu, das „Erzübel Protektionismus" zu bekämpfen. Für die Werftindustrie gibt es Überlegungen, die Zinsbeihilfen in Investitionszuschüsse umzuwandeln. Darüber liege aber ein Kabinettsbeschluß noch nicht vor.

Maschinenkäufe weiter flau

Frankfurt (AFP) – Nach Mitteilung des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sind die Bestellungen im Juli real um 15 Prozent gefallen, und zwar im Inland um 28 und im Ausland um ein Prozent. Der von kurzfristigen Schwankungen weniger beeinflußte Dreimonatsvergleich zeigt ein Minus von acht Prozent. Allerdings war der Juli 1982 durch Großaufträge besonders positiv beeinflußt worden.

35 Milliarden Schulden

Köln (AP) – Der harte Kern der Staatsverschuldung ist wesentlich größer als vom Sachverständigenrat der Bundesregierung angenommen. Diese Auffassung hat das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, vertreten. Nach Berechnungen des IW beträgt das „strukturelle Defizit" in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden wegen zusätzlicher Belastungen durch die Sozialversicherung und die Finanzierung der EG rund 35 Milliarden und nicht 25 Milliarden, wie vom Sachverständigenrat geschätzt.

„Perspektive fehlt"

Bonn (Rei.) – Der Verband Deutscher Hypothekenbanken erkennt zwar an, daß es der Regierung gelungen ist, dem Wohnungsbau Impulse zu geben, kritisiert jedoch, daß „fast jegliche Perspektive für eine soziale Wohnungs-Marktwirtschaft" fehlt. Es sei nicht zu erkennen, mit welchen Mitteln und in welchem Zeitraum die Wohnungspolitik zur dauerhaften Gesundung der Wirtschaft beitragen solle. Neue Unsicherheiten und Hemmnisse seien entstanden: Das Bauherren-Modell drohe uninteressant zu werden; die steuerliche Förderung von Energiesparmaßnahmen beschränke sich auf bestimmte technische Innovationen, und für den auf drei Jahre befristeten Schuldzinsenabzug gebe es kein Anschlußprogramm.

GROSSBRITANNIEN / Neue Unternehmensumfrage

Produktionsanstieg erwartet

WILHELM FURLER, London

In Großbritannien hält die langsame Wirtschaftsbelebung an. Das jedenfalls geht aus der jüngsten Umfrage des *britischen Industrieverbandes* CBI bei 1563 Mitgliedsunternehmen hervor. Nun schon seit sieben Monaten in Folge überwiegt die Zahl der Unternehmen, die einen Anstieg ihrer Produktion erwarten, diejenigen, die einen Rückgang befürchteten. Allerdings warnt der Verband davor, aus dem jüngsten Umfrage-Ergebnis zu positive Schlüsse zu ziehen.

Zum einen spielt sich die Konjunkturbelebung in Großbritannien von einem sehr niedrigen Niveau aus ab. So liegt die gesamte Industrieproduktion des Landes noch immer um drei Prozent unter dem Stand von 1979, also vor dem Einsetzen der langen und schwersten Rezession seit den dreißiger Jahren. Zum anderen beobachtet der Industrieverband seit etwa zwei Monaten ein Nachlassen der Exporttätigkeit.

Der zweite Punkt ist um so bedenklicher, als die Regierung Thatcher einen Großteil ihrer Konjunkturhoffnungen auf eine starke Exportentwicklung im Zusammenhang mit der erwarteten Belebung der Welt-Konjunktur gesetzt hat. Gegenwärtig *wird die Erholung in Großbritannien* fast ausschließlich von der starken Verbrauchernachfrage getragen. Doch es gibt bereits Anzeichen dafür, daß die Konsumausgaben (gar nicht einmal überraschend) wieder etwas zurückgehen. Daß jetzt auch, jedenfalls den letzten beiden CBI-Umfragen zufolge, die Exportaufträge abflauen, ist für den Verband ein Alarmsignal, daß noch mehr als bisher für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie getan werden muß.

Sie hat sich in den letzten Wochen und Monaten insbesondere dadurch verschlechtert, daß sich das Pfund Sterling einerseits gegenüber dem US-Dollar weit weniger stark abgeschwächt hat als die kontinentaleuropäischen Währungen oder der Yen, andererseits gegenüber den Währungen der führenden Wettbewerbsländer aber erheblich an Wert gewonnen hat.

CONFERENCE BOARD / Wissenschaftler sehen weltweiten Aufschwung für 1984

USA Wegbereiter für andere Staaten

AP, New York

Die amerikanische Wirtschaft wird Wissenschaftlern zufolge den sich derzeit abzeichnenden Aufschwung *aus der Rezession auch im nächsten* Jahr verstärkt fortsetzen und damit den Weg für eine wirtschaftliche Wende in vielen anderen Ländern freigeben. Dies ist das Fazit eines von drei amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern des „Conference Board" veröffentlichten Berichts, einer Gruppe, die die wirtschaftlichen Entwicklungen in den USA und international beobachtet und analysiert. Die Vereinigung wird von der amerikanischen Wirtschaft und Industrie unterstützt.

Aus dem umfassenden Bericht für *das nächste Jahr geht hervor, daß* stabile Zinsen in den USA lebenswichtig für eine breite und anhaltende Erholung der Weltwirtschaft sein werden. Wenn die Zinsen nicht sonderlich steigen, sagt Michael Levy, einer der Verfasser, und wenn die augenblickliche Gesundung der amerikanischen Wirtschaft anhält, wird 1984 den Beginn einer graduellen Rückkehr zu einer weltweiten Wirtschaftsblüte markieren.

Die Vereinigten Staaten werden im großen und ganzen den allgemeinen *Aufschwung* aus der Rezession der letzten beiden Jahre anführen, heißt es in der Analyse. Asien werde jedoch 1984 die schnellste wirtschaftliche Expansion im nächsten Jahr zeigen. Allein die Wirtschaft Singapurs wird dem Bericht zufolge eine Wachstumsrate von acht Prozent ausweisen, gefolgt von Korea mit einer Rate von sieben Prozent.

Das amerikanische Wachstum wird vom „Conference Board" mit vier Prozent angesetzt, verglichen mit einer prognostizierten Rate von drei Prozent in diesem Jahr. 1982 ging die *Wirtschaftsentwicklung* um 1,8 Prozent zurück.

Unter den großen Industrieländern wird Japan im kommenden Jahr dem Bericht zufolge mit einer Wachstumsrate von 4,2 Prozent führend sein. Die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Kanada werden den Angaben zufolge eine Wachstumsrate von 2,5 Prozent haben, Frankreich dagegen nur eine von 1,2 Prozent. Südamerika wird nach Aussagen des „Conference Board" auch einen wirtschaftlichen Aufschwung spüren, nachdem die Entwicklung in den Ländern Lateinamerikas in den letzten zwei Jahren eher düster aussah. Das Wirtschaftsergebnis in Brasilien soll demnach um 3,5 Prozent expandieren, das von Argentinien und Chile um drei Prozent.

Unter den ölfördernden Staaten wird für Saudi-Arabien im nächsten Jahr ein Aufschwung von drei Prozent vorausgesagt, nachdem die Wachstumsrate in diesem Jahr um fünf Prozent zurückfiel. Die Ölpreise werden sich der Analyse zufolge um den augenblicklichen Durchschnittspreis von 29 Dollar pro Barrel stabilisieren.

Die weltweite Inflation wird sich nach Angaben der Wissenschaftler 1984 mit steigenden Preisen für Rohstoffe leicht beschleunigen. Der augenblicklich hohe Dollarkurs wird dagegen etwas schwächer, teilweise bedingt durch die auch im nächsten Jahr schlechte Handelslage der USA.

WEINMARKT / Frankreich steigert Export in USA

Beflügelt vom Dollarkurs

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französische Winzerverband behauptet, daß die Dollar-Hausse den Export in die USA stark begünstigt *hat. Im ersten Halbjahr 1983 erreichte* er 40 Millionen Liter (ohne Champagner und Schaumweine) gegenüber 18 Millionen Liter in der gleichen Zeit des Jahres 1980. Das Ergebnis des ersten Halbjahres 1982 wird nicht genannt. Offensichtlich hält es der Verband für eindrucksvoller, ein Plus von 121 Prozent für drei Jahre zu melden.

Dagegen wird betont, daß die Italiener in der gleichen Zeit nur 21 Prozent mehr Wein in die Vereinigten Staaten exportieren konnten. Mit 116 Millionen Liter blieben sie aber mit großem Abstand vor Frankreich der größte Lieferant der USA. Die deutschen Weinexporte sollen zuletzt 63 Prozent der französischen erreicht haben. Wertmäßig sind die französischen Absatzerfolge auf dem amerikanischen Markt aber weit weniger spektakulär. Das liegt nach Verbandsangaben an der Exportfakturierung in Franc und daran, daß in zunehmendem Maße billiger Tafelwein (vin de table) exportiert wurde. Diese Kategorie stellte 1982 bereits 39 Prozent der Ausfuhr in die USA gegenüber 32 Prozent 1981.

Die jüngste Dollar-Hausse würde aber die Ausfuhr von Qualitätsweinen (AOC) begünstigen, meint der Verband. Dies um so mehr, als in dieser Kategorie die vorjährige Ernte besonders gut ausgefallen ist und die diesjährige fast ebenso reichlich zu werden verspricht. Bei den Bordeaux-Weinen des „Jahrhundertjahrgangs 1982" wurden bereits in den Vorverkäufen wegen der starken amerikanischen Nachfrage absolute Rekordpreise erzielt. Sie liegen in der Spitzenkategorie zwischen 180 und 300 Franc die Flasche oder um 30 bis 80 Prozent über denen des Vorjahres. Diese Weine werden erst Anfang 1985 ausgeliefert.

In diesem Jahr dürften die Preise der französischen Spitzenburgunder stark anziehen und zwar vor allem wegen der durch Hagelschlag beeinträchtigten Ernte.

DEUTSCHER ENTWICKLUNGSDIENST / Finanznot

Personelle Hilfe reduziert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), der junge Fachkräfte in die Staaten der Dritten Welt entsendet, stößt an finanzielle Grenzen. Wie sein Geschäftsführer Herbert Sahlmann aus Anlaß der Vorlage des 20. Jahresberichts *dieser 1963* gegründeten Organisation der personellen Entwicklungshilfe in Bonn betonte, würden im nächsten Jahr weniger Entwicklungshelfer ausreisen.

Der Grund: Wie der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sollen 1984 die finanziellen Mittel des DED, die 1983 bei 71,7 Millionen Mark liegen, um nur drei Prozent aufgestockt werden.

Um die Tätigkeit im bisherigen Umfange aufrechterhalten zu können, sind nach Angaben Sahlmanns fünf bis sechs Prozent mehr Mittel notwendig. Denn: 83 Prozent der Ausgaben des DED entfallen auf Personalkosten und Sachleistungen im Ausland, nur 17 Prozent auf solche in der Bundesrepublik. Durch die Entwicklung des Dollar-Kurses und durch die hohe Inflation in den Gastländern würden die Belastungen des DED nach oben getrieben. Während dem DED jetzt von der Finanzseite Grenzen gesetzt werden, konnte der Dienst in früheren Jahren dem Verlangen nach einer stärkeren Steigerung der Entwicklungshelfer-Zahlen nicht nachkommen, weil es an ausreichend qualifizierten Mitarbeitern fehlte.

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Entwicklungshelfer um sieben auf 850. Damit hat der DED in den vergangenen Jahren mehr als 6700 Entwicklungshelfer nach Übersee entsandt. Mit einem Anteil von 62 Prozent liegt der Schwerpunkt in Afrika, gefolgt von Lateinamerika mit 23 Prozent und Asien mit 15 Prozent.

Der DED wird nur auf ausdrücklichen Wunsch von Organisationen in der Dritten Welt und mit Zustimmung der jeweiligen Regierung tätig. Darin sieht Sahlmann einen Grund für das Ansehen und den Erfolg des DED in den Entwicklungsländern. Diese Staaten können damit die deutschen Helfer in die langfristigen Entwicklungsvorhaben einbinden.

WELTWIRTSCHAFT / Fünf ehemalige Regierungschefs ziehen Bilanz

Scharfe Kritik an US-Fiskalpolitik

H.-A. SIEBERT, Washington

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Lage der Weltwirtschaft dramatisch verschlechtert – abzulesen ist das an der hohen Arbeitslosigkeit, den gesunkenen Kapitalinvestitionen *und der gefährlichen* Verschuldungskrise in der Dritten Welt. Urheber dieses Dilemmas ist der kostspielige Wohlfahrtsstaat, der zu einer Explosion der Haushaltsdefizite und der öffentlichen Verschuldung geführt hat.

Auf diese Lageanalyse einigten sich *fünf ehemalige Staats- und* Regierungschefs, die am Wochenende auf Einladung des American Enterprise Institute in Bergort Vail, Colorado, Bilanz zogen: Gerald Ford, US-Präsident von 1974 bis Anfang 1977, der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing, der deutsche Exkanzler Helmut Schmidt sowie James Callaghan und Malcolm Fraser, die langjährigen Ministerpräsidenten Großbritanniens und Australiens.

Während niemand ein Wort über die eigenen Fehler verlor – schließlich verschlimmerte sich das Übel in ihrer Regierungszeit –, stand die amerikanische Fiskalpolitik unter schwerstem Beschuß. Am lautesten übte der Republikaner Ford Kritik, der sich deutlich von dem Kurs der *republikanischen* Reagan-Administration absetzte: Um die Rekordbudgetdefizite abzubauen, die, wenn nichts geschieht, auf lange Sicht 200 Milliarden Dollar im Jahr übersteigen können, empfahl er

1. die Kürzung des US-Verteidigungsetats,
2. die weitere Streichung ziviler Ausgaben,
3. Steuererhöhungen von 1985 an und
4. einen Verzicht auf die Indexierung aller Steuern, die 1986 beginnen und den automatischen Zufluß von Inflationsgeld in die Kassen des Fiskus stoppen soll.

Ford: „Die Regierung und die Bevölkerung müssen den Gürtel enger schnallen." Einig war man sich darin, daß „die gewaltigen roten Zahlen im Haushalt Washingtons eine besondere Bedrohung für die Weltwirtschaft darstellen, weil sie die Zinsen hochhalten, die ausländisches Kapital anziehen. Verschärft wird die Finanzkrise in den Schuldnerländern". Nur Giscard sprach sich gegen höhere Steuern aus, obwohl die USA weltweit, gemessen an der Belastung, den 17. Platz einnehmen.

Aber andere Industriestaaten stekken ebenfalls im Minus. Dazu Schmidt: „Nicht so sehr. Es ist schon ein Unterschied, wenn das amerikanische Defizit sechs Prozent des Bruttosozialprodukts ausmacht, und der Sparanteil nur fünf Prozent beträgt." In der Bundesrepulbik schlage das Verhältnis mit vier zu 14 Prozent zu Buch, was die Finanzierung erheblich erleichtere.

Schmidt nannte die Arbeitslosigkeit und Stagnation in Europa eine „politische Gefährdung, die an die Krise in Deutschland Anfang der 30er Jahr erinnert". Für Fraser richten die Defizite noch größeren Schaden an, wenn sie nicht rasch reduziert werden.

WELT-ERDÖL-KONGRESS / Neue Technologien

Britische Erfahrung gefragt

WILHELM FURLER, London

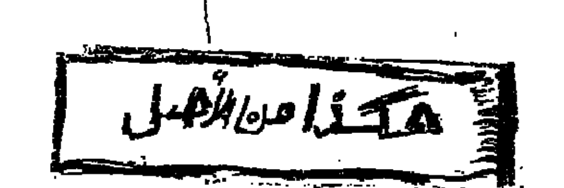
Großbritanniens Offshore-Industrie und die in diesem Bereich tätigen unzähligen Zulieferbetriebe dürften im nächsten Jahrzehnt erhebliche Exporteinkommen aus der Lieferung hochtechnologischer Explorations- und Bohrausrüstungen erzielen. Diese Ansicht vertrat der Staatssekretär im britischen Energieministerium, Alick Buchanan-Smith, anläßlich der Eröffnung des 11. Welt-Erdöl-Kongresses in London.

Was die britische Offshore-Industrie in jüngster Zeit an Erfahrungen und neuen Techniken bei den Bohrungen in tieferen Nordsee-Bereichen gesammelt habe und gegenwärtig sammle, das werde morgen von anderen Ländern übernommen, die sich an der komplizierten Ölsuche und -förderung in tiefen Offshore-Gewässern beteiligen wollen.

Wie der Staatssekretär vor den Mitgliedern von insgesamt 80 ausländischen Experten-Delegationen erklärte, habe die inzwischen in erhebliche Meerestiefen vorgedrungene Ölsuche in der unwirtlichen Nordsee mit deren komplexen geologischen Strukturen ihre eigene hohe Technologie entwickelt, die überall in der Welt auf großes Interesse und Nachfrage stoße. Auf dieser Erfahrung und Technologie könne Großbritannien ein hervorragendes Geschäft mit dem *Ausland aufbauen.*

So hat sich bereits eine 30 Mann starke Delegation aus der Volksrepublik China, die an dem Kongreß teilnimmt, an die britische Regierung um Unterstützung bei der Ölsuche im Südchinesischen Meer gewandt. Bisher sind schon einige chinesische Techniker in Offshore-Unternehmen ausgebildet worden.

Der Welt-Erdöl-Kongreß läuft über 53 Sitzungen mit dem Generalthema: Wie kann die Ölindustrie der Weltwirtschaft helfen? Eröffnet wurde der Kongreß vom Prinzen von Wales, der sich in seiner Ansprache für mehr *Mittel einsetzte, um die Entwicklung* alternativer Energieformen vorantreiben zu können. Einer der insgesamt 135 eingereichten Diskussionspunkte wird sich auch mit der Frage beschäftigen, wie groß die genauen Welt-Ölreserven sind.



HDI / Die Rückerstattung wurde kräftig aufgestockt

Günstiges Ergebnis erwartet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Bemühungen des Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie a. G. (HDI), Hannover, um eine Bereinigung des Versicherungsbestandes werden auch 1983 den Beitragszuwachs in engen Grenzen halten. Nach Angaben des Vorstands sei dennoch mit einem ähnlich guten Ergebnis wie 1982 zu rechnen. In den ersten fünf Monaten 1983 lag der Schadenverlauf bei rückläufiger Schadenzahl im Rahmen des Vorjahres. Der Kostenanstieg habe sich erneut verlangsamt.

Zufrieden ist der HDI mit dem Konzernabschluß 1982, der am Wochenende der Hauptversammlung in Nürnberg vorgelegt wurde. Erneut konnten die Rückstellung für Beitragsrückerstattung und die Eigenmittel erheblich verstärkt werden. Für die Gruppe wird nach Steuern ein Rohüberschuß von 127,3 (107,2) Mill. DM ausgewiesen. Davon wurden der Schwankungsrückstellung 40,8 (49,6) Mill. DM und der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 47,9 (27,5) Mill. DM zugewiesen. Weitere 4,3 (9,9) Mill. DM gingen in den Sonderposten mit Rücklageanteil.

Als Jahresüberschuß verblieben 34,3 (20,2) Mill. DM. Im Berichtsjahr erhöhte sich das Eigenkapital des Konzerns auf 249,8 (208,9) Mill. DM; die Schwankungsrückstellungen stiegen auf 277,5 (236,7) Mill. DM. Die Garantiemittel erreichten 3,08 (2,65) Mrd. DM und machen damit 180,6 (170,6) Prozent vom Eigenbehalt aus.

Die konsolidierten Beitragseinnahmen des Konzerns stiegen um 6,7 *(11,8) Prozent auf 2,02 (1,89) Mrd. DM.* Die Selbstbehaltquote nahm auf 84,6 (82,1) Prozent zu. Leicht verschlechtert hat sich der Schadenverlauf. Die Schadenquote für eigene Rechnung erreichte unter Einbeziehung der Ergebnisse aus den abgewickelten Schäden des Vorjahres 81,4 (80,8) Prozent der verdienten Beiträge.

EFFEM / Im ersten Halbjahr ein Umsatzplus von 18 Prozent erreicht – Noch genügend Spielraum für Wachstum

„Tiernahrung verkauft sich nicht über den Preis"

HANNA GIESKES, Bonn

„Unverändert gut" – so kommentiert Karl H. Wiese, neuer Geschäftsführer der Effem GmbH, Verden, die Umsatzentwicklung im laufenden Jahr. Bereits jetzt habe die Tochter des US-Nahrungsmittelkonzerns Mars ihr für das erste Halbjahr 1983 gesetztes Umsatzziel überschritten, „und am Ende des Jahres werden wir *nahe an einer Milliarde sein". Das* Plus betrage 18 Prozent; darin seien Preiserhöhungen von drei Prozent enthalten.

Überschritten hat der Hersteller von Tierfertignahrung sein Umsatzziel auch im vergangenen Geschäftsjahr 1982: 825 Mill. DM waren angepeilt worden, und 874 Mill. DM wurden erreicht. Das entspricht einem Zuwachs von gut 15 Prozent; dies, obwohl der Vertrieb der Marke Uncle Ben's Reis mit einem Umsatzvolumen von 44 Mill. DM inzwischen ausgegliedert worden ist, „denn wir glauben an die Spezialisierung".

Aufgrund der Tatsache, daß im vergangenen Jahr die Umsatzgrenze von 800 Mill. DM überschritten worden war, mußte Effem erstmals eine Bilanz veröffentlichen. Die einzige Schwierigkeit, die dem auch zuvor schon keineswegs publizitätsscheuen Unternehmen daraus erwuchs, war das Erfordernis, die Umsatzerlöse netto, also ohne Skonti, Provisionen *und Rabatte, auszuweisen. Die Differenz* beträgt rund 12 Prozent, „aber an unserem Umsatzzuwachs von 15 Prozent ändert sich nichts, wenn man die Umsätze des Vorjahres nach derselben Methode berechnet", betont Wiese.

Der Jahresüberschuß 1982 liegt bei 26,8 Mill. DM. Einschließlich eines Gewinnvortrags von 1,2 Mill. DM ergibt sich ein Bilanzgewinn von 28 Mill. DM, „den wir an die Mutter ausschütten". Bezogen auf das Grundkapital von 9,3 Mill. DM ergibt dies eine stolze Dividende von immerhin 300 (!) Prozent. Der Ertrag blieb, wie im Vorjahr, bei 3,1 Prozent nach Steuern.

„Wir haben immer versucht, innovativ zu sein, und wir werden das auch in Zukunft versuchen", begründet Wiese den Erfolg des Unternehmens, das sich am Markt für Tierfertignahrung inzwischen einen Anteil von rund 80 Prozent gesichert hat. Dafür spricht ein Investitionsvolumen von 24,4 Mill. DM im vergangenen Jahr, davon 12,4 Mill. DM für den Ausbau des Werkes Minden, wo ab Mitte 1982 eine neuartige Katzenstreu und seit Beginn 1983 die Produkte Trim und Brekkies hergestellt werden. Dafür sprechen auch 11 Mill. DM, die in Forschung und Entwicklung investiert wurden. So wird zur Zeit in Hamburg eine neue Katzennahrung getestet.

Das Effem-Management stützt sich dabei auf die Statistik, der zufolge der Anteil der Fertignahrung am Tierfuttermarkt hierzulande lediglich 30 Prozent betrage, während er in den Vereinigten Staaten bei 70 Prozent liege. „Das bietet uns noch genügend Spielraum für Wachstum."

Gleichwohl ist die Effem-Geschäftsleitung überzeugt, daß dieses Wachstum nur über die Qualität zu erreichen ist, „denn Tiernahrung verkauft sich nicht über den Preis". Das Risiko, „daß die Tiere das billige Zeug dann nicht fressen", sei für den Halter zu groß, betont Marketing-*Chef Heinz Koch. Folglich stelle man* keine Billigartikel her und halte schon gar nichts von „weißer Ware". Statt dessen suche die Effem-Mannschaft immer wieder nach neuen Produkten, „deren Einführung in den Markt wir uns zwischen 25 und 30 Mill. DM kosten lassen".

Effem sei und bleibe „marketingorientiert"; das entsprechende Budget umfaßte im vergangenen Jahr rund 130 Mill. DM. Auch in diesem Markt werde die Konkurrenz härter. Wiese ist gleichwohl zuversichtlich, „denn für uns findet der Wettbewerb am Freßnapf statt".

TOURISMUS

Reisen vom Bildschirm

adh. Frankfurt

Wenn im Frühjahr 1984 der Bildschirmtext (Btx) bundesweit startet, wollen auch die Reisebüros dabei sein. Zu diesem Zweck wurde jetzt in Frankfurt die BTX-RB-Reiseberatung GmbH gegründet. Gesellschafter der mit 500 000 DM Stammkapital ausgestatteten Neugründung sind mit 25 Prozent die Derpart Reisevertrieb GmbH, mit je 22,5 Prozent die Deutsches Reisebüro GmbH (DER) und Hapag-Lloyd Reisebüro GmbH, mit 17,5 Prozent die amtliche bayerische Reisebüro GmbH (abr) und mit 12,5 Prozent die first-Reisebüro GmbH, Düsseldorf.

Den Segen des Kartellamtes hat der Zusammenschluß bereits, der den Reisebüros die fachgerechte und kostengünstige Nutzung von Bildschirmtext sichern soll: Die Berliner Wettbewerbshüter werten ein derartiges Zusammengehen nicht als den Beginn einer Konzentrationswelle in der Branche. Das Kartellamt rechnet im Zuge der Einführung des Bildschirmtextes noch mit weiteren Vereinbarungen dieser Art in zahlreichen Branchen und erinnert an bereits bestehende Kooperationen im Bankbereich und bei den Iata-Linienfluggesellschaften, die mit einem gemeinsamen Buchungsnetz arbeiten.

Noch Zukunftsmusik bleibt aber die Buchung vom Wohnzimmersessel aus. Zwar kann sich der potentielle Kunde via Bildschirm über wechselnde Reiseprogramme unter dem Motto „Schaufenster" informieren. Einen Direktvertrieb sieht BTX-RB aber nicht vor. Will der Kunde buchen, erhält er via Bildschirm die Anschrift eines Reisebüros.

Unter der Überschrift „Reisebüro-Umbrella" will die neue Service-Gesellschaft den Reisebüros Bildschirm-Seiten quasi untervermieten, mit denen diese Unternehmen zusätzliche Informationen geben können.

Fusionskontrolle trifft Klöckner

rtr, Berlin

Das Bundeskartellamt in Berlin prüft im Wege eines formellen Fusionskontrollverfahrens die geplante Erhöhung der 24-Prozent-Beteiligung der Klöckner-Werke AG an der Seitz Enzinger Noll Maschinenbau GmbH (SEN) in Mannheim. Das Verfahren wird nach Angaben des Kartellamtes frühestens in einigen Monaten abgeschlossen sein.

Klöckner, die im Bereich Getränkeabfüllmaschinen vor SEN den Markt anführen, hatten im Herbst vergangenen Jahres über die Badische Kommunale Landesbank eine 24-Prozent-Beteiligung an SEN erworben, die nicht unter das Kartellrecht fällt. Danach werden erst Beteiligungen von 25 Prozent wettbewerbsrechtlich geprüft. Zugleich schloß Klöckner mit der Landesbank aber einen Optionsvertrag auf ein weiteres Aktienpaket von 26 Prozent ab, das sich noch im Besitz der Landesbank befindet. Das Kartellamt sah hierin einen Zusammenschluß im kartellrechtlichen Sinne. Dagegen argumentierte Klöckner, der Optionsvertrag solle insbesondere der Stabilisierung der bestehenden Gesellschafterverhältnisse dienen und die für den deutschen Getränkemaschinenbau lebensnotwendige Kooperation auf den Auslandsmärkten initiieren, ohne den Inlandswettbewerb auszuschalten.

RÖBEN / Umsatzerwartungen übertroffen

US-Tochter unbefriedigend

JAN BRECH, Hamburg

Bei den Röben Klinkerwerke, Zetel, und den ihr verbundenen Unternehmen sind die Umsatzerwartungen *im Geschäftsjahr 1982/83* übertroffen worden. Nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Wilhelm Röben hat die Gruppe nach erheblichen Einbrüchen im Vorjahr mit 102 (89,4) Mill. DM zum ersten Mal die 100-Mill.-DM-Grenze überschritten.

Das wirtschaftliche Schwergewicht der Gruppe lag unverändert bei der Röben Klinkerwerke GmbH, die nach eigenen Angaben marktführend bei Klinkern und Verblendern ist. *Das Umsatzergebnis liege mit 64,6* Mill. DM deutlich über Plan, erklärt Röben. In der Zuwachsrate von 10,5 Prozent seien Preiserhöhungen kaum enthalten. Aus den allgemeinen Preiskämpfen habe sich Röben herausgehalten.

Die Ende der siebziger Jahre erworbenen Dachziegelwerke Idunahall AG, Schermbeck, steigerten den Umsatz um 18,2 Prozent auf 12,3 Mill. DM. Das positive Ergebnis führt Röben einmal auf die stark steigende Nachfrage nach natürlichen Dachbausteinen zurück. Zudem habe das Unternehmen in den letzten Jahren 8 Mill. DM in die Verbesserung der Produktqualität investiert. Den noch freien Aktionären der Idunahall hat Röben ein Abfindungsangebot von 660 DM je 100-DM-Aktie gemacht. Wer von dem Angebot keinen Gebrauch macht, erhält 8 Prozent Dividende garantiert.

Unbefriedigend blieb im Berichtsjahr die Lage bei der US-Tochter Triangle Brick Corp., North Carolina, die 18 Mill. DM umsetzte. In den USA habe die Baukonjunktur zwar seit dem Frühjahr 1983 angezogen, heißt es, doch herrsche wegen des Überangebots ein scharfer Preiswettbewerb.

VW OF AMERICA / Neue Gerüchte über ein Gemeinschafts-Unternehmen

Gespräche mit Chrysler abgebrochen?

DW. Bonn

Die Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, geht davon aus, daß es auch künftig mehr oder minder intensive *Gespräche mit dem US-Automobil*hersteller Chrysler über Möglichkeiten der Zusammenarbeit geben wird. Mit diesen Worten reagierte ein VW-Sprecher auf Meldungen aus den USA, wonach VW Verhandlungen mit Chrysler über eine gemeinsam zu betreibende Produktion wegen allzu anspruchsvoller Forderungen von Chrysler-Chef Iacocca abgebrochen habe.

In Wolfsburg wird darauf verwiesen, daß der Verkauf des zweiten VW-Werks in Sterling Height an Chrysler nunmehr von allen Gremien genehmigt sei. Allein daraus ergebe sich eine Reduzierung der Kontakte. Zu den Spekulationen, daß VW das Werk Westmoreland zusammen mit Chrysler als gemeinschaftliches Unternehmen weiterzuführen beabsichtige, wollte sich der Sprecher nicht äußern. Unter Hinweis auf die hohen Betriebsverluste in Westmoreland heißt es in den USA, Chrysler habe darauf bestanden, in dem Werk „die Regie zu übernehmen".

Nicht bekannt sind in Wolfsburg Bestrebungen des Sportwagen-Herstellers Porsche, sich von der VW-Audi-Vertriebsorganisation zu lösen und den Export nach den USA in die eigenen Hände zu nehmen. Auch bei Porsche werden diese Gerüchte, die aus VW-Händlerkreisen in den USA stammen sollen, dementiert. Porsche hat im vergangenen Jahr knapp *20 000 Fahrzeuge in den USA* verkauft.

Zurückgewiesen werden von VW Meldungen, daß „eine nicht geringe Anzahl" von Ingenieuren und Technikern, die von den USA zur Schulung nach Wolfsburg geschickt worden waren, nach ihrer Rückkehr bei VW gekündigt und zu Chrysler gewechselt hätten. Dafür gebe es keine Anzeichen. In Westmoreland bereite man sich darauf vor, die Produktion des neuen Golf Mitte nächsten Jahres aufzunehmen.

Bischoff & Hamel: Audi trägt Wachstum

dos. Hannover

Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnet die zur VAG-Organisation gehörende Autohandelsgruppe Bischoff & Hamel, Hannover. Vor allem die kräftig gestiegenen Auslieferungen von Audi-Fahrzeugen ließen nach Angaben von Geschäftsführer Dieter Laxy den Umsatz im ersten Halbjahr 1983 (um knapp 18 Prozent auf 65,3 (55,5) Mill. DM wachsen. Davon entfielen auf das Neuwagengeschäft 38,7 (31,9) Mill. DM, auf Gebrauchtwagen 7,7 (6,7) Mill. DM und auf den Kundendienst 8,3 (8,1) Mill. DM. Die Tochtergesellschaft Autohaus Weser, Hameln, steuerte 5,7 (5,5) Mill. DM und das Karosseriewerk 4,9 *(3,3) Mill. DM zum Umsatz* bei. Insgesamt wurden 2214 neue Fahrzeuge ausgeliefert, 11,3 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Trotz eines „vorübergehenden Auftragseinbruchs" rechnet Laxy für das zweite Halbjahr nicht mit starken Umsatzrückgängen. Neben erheblichen Investitionen im Neu- und Gebrauchtwagenbereich setzt das Unternehmen vor allem auf die bevorstehenden Präsentationen neuer Modelle.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Rheinmetall gut gerüstet

Düsseldorf (Py.) – Der Rheinmetall-Konzern erwartet nach ertragsverbessernden Struktur- und Anpassungsmaßnahmen „ein zufriedenstellendes Jahr 1983". In einem Aktionärsbrief wird der bisherige Geschäftsverlauf als ermutigend bezeichnet. Der Konzernumsatz stieg im I. Halbjahr 1983 um 13,4 Prozent auf reichlich 1,11 Mrd. DM, vor allem bei Wehrtechnik und Maschinenbau. Der Auslandsanteil wuchs von 36 auf 38,2 Prozent. Der Auftragseingang lag zur Jahresmitte mit 1,29 Mrd. DM um 2,1 Prozent über dem Vorjahr, während der Auftragsbestand mit 1,97 Mrd. DM wegen des Abbaus in der Wehrtechnik um sieben Prozent zurückfiel. An Sachinvestitionen werden 36, an *Abschreibungen* 41 Mill. DM ausgewiesen. Die Mitarbeiterzahl verringerte sich seit Ende 1982 von 16 089 auf 14 931.

Becom jetzt in einer Hand

Leverkusen (dpa/VWD) – Der Videocassetten-Hersteller Becom – Berliner Gesellschaft für Video- und Audiocomunikation KG – geht ganz in den Besitz der Agfa-Gevaert AG, Leverkusen, über. Das Leverkusener Unternehmen berichtete, es habe die bisher von der Bertelsmann AG, Gütersloh, gehaltenen 49 Prozent übernommen. Die beiden Firmen hätten sich geeinigt, das Gemeinschaftsunternehmen „wegen unterschiedlicher Interessenlage" in Zukunft „nicht mehr gemeinsam zu verantworten".

Acrylfaser-Werk erworben

Leverkusen (rtr) – Der Chemiekonzern Bayer hat die Faser-Werke Lingen *GmbH in Lingen/Ems von der* britischen Montefibre U. K. Ltd. erworben. Wie die Bayer AG mitteilte, hatte das frühere Montesanto-Werk diese zum italienischen Monte-Dison-Konzern gehörende Firma im Juni mit der erklärten Absicht übernommen, es später an Bayer zu veräußern. Die dazu erforderliche Genehmigung des Bundeskartellamtes sei inzwischen erteilt. Das Lingener Werk stellt ausschließlich Acrylfasern mit einer Jahreskapazität von 36 000 Tonnen her.

LBS Immobilien erfolgreich

Düsseldorf (Py.) – Eine starke Aufwärtsentwicklung verzeichnet die LBS Immobilien GmbH, Münster. Die Tochtergesellschaft der Landesbausparkasse Münster vermittelte in den ersten 7 Monaten dieses Jahres 3377 Kaufobjekte im Gesamtwert von 766 Mill. DM. Das entsprach einem Zuwachs um 70 Prozent. Verbesserte Rahmenbedingungen am Bau- und Wohnungsmarkt sowie aufgestaute Nachfrage haben deutlich positive Impulse wirksam werden lassen. Das galt insbesondere für Bauträgermaßnahmen, die einen Gesamtwert von 273 Mill. DM ausmachten.

DEUTSCHER HEROLD LEBEN / Bisher kräftig gestiegenes Neugeschäft

Höhere Überschüsse für Versicherte

HARALD POSNY, Düsseldorf

Zufriedenheit ist relativ. Für die Deutscher Herold Lebensversicherungs-AG, Bonn, besteht sie beim Neugeschäft 1982 in einem geringeren Rückgang als im Branchendurchschnitt (4,4 Prozent). Dieser geringere Abschwung erklärt sich nach Vorstandsansicht „mit positiven Auswirkungen verschiedener Aktivitäten im Außendienst" und den gestiegenen dynamischen Anpassungen (plus 18 Prozent). Für das laufende Jahr verzeichnet das Unternehmen immerhin „ein kräftig gestiegenes Neugeschäft", das auch aus Anschlußverträgen im Bereich vermögenswirksamer Lebensversicherung stammt. Dieses Plus soll mit einem neuen Dynamik-Modell für die Zielgruppe „junge Familie", das in Kürze eingeführt wird, stabilisiert werden.

Mehr Kummer als das Neugeschäft machen der Herold freilich die sehr hohen vorzeitigen Vertragskündigungen, 1982 mit 1,2 Mrd. DM rund 16 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Aber auch hier liegt die Branche mit einem Plus von fast 22 Prozent ungünstiger. Freilich entfiel ein Drittel der Versicherungsleistungen von 323 Mill. DM auf Rückkäufe (plus 26 Prozent).

Nicht zuletzt aufgrund der mit dem höheren Anlagevolumen und besserer Verzinsung begründeten Steigerung der Kapitalerträge erhöhte sich der Bruttoüberschuß um 14 (13,2) Prozent auf 269 Mill. DM. Davon gehen 99 *(97,3)* Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung und kommen damit den Versicherten zugute. Aus dem Jahresüberschuß von 2,8 (3,6) Mill. DM werden wieder 16 Prozent Dividende ausgeschüttet. Das 20-Mill.-DM-Grundkapital liegt in Familienbesitz.

Die Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Schadenversicherung teilt die Deutscher Herold Allgemeine Versicherungs-AG mit der Gesamtbranche.

Trotz Beitragssteigerung von *9,1* (10,1) Prozent auf 297 Mill. DM (brutto), Wachstum der verdienten Prämie für eigene Rechnung um 15,1 (9,2) auf 198 Mill. DM und kaum veränderter Gesamtschadenquote (74,8 Prozent) verwandelte sich der technische Gewinn von 4,4 Mill. DM in einen Verlust von 3,3 Mill. DM (jeweils nach Zuführung von 1,9 bzw. 1,4 Mill. DM zu den Schwankungsrückstellungen).

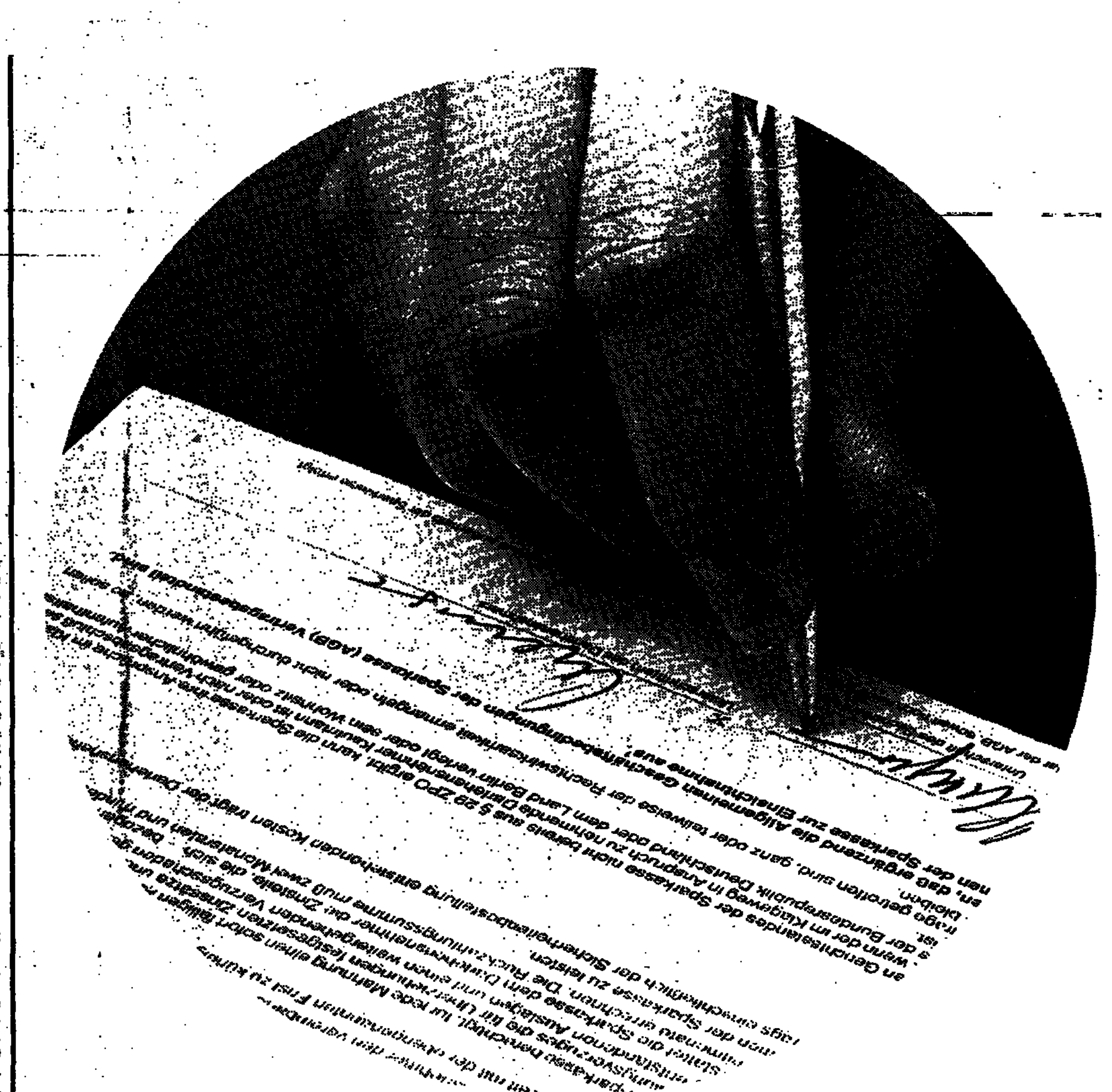
Positiv schnitten nur Unfall- und Kraftfahrtversicherung (6,6 bzw. 1 Mill. DM) ab. Stark negativ fiel gegenüber dem Vorjahr das in Rückdeckung genommene Geschäft (6,9 Mill. DM Verlust nach 9,5 Mill. DM Gewinn) aus.

Im allgemeinen Geschäft, hier stiegen die Kapitalanlagen auf 279 (262) Mill. DM, wurde das Ergebnis durch eine Rückstellung von 7,6 Mill. DM im Zusammenhang mit der Tätigkeit *eines ausländischen Kommissionärs* gedrückt. Die Kapitalerträge stiegen um 17 Prozent auf fast 23 Mill. DM, die Durchschnittsrendite erreichte 7,7 (7,4) Prozent. Der Jahresüberschuß sank von 4,2 auf 2,9 Mill. DM. Nach Rücklagendotierung von 1 (2,5) Mill. DM werden wieder 16 Prozent Dividende gezahlt. Im laufenden Jahr steht einer Prämiensteigerung um 5,5 (6,7) Prozent ein etwas besserer Schadenverlauf gegenüber.

Dt. Herold Leben	1982	±%
Versicherungsbestand (Mill. DM)	20 656	+ 4,0
Eingel. Neugeschäft	2 183	– 1,3
Beitragseinnahmen	776	+ 2,7
Aufw. f. Vers.-Fälle	213	+ 7,4
Kapitalanlagen[1])	3 010	+ 10,7
Kapitalerträge[2])	255	+ 15,8
Aufw. f. Beitr.-Rückerst.	267	+ 16,1
Rückst. f. Beitr.-Rückerst.	578	+ 13,3

	1982	1981	1980
Stornoquote[3])	6,2	5,7	5,5
Verw.-Kostenquote[4])	8,4	8,5	8,3
Abschl.-Kostenquote[5])	44,7	41,1	39,3
Überschußquote[6])	34,7	31,2	28,4

[1]) ohne Depotford.; [2]) Durchschnittsrendite: 7,4 (7,1) Prozent; [3]) Rückk.-Umwandlg. in beitragsfreie Versich. u. monat. Vorz.-Abgang in % d. Anfangsbestands; [4]) sonst. Aufw. d. Vers.-Betr. in % d. Beiträge; [5]) in Promille d. eingel. Neugesch.; [6]) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.





Aktien weiter schwächer

Höherer Dollar und steigende Zinsen beunruhigen

DW. – Bei relativ geringem Angebot bewegte sich die Mehrzahl der Standardaktien auch am Wochenbeginn abwärts. Wie schon in der Vorwoche, so fehlten am Montag erneut die Käufer. Das Publikum ist durch die Nachrichten über den sich verlangsamenden Konjunkturaufschwung ebenso beunruhigt wie über den Wiederanstieg des Dollar sowie über die schwache Verfassung des Rentenmarktes. Von der privaten Bankenkundschaft werden deshalb weiterhin Kursgewinne realisiert. Die professionellen Anleger halten die Zeit für eine Positionsverstärkung in deutschen Aktien noch nicht für gekommen. Ihre Auffangorder liegen zur Zeit deutlich unter den gegenwärtigen Notierungen.

Trotz günstiger konjunktureller Voraussetzung gaben auch die Papiere der Elektro-, Autoindustrie sowie die Titel der Großchemie nach. Der BASF-Kurs lag nur noch bei 146 DM. Damit wird die Problematik des Ausgabekurses für die jungen Aktien von 135 DM immer deutlicher. Bei den Großbankaktien gingen die Tageseinbußen über 2,50 DM nicht hinaus. Die Diskussionen über die Schuldenlage der lateinamerikanischen Länder haben etwas an negativer Wirkung eingebüßt, da sich zeigt, daß sich der IWF bei der Lösung der Probleme nicht versagen wird. Für positive Sonderbewegungen, wie sie noch an der Freitags-Börse zu registrieren waren, blieb diesmal kein Raum.

Düsseldorf: Bilfinger erhöhten sich um 6,50 DM auf 218 DM, Gerresheimer Glas zogen um 3 DM auf 117 DM an, und Keramag befestigten sich um 7 DM auf 157 DM. Dt. Texaco verminderten sich um 7 DM auf 252 DM, Dyckerhoff gaben ebenfalls um 7 DM auf 206 DM nach, und Leffers fielen um 5 DM auf 348 DM.

Frankfurt: Die Aktienbörse blieb am Wochenbeginn schwächer. Die Standardwerte fielen bis zu 5 DM pro Aktie. Lediglich AEG blieben knapp behauptet und weiter beachtet.

Hamburg: Von den Lokalwerten gingen HEW auf 97,50 DM minus 1 DM zurück, NWK Vz. lagen bei 163 DM minus 0,50 DM. Conti Gummi und Phoenix Gummi büßten jeweils 1,50 DM ein.

München: Agrob St. verminderten sich um 1 DM auf 360 DM, Deckel AG sanken um 1 DM auf 95 DM, Erste Kulmbacher schlossen mit einem Minus von 15 DM auf 810 DM ab und Nak Stoffe gaben um 5 DM auf 53 DM nach. Diamalt AG verbesserten sich um 1 DM auf 140 DM.

Berlin: Bekula lagen um 0,70 DM, DUB-Schultheiss und Herlitz Vorzüge um je 1 DM und Herlitz Stämme um 1,50 DM geringfügig freundlicher. Berthold wurden um 6 DM und Berliner Kindl um 6,50 DM heraufgesetzt. Orenstein bröckelten um 1 DM ab und Kempinski wurden um 7 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Toronto

London

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Optionshandel vom 29. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-65/11, 10-70/7, 10-75/5,40, 10-80/3,20, 1-75/40, 1-80/6, 4-70/15,50, 4-75/11,40, 4-80/8, 4-90/8, Siemens 10-350/6,40, 1-340/19,40, 1-350/15, 1-360/13,50, 1-370/9,40, 4-380/12, 4-420/5,40, BASF 10-140/15, 10-145/9,40, 10-150/8, 10-160/2, 1-135/24,20, 1-145/17, 1-150/13,40, 1-160/7,40, 1-170/4,40, 4-150/19,40, Bayer 10-150/5,50, 1-146/14,50, 1-150/10,40, 4-160/9,45, 4-170/8, Hoechst 1-154,50/11,80, 1-160/7,50, 1-170/5,40, 4-150/20,40, 4-160/14, 4-170/9,20, 4-180/6, BMW 1-400/22, VW 10-210/15,50, 10-230/7, 10-240/6,10, 1-180/46, 1-210/23, 1-220/17, 1-230/16,40, 1-240/10, 4-230/22,40, 4-270/9, 4-280/6, Conti 10-100/8, 10-110/3,50, 1-110/7,40, 1-120/4,40, 4-110/12, 4-120/7,60, Lufthansa 10-120/5,90, 1-120/10, Lufthansa Vorz. 10-120/4,95, 1-130/5,70, Commerzbank 10-180/3, 10-190/1,80, 1-160/20, 1-170/15,40, 1-180/10,65, 1-190/6,40, 1-200/4, 4-180/18, 4-190/13, Deutsche Bank 10-330/4,40, 1-310/0,65, 1-340/11,40, 1-370/5, 1-390/2,80, 4-330/26, 4-340/25, Dresdner Bank 10-170/5, 1-190/7,20, 1-200/4,40, 4-180/18, 4-190/14,40, 4-200/10,40, Hoesch 10-50/2,55, 10-55/1,05, 1-45/7, 1-50/4,40, 4-50/6,40, Mannesmann 1-140/11,40, 1-150/6,90, 1-170/2,75, 4-140/18,50, 4-150/12,40, 4-170/7, 4-180/4,40, Preussag 1-290/8, Thyssen 10-75/1,40, 1-80/2,50, 4-75/7, 4-80/5,10, BBC 1-220/5, 4-220/11, Daimler 4-600/30, Deutsche Babcock 10-170/5,50, 4-210/7, GHH 1-130/22, 4-150/10,40, Kali u. Salz 10-167/40, 210/26,80, Karstadt 10-280/3,60, 1-260/21,50, 1-280/14,90, Kaufhof 1-270/13, Kloeckner 1-40/4,20, 4-40/6,50, RWE 1-180/4,80, Chrysler 10-70/5,90, 1-75/9,90, 1-80/5,10, 1-90/3,30, Philips 1-40/6,10, Royal Dutch 1-130/13, 1-140/9,70, 4-140/14,60, Elf Aquitaine 1-65/9,40, 4-60/15. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-70/3,50, 1-75/7, 4-65/2,50, Siemens 10-330/3,55, 1-340/8, Bayer 4-150/5,30, Hoechst 4-150/7,30, BMW 1-380/13, VW 10-210/3, 1-210/5, 4-200/5, Conti 1-100/3,40, 4-110/9, Lufthansa 1-120/6, Commerzbank 10-170/5, 1-170/6,60, 4-170/6,90, Deutsche Bank 10-330/20, 1-320/12,60, Dresdner Bank 10-180/10,50, 1-170/5,10, 1-180/12, 4-180/13,50, Hoesch 4-50/6,50, Mannesmann 10-140/4,20, 1-140/5,40, 1-150/12,60, 4-150/15, Thyssen 1-70/3,60, Degussa 10-360/10,20, Kaufhof 4-280/13,40, Kloeckner 10-40/2, Chrysler 10-70/5, 1-70/6,60, 1-75/7,40, Sperry Rand 1-120/13,90, Philips 10-40/2,90. 698 Optionen 36 100 (44 350) Aktien, davon 146 Verkaufsoptionen = 7650 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞– 10	5–5¼	4⅛–4⅝
3 Monate	10⅛–10⅜	5¼–5⅝	4⅜–4⅞
6 Monate	10½–10¾	5¾–6⅛	4⅞–5⅛
12 Monate	10¾–11	6–6⅜	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1565,00	1932,30
10 US-Dollar (Indian) **)	1258,00	1474,46
5 US-Dollar (Liberty)	543,00	671,96
1 £ Sovereign alt	262,00	321,48
1 £ Sovereign Elizabeth II	255,00	313,50
20 belgische Franken	194,00	255,36
10 Rubel Tscherwonez	272,00	338,58
2 südafrikanische Rand	266,00	314,64
Krüger Rand, neu	1139,00	1344,06
Maple Leaf	1139,00	1344,06
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	261,00	331,74
20 schweiz. Franken „Vreneli"	219,00	278,16
20 franz. Franken „Napoléon"	213,00	271,32
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1055,00	1271,10
20 österr. Kronen (Neuprägung)	212,00	264,48
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	489,00	597,36
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	116,00	155,04

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

29. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,6713	2,6843	2,6490	2,63	2,72
London1)	4,004	4,018	3,969	3,94	4,08
Dublin1)	3,138	3,152	3,083	3,11	3,25
Montreal3)	2,1744	2,1824	2,1562	2,12	2,21
Amsterd.	89,200	89,420	89,115	88,25	90,25
Zürich	122,910	123,110	123,01	121,50	124,25
Brüssel	4,964	4,984	4,936	4,81	5,03
Paris	33,140	33,300	32,43	32,25	34,25
Kopenh.	27,665	27,805	27,485	26,50	28,50
Oslo	35,770	35,990	35,17	34,50	36,25
Stockh.**)	33,860	34,020	33,46	33,00	34,75
Mailand2) **)	1,671	1,681	1,625	1,64	1,73
Wien	14,212	14,233	14,223	14,12	14,34
Madrid**)	1,762	1,772	1,673	1,71	1,83
Lissabon**)	2,150	2,170	2,05	1,85	2,65
Tokio	1,0675	1,0695	–	1,05	1,11
Helsinki	46,660	46,860	45,71	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	20,00
Rio	–	–	–	0,10	0,75
Athen*) **)	2,948	2,932	–	2,30	3,10
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3570	2,3750	–	2,28	2,38
Johannesbg.*)	2,3770	2,3960	–	2,06	2,30

Alles in Hundert: 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die amerikanische Geldmengenentwicklung entsprach mit einem Rückgang von 0,2 Mrd. Dollar nicht ganz den Markterwartungen. Zusammen mit Ultimokäufen zog der Dollarkurs am 29. 8. bereits in New York auf 2,68 an. In Europa blieben die Handelsaktivitäten wegen des Feiertages in London gering und der Dollar bewegte sich zwischen 2,6780 und 2,6850. Zum amtlichen Mittelkurs von 2,6803 intervenierte die Bundesbank mit einem Verkauf von 18,35 Mio. Dollar. Wegen des festeren Dollarkurses mußte die D-Mark gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen überwiegend Kursverluste hinnehmen. Nicht im Trend lag der belgische Franc, der mit 4,974 einen neuen historischen Tiefstkurs verzeichnete. Dollar in: Amsterdam 3,0020; Brüssel 53,92; Paris 8,0715; Mailand 1596,91; Wien 1833,70; Zürich 2,1789; Ir. Pfund/DM 3,145; Pfund/Dollar 1,4965.

Ostmarkkurs am 29. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Geldmengenentwicklung führte am 29. August bei 6 Monaten zu festeren Zinssätzen und erweiterten Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,08/0,98	3,17/3,07	6,18/5,98
Pfund/Dollar	0,02/0,04	0,13/0,17	0,30/0,40
Pfund/DM	2,10/0,70	5,00/3,60	8,90/7,50
FF/DM	30/14	85/69	175/159

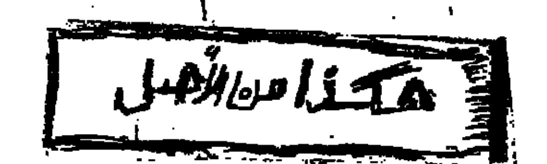
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29. 8.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,4–5,5 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 29. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,35) – 8,25 (6,25) – 9,00 (6,87) – 9,25 (7,27) – 9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,37) – 8,25 (6,32) – 9,00 (6,98) – 9,25 (7,43) – 9,75 (7,82) – 9,75 (8,09) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.



Renten unter Druck

Am Rentenmarkt hat sich der Abgabedruck verstärkt. Dazu mag beigetragen haben, daß auch der Bundeskanzler nicht an eine Zinssenkung in den USA vor den Präsidentschaftswahlen im Herbst nächsten Jahres glaubt. Dann würde auch die Bundesrepublik mit den gegenwärtigen (oder noch höheren) Sätzen leben müssen. Öffentliche Anleihen mit längeren Laufzeiten wurden bis zu 0,60 Prozentpunkte zurückgenommen. Höher waren die Einbußen bei den Pfandbriefen, die teilweise um einen vollen Punkt niedriger notiert wurden.

	29. 8.	26. 8.
M 5½ Bayer.Hyp. Pf 14	90bG	90,25G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
8½ dgl. Pf. 2	93,75bG	94G
7 dgl. Pf 3	93,50G	93,75bG
7 dgl. Pf 27	99,25bG	100,3G
6½ dgl. KS 14	95,25G	96,25G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	120G	120G

	29. 8.	26. 8.
Br 6½ dgl. Pf 77	93	93
6 dgl. Pf 42	99,25G	99,25G
8½ dgl. Pf 47	101G	101G
F 5 Ffr. Hypobk. Pf 55	99,5G	99,5G
5½ dgl. Pf 59	78G	78G
6 dgl. Pf 79	78,5	78,5
6 dgl. Pf 130	90,5G	90,5G
6½ dgl. Pf 133	85G	85G
10 dgl. Pf 186	100,25	100,25

	29. 8.	26. 8.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Süddeutsche Pf 41	89TG	89TG
5½ dgl. Pf 57	–	–
6½ dgl. Pf 143	92,5G	92,5G
7 dgl. Pf 87	92,5G	92,5bG
7½ dgl. Pf 104	95G	95G
7 dgl. KS 49	91,5G	91,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G

Bundesbahn

		29. 8.	26. 8.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,1G	100,05G
10 dgl. 73 II	11/83	100,7	100,75
7½ dgl. 72	2/84	100,4	100,45
8 dgl. 72	9/84	101,25	101,35
8¼ dgl. 76	9/84	101,6	101,7
6 dgl. 78 III	11/84	99,15G	99,15
6½ dgl. 79	2/85	99,05	99,05G
8½ dgl. 73	2/85	101,6	101,6G
7 dgl. 77	2/87	96,9	97,1G

Bankschuldverschreib.

	29. 8.	26. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	90,5G	90,5G
6½ dgl. Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	89G	89G
F 7½ Bdeis Pf 104	99,5G	99,5G
9 dgl. Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,6G	107,6G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,35T	98,35T
9 dgl. KS 189	102,15G	102,15G

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Sowohl Gold und Silber als auch Kupfer konnten sich am Freitag an der New Yorker Comex befestigen. Kaffee schloß überwiegend schwächer. Kakao ging auf breiter Front leicht befestigt aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	26. 8.	25. 8.
Sept.	387,50	387,75
Dez.	408,50	407,50
März	425,00	422,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	26. 8.	25. 8.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	248,14	245,89
Amber Durum	280,34	280,34

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	162,80	157,80

Kakao New York ($/t)	26. 8.	25. 8.
Sept.	2083	2080
Dez.	2120	2110
Terminkontr. März	2150	2130
Umsatz	4152	3613

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	10,00	10,05
Okt.	10,35	10,64
Jan.	11,39	11,55
März	11,82	12,11
Mai	12,23	12,55
Umsatz	17 880	11 677

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	26. 8.	25. 8.
Terminkontr. Sept.	132,35	132,90
Dez.	129,80	130,01
März	127,36	127,80

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	26. 8.	25. 8.
schw. Sarawak spez.	252,50	252,50
weißer Sarawak	347,50	347,50
weißer Muntok	347,50	347,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	42,90	43,20
Dez.	43,20	44,00
Febr.	47,50	48,25

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	65,32	66,25
März	65,20	66,30
Mai	67,00	67,60

Wolle, Fasern, Kautschuk

Kautschuk London (p/kg)	26. 8.	25. 8.
Nr. 1 RSS loco	78,50–80,50	78,00–80,25
Okt.	78,80–80,00	77,50–80,00
Nov.	78,30–78,60	77,50–80,00
Okt./Dez.	78,40–78,50	78,30–78,50

Tendenz: ruhig

Messingnotierungen

	29. 8.	26. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	368	367–390
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	418	418
MS 63	423–428	423–428

Platin (£-Feinunze) London	26. 8.	25. 8.
fr. Markt	290,35	292,70

Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	99,00	101,15

Quecksilber $/Fl.)	–	285–295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–79

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

LEICHTATHLETIK / Sydney Maree und Pierre Quinon – die Weltrekordflut ist noch nicht beendet

● Rund 60 000 Besucher im Müngersdorfer Stadion sorgten für eine herrliche Leichtathletik-Kulisse. Der Rekord mit 50 000 Besuchern stammt noch aus dem Jahre 1960, als nach den Olympischen Spielen Armin Hary, Karl Kaufmann und Martin Lauer im Mittelpunkt standen. Zwei Weltrekorde durch Sydney Maree und Pierre Quinon erlebte das Kölner Publikum. Aber auch eine Reihe beachtlicher Erfolge deutscher Athleten. Zum 13. Mal in dieser Saison übersprang der Kölner Carlo Thränhardt die 2,30. Thomas Wessinghage, der ebenfalls für den ASV Köln startet, versuchte sich auf der 3000-m-Distanz und ließ bei seinem Sieg den 10 000-m-Weltmeister Alberto Cova hinter sich. Im nachhinein sah sich Organisator Manfred Germar darin bestätigt, die 20 000-Dollar-Gage für Carl Lewis nicht bezahlt zu haben. Germar: „Es klappt auch ohne den Superstar."



Am Ziel aller Wünsche: Sydney Maree nach seinem Rekordlauf. FOTO: DPA

● Am Sonntag brach in Köln Sydney Maree den 1500-m-Weltrekord des englischen Olympiasiegers Steve Ovett. Morgen in Koblenz will Ovett sich diesen Rekord zurückholen. „Ich werde ebenso wie Maree einen langen Spurt über 500 Meter wagen", sagte Ovett. Früher war Ovett der Gegenspieler des großen Sebastian Coe, der nun ans Aufhören denkt. Was Ovett jetzt vorhat, erscheint freilich auch als Versuch, die Uhren noch einmal anhalten zu wollen: Nein, die Ära Ovett ist doch noch nicht vorbei. Denn in Koblenz will auch Sydney Maree erneut starten: über eine englische Meile. Dann würde er auf den amerikanischen Vize-Weltmeister Steve Scott treffen. Und vielleicht auch auf den englischen Weltmeister Steve Cram, den Ovett-Nachfolger. Der englische Verband hat den Koblenzer Veranstaltern jedenfalls die Startzusage fernschriftlich übermittelt.

Ein langer Endspurt aus der Isolation

KLAUS BLUME, Köln

Liza weinte, weinte am anderen Ende der Telefonleitung in Philadelphia vor Glück. Liza ist die Ehefrau Sydney Marees, des neuen Weltrekordlers über 1500 Meter. Liza hat Sydney Maree erst zu diesem Glück verholfen, zu der Möglichkeit, nun der schnellste Mittelstreckenläufer aller Zeiten zu sein. Denn Sydney Maree (26) ist in Südafrika geboren. Dort wurde er, als erster Farbiger, sogar einmal zum „Sportler des Jahres" gewählt. Als aber die hohen Funktionäre des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und des Internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF) Südafrika wegen der Apartheid-Politik vom internationalen Sportgeschehen weitgehend ausschlossen, verfügten sie damit auch über Sydney Marees Zukunft. Nur weil Sydney 1981 die frühere amerikanische Läuferin Liza Rhoden heiratete und nach Philadelphia umzog, weil er ab Dezember endgültig die amerikanische Staatsbürgerschaft bekommt, darf er auch wieder internationale Rennen bestreiten.

Das ist die Vorgeschichte zu einem ungewöhnlichen Weltrekord. Sydney Maree, der einst bei dem Hamburger Sportlehrer Friedmann Stut in Pretoria das schnelle Laufen lernte, brach am Sonntagabend vor 60 000 Zuschauern in Köln den 1500-m-Weltrekord des Engländers Steve Ovett. Die Zeit von 3:31,36 Minuten hatte Olympiasieger Ovett 1980 in Koblenz erzielt, Maree lief in Köln 3:31,24 Minuten.

Es war weit nach Mitternacht, als Maree noch in der Runde saß und ständig sagte: „Gott machte keinen Fehler, als er die Schwarzen schuf." Zwei Tage zuvor hatte Maree nach einer total verkorksten Saison Manfred Germar und Klaus Ulonska, den beiden Managern des internationalen ASV-Sportfestes, versprochen, in Köln Weltrekord zu laufen. Ulonska: „Der war in Brüssel flach wie eine Flunder, und ich konnte mir nicht vorstellen, daß es klappen würde."

Es klappte, denn Maree gehört seit Jahren zu den besten Mittelstrecklern der Welt. Ein solcher Mann weiß freilich auch, wie man das Gerüst für einen ordentlichen Weltrekord zimmert. Seinen amerikanischen Landsmann David Mack hatte er als Tempomacher gewonnen, doch die letzten 500 Meter mußte Maree in einem geradezu irrwitzigen Endspurt allein laufen.

Es war ein Spurt aus der Isolation. Denn Sydney Maree, der Südafrikaner, hatte 1977 seine Heimat Pretoria verlassen, weil die südafrikanischen Sportler international boykottiert wurden. Er bekam ein Stipendium an der Villanova-Universität in Philadelphia und durfte fortan an Studenten-Wettkämpfen teilnehmen. Doch 1981 weigerten sich sowjetische Athleten, Hallen-Wettkämpfe in New York zu bestreiten, wenn der in Philadelphia lebende farbige Südafrikaner Sydney Maree dort starten würde. Er sagte: „Ich fand es geradezu pervers, daß ich als Farbiger darunter leiden mußte." Und: „Warum macht die Sowjetunion denn Goldgeschäfte mit Südafrika?" Verlogen sei es, wenn große Konzerne Handel mit Südafrika treiben würden, wenn osteuropäische Tennisspieler gegen südafrikanische antreten würden, wenn amerikanische Golfprofis und Pop-Sänger in Südafrika ihr Geld verdienen würden. „Mit dem Boykott", so Maree, „haben auch die schwarzen Afrikaner vor allem die Schwarzen in Südafrika getroffen."

„Sicher", so sagt er, „sieht man uns Schwarze in Südafrika nicht als Menschen an." Doch er hat dort seine Verwandten, dort ist seine Heimat, dort haben sie ihm – auch die Weißen – geradezu Kränze geflochten, als er von Erfolg zu Erfolg lief. Und so reist er denn auch hin und wieder dorthin, nicht als Geduldeter, sondern als Hochgelobter. Es gehe ihm darum, den Menschen die Augen zu öffnen. Nicht nur über die Apartheids-Politik seines Heimatlandes, sondern über das Verhalten anderer gegenüber diesem Staat. Deshalb habe er auch den Weltrekord von Köln besonders seinen schwarzen Landsleuten gewidmet. Noch ist Sydney Maree Südafrikaner, noch ist er jemand, der mit einer Aufenthaltsgenehmigung in den USA lebt, doch bald wird er Amerikaner sein.

Doch seine Probleme wird er nicht vergessen. Er wird weiter darum kämpfen, daß seine südafrikanischen Landsleute eines Tages wieder am internationalen Sportgeschehen teilnehmen dürfen – ohne, wie er, ihr Land verlassen zu müssen.

STAND●PUNKT / Versuche über 6 Meter – nur Irritation?

Der lange Blonde hatte lange allein in einer Ecke gesessen und gegrübelt. Dann war er doch noch an den Tisch gekommen. „Verzeiht mir", sagte Thierry Vigneron, einer der ganz Großen des Stabhochsprungs, „aber ich mußte erst begreifen, was da vorhin angestellt wurde. Gratulation Pierre, große Gratulation."

Was hatte denn Pierre Quinon, der 21jährige Student aus Paris, in Köln angestellt? Er hatte den Stabhochsprung-Weltrekord des Sowjetrussen Poljakow von 5,81 m um einen Zentimeter gesteigert. Aber dann hatte er das schier Unmögliche gefordert: einen Sprung über 6 Meter! Was war das: Irritation, Zirkusnummer fürs Publikum oder doch der ehrliche Versuch, in ein neues Leichtathletik-Zeitalter zu springen? Wenn er sieben Meter verlangt hätte, sagte Pierre, dann hätte man ihm dies als Zirkusnummer ankreiden können, doch so.

Pierre greift zur nächsten Zigarette. Sein Gesicht ist ernst, nachdenklich, als er sagt: „Ich wollte in das Jahr 2000 hineinspringen. Und ich weiß jetzt: Ich kann es noch vor dem Jahr 2000 schaffen."

Was sich in Köln bei dem Versuch, über 6 Meter zu springen, tat, das spielte sich im Grenzbereich des menschlichen Fassungsvermögens ab. Es war die Möglichkeit, etwas absolut Neues tun zu wollen und auch zu können. Pierre Quinon sagt dazu: „Es war das große Gefühl für etwas völlig Fremdes." Doch das Fremde schien auf einmal gar nicht mehr fremd zu sein. Patrick Abada, auch einer der Großen aus der französischen Stabhochspringer-Zunft, assistierte bei Quinons Versuchen über sechs Meter. Spät am Abend sagte er: „Das war alles in Ordnung. Ich hatte ein gutes Gefühl für Pierre, und ich hatte ein gutes Gefühl, etwas Ehrliches zu tun."

Aber Irrationales bleibt dennoch: Noch am Vortag war Quinon von einem Masseur behandelt worden, weil er erneut Schmerzen in der Hüftgegend verspürte. Springen wollte er deshalb schon gar nicht mehr. Und bei den Weltmeisterschaften in Helsinki war er an der Anfangshöhe von 5,40 m gescheitert. Er, der in diesem Jahr schon 5,80 m übersprungen hatte.

Als es zwanzig Minuten dauerte, bis die Anlage auf die niemals zu erwartende Höhe von sechs Metern umgebaut wurde, als sich Athleten und Betreuer um die Anlaufbahn scharrten, kam auch Jaczek Wszola aus Warschau, der frühere Hochsprung-Olympiasieger, dazu. Er hatte seine Kamera mitgebracht, um im Bild das Unfaßbare festzuhalten.

8,90 m ist der Amerikaner Bob Beamon 1968 in Mexiko weitgesprungen – ein Jahrhundert-Flug. Die sechs Meter von Köln, wenn auch vorerst (noch) nicht geschafft, waren eine Sternstunde der Leichtathletik-Geschichte. Sie waren der ernstzunehmende Versuch, das menschliche Fassungsvermögen um eine Dimension zu erweitern. Allein schon das wird Pierre Quinon zu einer konstanten Größe der Sportgeschichte machen.

Er sprach am Abend danach viel vom Gefühl, vom Spiel zwischen Körper und Geist, von der Nähe zur Artistik und vom Bekämpfen der Ratlosigkeit, wenn man so etwas, wie er, unternimmt. „Du brauchst", sagte er, der nur 1,78 m große Pariser, „für Höhen von sechs Metern einen Stab, der etwas länger als fünf Meter ist. Dann geht es."

Es wird gehen, Quinon hat dafür die Startrampe geschaffen. K. Bl.

Ein britischer Kriegsfilm als leise Charakterstudie

Tom, der Unbekannte Soldat

Vor dem Hintergrund des größten Landungsunternehmens im Zweiten Weltkrieg, der alliierten Invasion am 6. Juni 1944 (Kennwort: Overlord), erzählt der englische Spielfilm die Geschichte Toms, eines jungen britischen Soldaten, in der Zeitspanne von seiner Einberufung in die Armee bis zum D-Day, dem Beginn der militärischen Operation.

Der eher in sich gekehrte Tom hat keine Vorstellung von Krieg und Militär; er erlebt die Grundausbildung als verwirrendes Ritual, als eine Phase der Ermüdung und Demütigung. Zudem suchen ihn unbestimmte Ahnungen heim, Ahnungen von Schrecken und Tod. Nur einmal vergißt der Rekrut die langsam näherrückende Bedrohung der Front, als er sich bei einem Dorffest in ein Mädchen verliebt.

Dann – Tom hat gerade seinen 21. Geburtstag gefeiert – beginnt die Invasion. Während das Landungsboot in der Morgendämmerung auf die

Kennwort: Overlord – ZDF, 22.50 Uhr

Küste zufährt, ist Tom gelassen, so als wüßte er, was ihn erwartet – im Gegensatz zu seinen Kameraden, denen die Anspannung im Gesicht geschrieben steht. Seine Einheit gehört zur ersten Welle der Landungstruppen. Man springt in die Brandung, kämpft sich bis zum Strand durch. Noch bevor Tom überhaupt begreift, was um ihn herum vorgeht, ist er tot.

Das 1975 entstandene Kinowerk „Kennwort: Overlord" unterscheidet sich von den meisten anderen Kriegsfilmen durch die Art seiner Bildmotive und Gestaltung. Regisseur Stuart Cooper (geboren 1942 in den USA) vermeidet bewußt die gängigen Muster einer äußeren Spannungs- und Sensationsdramaturgie. Er, der im


Brian Stirner (l.) als Rekrut Tom und Sam Sewell als Vorgesetzter. FOTO: KINDERMANN

übrigen auch Koautor des Drehbuchs war, setzt die leise Charakterstudie des jungen Tom (Brian Stirner) in Kontrast zu Archivbildern und Dokumentaraufnahmen von Flächenbombardements, die aus der scheinbar anonymen Sicht der Bombenflugzeuge gedreht wurden. Diese Distanz der Betrachtung macht in Verbindung mit Coopers Montageprinzip die ungeheure räumliche Dimension, die Totalität des Krieges in frappierender Weise deutlich. So gelingen dem Regisseur durch seinen nüchternen Inszenierungsstil mehr bewegende und nachdenklich stimmende Bildfolgen als bei manch aufwendigen Großproduktionen mit kalkulierten Scheckeffekten.

Stuart Coopers Werk erhielt bei den 25. Internationalen Filmfestspielen in Berlin (1975) als Spezialpreis einen Silbernen Bären für „die poetische Verbindung von dokumentarischem und künstlerischem Inhalt und für die Ehrung des Unbekannten Soldaten". DW.

KRITIK

Wenig Mitmenschlichkeit

Man kann einen Menschen mit einer Wohnung genauso wie mit einer Axt erschlagen." Dieses (nicht zitierte) Wort Heinrich Zilles gilt nicht nur für das Wilhelminische Deutschland, sondern partiell immer noch für die Bundesrepublik – wie Nina Kleinschmidt und Wolf-Michael Eimler auf ebenso informative wie deprimierende Weise in dem ARD-Film des Saarländischen Rundfunks „Die Armen – Reportagen aus unserem reichen Land" zu zeigen vermochten.

Da weint ein kleines Mädchen in einer Nordseegemeinde um ihr Zwillingsbrüderchen – verstorben an Asthma wegen der faulenden Tapeten. Die zu feuchte Wohnung – vor der Arzt und Gesundheitsbehörde warnten – wurde der Familie durch die Gemeindeverwaltung zugewiesen.

Ein Wohnungsviertel, das in Neudeutsch „sozialer Brennpunkt" genannt wird, kann auch wie ein Kainszeichen wirken. Der Film zeigte ein solches Viertel in Gießen, wo mehr als 50 Prozent der Jugendlichen – gezeichnet durch ihre Herkunft – keinen Ausbildungsplatz finden können. Mit zahlreichen Betroffenen – Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, „Punkern" – suchten die Autoren das Gespräch. Doch die andere Seite – die Stadtverwaltung – kam dabei zu kurz. Auch die Frage, ob der gewiß gutgemeinte, öffentlich geförderte Bau von Sozialwohnungen (anstatt sozial Schwache allein auf das Wohngeld zu verweisen) nicht Getto-Bildungen begünstigte, wurde nicht gestellt. Ebenso wenig wurden bei den Empfängern von Kleinst-Altersrenten (die durch die Sozialhilfe aufgebessert werden müssen) die Ursachen für soziale Fehlentwicklungen gezeigt.

Dennoch war es eine TV-Stunde, die unter die Haut ging, weil sie die Schwächen in der mitmenschlichen Solidarität unserer Gesellschaft bloßlegte.

GISELHER SCHMIDT

STUDIO

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat mit der Landesregierung von Baden-Württemberg Verhandlungen über die **Änderung des Staatsvertrages für den Südwestfunk** aufgenommen. Wie der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel gestern vor Journalisten in Mainz mitteilte, soll mit der Vertragsänderung in erster Linie erreicht werden, daß neue Hörfunkfrequenzen und Satellitenkanäle nicht automatisch der öffentlich-rechtlichen Anstalt in Baden-Baden zufallen. Vogel erwartet nach dem bisherigen Verlauf der Gespräche eine einvernehmliche Änderung des Staatsvertrags. Sollte es dazu wider Erwarten nicht kommen, werde Rheinland-Pfalz den Staatsvertrag einseitig zum 31. Dezember 1984 kündigen.

Rheinland-Pfalz, das nicht über einen eigenen Sender verfügt, fühlt sich in den Programmen des für beide Bundesländer zuständigen Südwestfunks nicht angemessen berücksichtigt. Nach den Vorstellungen der Regierung in Mainz sollen neue Frequenzen im UKW-Bereich über 100 Megahertz auch zur Intensivierung der Berichterstattung aus Rheinland-Pfalz genutzt werden. Die Regierung denkt dabei nicht nur an den Südwestfunk, sondern auch an Privatfunk. (rtr)

*

Der internationale Fernsehwettbewerb für Unterhaltungssendungen um die **„Goldene Rose von Montreux"** soll 1984 erstmals auch mit Produktionen privater Film- und Fernsehproduzenten bestückt werden. Diese Veränderung – bisher waren nur Produktionen der Fernsehorganisationen zum Wettbewerb zugelassen – soll nach Vorstellungen der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) zu einer Qualitätssteigerung der konkurrierenden Beiträge führen. Die privaten Unterhaltungssendungen sollen am letzten Vorführtag von der internationalen Jury getrennt von den anderen Wettbewerbsbeiträgen bewertet werden. Darüber hinaus wird das Rahmenprogramm des Wettbewerbs, der voraussichtlich vom 9. bis 16. Mai 1984 stattfindet, ausgebaut. Geplant ist ein Kolloquium, das sich mit dem Thema „Unterhaltung im Fernsehen" befaßt.

Der Videokiosk, der bereits in diesem Jahr den Fernsehorganisationen und privaten Produzenten die Möglichkeit gegeben hat, ihre Unterhaltungssendungen vorzuführen, soll räumlich erweitert werden. (FK)

*

Als **„Entertainer des Jahres"** werden Friedrich Nowottny und Alfred Biolek mit der „Goldenen Europa", dem Show-Preis des Saarländischen Rundfunks (SR), ausgezeichnet. Wie der SR mitteilte, würdigt die Jury damit die „gelungene Verbindung von Politik und Show" bei der ARD-Wahlsendung am 6. März dieses Jahres. Den Preisträgern wird die „Goldene Europa" während der gleichnamigen ARD-Fernsehsendung am 10. November überreicht. (dpa)

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Köln: Männer: 400 m: 1. Cameron (Jamaika) 45,15. – 1500 m: 1. Maree (USA) 3:31,24 Minuten (Weltrekord), 2. Deleze (Schweiz) 3:34,22, 3. Walker (Neuseeland) 3:34,55. – 3000 m: 1. Wessinghage (Deutschland) 7:42,44 Minuten. – 400 m Hürden: 1. Moses 47,43 Sekunden, 2. Phillips (beide USA) 47,79, 3. Schmid (Deutschland) 48,49 (Europa-Jahresbestzeit). – Hochsprung: 1. Thränhardt (Deutschland) 2,30 m. – Stabhochsprung: 1. Quinon (Frankreich) 5,82 m (Weltrekord). – Frauen: 1500 m: 1. Dekker (USA) 3:59,80, 2. Kraus (Deutschland) 4:02,42, 3. Klinger (Deutschland) 4:02,66. – Hochsprung: 1. Ritter (USA) 1,96 m.

EISHOCKEY

Freundschaftsspiele: Duisburg – Iserlohn 7:9, Mannheim – Vitkovice (CSSR) 5:2, Landshut – Feldkirch (Österreich) 6:1.

FUSSBALL

Internationales Turnier in Bordeaux: Finale: VfB Stuttgart – Girondins Bordeaux 2:0, Spiel um Platz 3: FC Barcelona – FC Nantes 3:2.

TENNIS

Bundesliga, Herren, 6. Spieltag. Gruppe 1: Hamburg – Karlsruhe-Rüppurr 5:4, Leverkusen – Stuttgart 4:5, Essen – Neuss 5:4. – Tabellenspitze: 1. Essen 5:1 Pkte., 2. Neuss 4:2, 3. Stuttgart 4:2. – **Gruppe 2:** Berlin – Iph. München 5:4, Großh. München – Weiden 6:3, Amberg – Mannheim 7:2. – Tabellenspitze: 1. Amberg 6:0, 2. Berlin 5:1, 3. Weiden 3:3.

GOLF

Preis von Refrath, 54-Löcher-Ranglisten-Wettspiel des Deutschen Verbandes in Köln (Standard und Par 72): Damen: 1. Koch (Hannover) 75+76+73=224 Schläge; 2. Beer (Hanau) 72+81+76=229; 3. Steinert (St. Eurach) 76+76+78=230; **Herren:** 1. Blohm (Hamburg-Falkenstein) 71+75+75=221; 2. Reiter (Braunschweig) 69+73+80=222; 3. Mund (Wegberg) 73+76+75=224.

GEWINNZAHLEN

Toto: Elferwette: 1, 1, 2, 1, 2, 2, 2, 1, 1, 0, 2. – „6 aus 45": 10, 21, 24, 26, 38, 40, Zusatzzahl: 34. – **Rennquintett:** Rennen A: 12, 13, 5. – Rennen B: 31, 35, 22. (Ohne Gewähr)

NACHRICHTEN

Erster Sieg für Gideon

Recklinghausen (GAB) – Der Hamburger Torsten Gideon (St. Dionys) kam in Recklinghausen zu seinem ersten Sieg als Golf-Profi. Mit 71+75+73+74=293 Schlägen gewann Gideon den „Howard-Carpendale-Cup" bei Platzstandard 72 und erhielt eine Siegprämie von 9000 Mark.

Heute Fußball-Bundesliga

Bonn (sid) – Zwei Spiele des vierten Spieltages der Fußball-Bundesliga finden bereits heute statt. Jeweils um 20 Uhr werden die Spiele Uerdingen – Kaiserslautern und Bremen – Köln angepfiffen.

Hockey-Titel an Holland

Amstelveen (sid) – Bei der Hockey-Europameisterschaft in Amstelveen sicherte sich Gastgeber Holland den Titel erst nach Siebenmeterschießen mit einem 8:6-Erfolg über die UdSSR. Im Finale hatte es nach regulärer Spielzeit 2:2, nach der Verlängerung 4:4 gestanden.

Durie bezwang Mandlikova

Bonn (sid) – Hanna Mandlikova (CSSR) mußte sich beim Tennis-Grand-Prix-Turnier in Mahwah (US-Bundesstaat New Jersey) im Finale gegen die Engländerin Jo Durie mit 6:2, 5:7 und 4:6 geschlagen geben.

Moskau Europacup-Sieger

Tampere (dpa) – Ungeschlagen gewann ZSKA Moskau mit 6:0 Punkten in Tampere (Finnland) den Eishockey-Europapokal vor Dukla Iglau (3:3), Tappara Tampere (2:4) und dem deutschen Vertreter SB Rosenheim (1:5).

Nach Reiten Fünfter

Göteborg (sid) – Einen schwachen Start hatten die deutschen Modernen Fünfkämpferinnen bei der Weltmeisterschaft in Göteborg. Nach der ersten Disziplin, dem Reiten, liegt das deutsche Team mit 3040 Punkten auf Platz fünf.

RUDERN

Kaum noch Hoffnung für den Achter

sid/dpa, Duisburg

Der Achter, einst das Paradeboot des Deutschen Ruder-Verbandes (DRV), sorgte bei den 11. Ruder-Weltmeisterschaften in Duisburg für die größte Enttäuschung im deutschen Lager. Im Vorlauf kamen die acht Ruderer nur als letztes der fünf gestarteten Boote ins Ziel. Der Abstand zu den siegreichen Australiern betrug 12 Sekunden. Die Wahrscheinlichkeit, daß das Finale am Sonntag ohne Beteiligung des DRV-Achters stattfindet, ist nach der blamablen Vorstellung ziemlich groß. Zwar hat das deutsche Boot heute im Hoffnungslauf noch die Möglichkeit, mit einem ersten oder zweiten Platz in den Endlauf vorzustoßen, doch die derzeitige Form spricht dagegen.

Von den elf gemeldeten Booten hatte die deutsche Mannschaft nach der Vorlaufzeit gerechnet nur Großbritannien hinter sich lassen können. Und auch die Auslosung für das heutige Rennen spricht nicht für ein Weiterkommen. Mit dem letztjährigen Weltmeister Neuseeland, dem Olympia- und WM-Dritten UdSSR sowie den USA warten schwere Gegner auf den deutschen Achter.

Wenn auch die Verantwortlichen in den Reihen des DRV überrascht tun (Bundestrainer Rainer Kleinschmidt: „Wir haben keinerlei Begründung für diesen Einbruch"), so haben sich doch sicherlich die Querelen des Frühsommers um die Nominierung negativ auf die Leistung ausgewirkt. Ein weiteres Handicap war der Ausfall von Schlagmann Holger Piontek (Essen) im Höhentrainingslager in St. Moritz. Bundestrainer Hanno-Peter Schmidt hofft dennoch auf ein Weiterkommen.

MOTORSPORT

Schmid: „Kein Angebot an Stefan Bellof"

Ihr Artikel „Team-Chef Günter Schmid übt herbe Kritik an Winkelhock" in der Ausgabe vom 5. 8. 1983, Seite 14, enthält mehrere falsche Behauptungen:

Falsch ist, daß ich vor dem Weltmeisterschaftslauf in Hockenheim hinter dem Rücken des ATS-Fahrers Winkelhock mit Herrn Bellof verhandelt habe, um ihn schon beim Großen Preis der Niederlande am 28. August in Zandvoort starten zu lassen.

Richtig ist, daß ich Herrn Bellof vor einiger Zeit ein Angebot zu einer Testfahrt gemacht habe. Ein konkretes Angebot als Fahrer des ATS-Rennstalles habe ich Herrn Bellof schon deswegen nicht unterbreitet, weil Herr Bellof keine Lizenz als Formel-1-Fahrer besitzt und diese kurzfristig auch nicht erhält.

Äußerungen dahingehend, daß der ATS ein bißchen weiter vorne sein könnte, wenn ein Nelson Piquet oder Niki Lauda drinsitzen würden, habe ich in der zitierten oder einer ähnlichen Form nicht getan.

Falsch ist ferner, es heißt, Schmid stecke pro Saison zehn Millionen Mark in seinen Rennstall.

Richtig ist, daß die ATS-Leichtmetallräder GmbH, deren einer von zwei Gesellschafter-Geschäftsführern ich bin, den ATS-Rennstall seit Jahren finanziell unterhält, wobei der jährliche Aufwand weit unter 10 Millionen DM liegt.

Bad Dürkheim, den 26. August 1983
gez. Günter Schmid

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Vom Webstuhl zur Weltmacht
Letzter Teil
11.00 Umschau
11.25 Country-Time mit Freddy Quinn
12.10 Kontakte
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.25 Der Mann in den Bergen
16.10 Tagesschau
16.15 Lust und Frust
Film über die Grünen im Bundestag
17.00 Und dann laufe ich bis ans Ende der Welt (1)
Zweiteiliger Spielfilm für Kinder
Die 12jährige Majka wird wegen eines angeborenen Hüftleidens von ihren Mitschülern „lahme Ente" gerufen. Sie zieht sich deshalb in eine Welt mit erdachten Gestalten und Geschichten zurück.
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Ein Spiel mit Sigi Harreis
Musik gegen Autoren
21.00 Panorama
Themen: Gewaltdiskussion in der Friedensbewegung / Abrüstungspolitik – Westliche Vorleistungen / Asyl und Auslieferung / Mutterschaftsgeld
21.45 Quincy
Nur noch sieben Stunden
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
ARD-Talkshow mit J. Fuchsberger
Zu Gast: Hilde Krahl
Ihre Karriere begann am Wiener „Theater in der Josephstadt". Die Hauptrolle in Willi Forsts Welterfolg „Serenade" (1937) machte sie zum Star. Unvergessen auch ihre Darstellung in Filmen wie „Der Postmeister" oder „Herz der Welt".
23.45 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Pinocchio
Achterbahn und Karussell
15.45 Das Super T-Shirt
Engl. Film (1978)
Regie: Jeremy Summers
16.40 Ferienkalender
16.45 Die Schlümpfe
Die Schlümpfe sehen rot
17.00 Mosaik
Für die ältere Generation
König ohne Land
17.30 heute/Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Bireli Lagrene Group
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Rate mal mit Rosenthal
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Mensch, Teufel nochmal
Lustspiel von Robert Lamoureux
Mit Günter Pfitzmann, Ingeborg Körner, Gerd Duwner u. a.
Inszenierung: Jürgen Wölffer
Aus der Komödie am Kurfürstendamm
21.00 heute-journal
21.20 Standpunkte: Der NATO-Doppelbeschluß
Bericht von Günter Jachke, Renate Juszig und Manfred Teubner
22.05 Unser Kosmos (12)
Eine galaktische Enzyklopädie
22.50 Kennwort: Overlord
Engl. Spielfilm (1975)
(Dt. Erstaufführung)
00.05 heute


Günter Pfitzmann, Doris Gallart und Gerd Duwner in dem Lustspiel „Mensch, Teufel noch mal", um 19.30 Uhr im ZDF FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Marco (8)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Maxi und Mini
18.30 Spaß im III.
19.00 Beat-Club
Deep Purple, Santana, Doors
19.15 CQ-DX

WEST/NORD/HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die „DDR" (5)
Die Sächsische Schweiz
Film von Karl Wiehn
21.00 Formel Eins
ARD-Hitparade
21.45 Kunst und Maschine
Von Alain Jouffroy und Adrian Maben
22.30 Vor vierzig Jahren
Deutsche Wochenschau vom 8. September 1943
Kommentar: Wilhelm Ritter von Schramm, Bernd C. Hesslein
23.00 Letzte Nachrichten
Nur für WEST:
23.05 Soap oder Trautes Heim (25)
Nur für NORD/HESSEN:
23.05 Dallas

SÜDWEST

18.00 Serengeti darf nicht sterben
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
20.15 Ulmer Schachteln
Eine Spezialität der Donauschifffahrt einst und heute
Film von Erich Reißig
21.00 Grusel-Filme
Ich folgte einem Zombie
Amerik. Spielfilm (1943)
22.05 Dallas
Verhärtete Fronten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Die Gleichnisse Jesu – Ein Bilderbuch Gottes für die Christen
19.30 Formel Eins
ARD-Hitparade
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
Treffpunkt Freimann
22.35 Dallas
23.20 Rundschau



Allzu hohes Niveau

J. G. G. – Tausende polnischer Jugendlicher kehren in diesen Tagen aus Ferienlagern in der „DDR" zurück, wo sie sich nicht nur bräunten, sondern wo sie vor allen Dingen auch ideologisch gedrillt wurden, um vom „Solidarnosc"-Bazillus befreit zu werden. Gleichzeitig wurde bekannt, daß von den neuen Schulbüchern der Warschauer Militärregierung eine Million in der „DDR" gedruckt werden.

Die Zeitung „Glos Wybrzeza" weiß zu berichten, daß an „DDR"-Hochschulen 325 Polen studieren und 47 ihren Doktor machen. Allerdings gäbe es da auch Schattenseiten: Die Jungpolen müßten öfters Nachhilfestunden in Marxismus-Leninismus nehmen, dessen Vorlesungen *zwischen Oder und Elbe* „ein sehr hohes Niveau hätten" und deren „hohen Anforderungen" die Polen nicht mehr gewachsen seien.

Um das schöne Bild komplett zu machen, erklärte der neue Direktor des „DDR"-Kulturinformationszentrums in Warschau, der Genosse Magister Werner Stenzel, in einem Interview, daß die beiden „DDR"-Zentren zu Warschau und Krakau „mehr Flagge als bisher" zeigen würden. Sie wollen z. B. sämtliche Deutschkurse, den *Deutschunterricht* an Polens Gymnasien, am Lehrerbildungsinstitut in Warschau sowie die gesamte Germanistik an Polens Hochschulen und Universitäten unter ihre Fittiche nehmen. Die Polen sollen mehr „DDR"-Literatur lesen. Deswegen sei man auch in engste Kooperation mit den polnischen „Klubs der Internationalen Presse" getreten. Für Polens Germanisten wird es künftig eigene, von der „DDR" inspirierte Klubabende geben.

Die Stoßrichtung aller dieser Maßnahmen ist klar. Für die Polen soll es deutsche Kultur nur noch aus dem Blickwinkel des Honekker-Sozialismus geben, der ideologische Reinheit und „Treue zur großen Sowjetunion" garantiert. Man kann jetzt schon voraussagen: Solch „hohen Anforderungen" werden die jungen Polen auch künftig nicht gewachsen sein wollen.

Mit Laser gegen den grünen Star – Neue Methoden der Augenchirurgie

Sie sägen mit Schockwellen

Von keiner anderen Technik hat die Augenchirurgie in den letzten Jahren mehr profitiert als von der sprunghaft sich entwickelnden Lasertechnik. Schon etwas älter ist die Anwendung sogenannter heißer Laser. Sie werden vorwiegend in der Netzhaut- und Glaukomchirurgie eingesetzt und wirken durch Gewebeverbrennungen.

Das parallele und kohärente Laserlicht wird auf einen Punkt fokussiert, im Gewebe absorbiert und in Wärme umgewandelt. Diese Wärme erzeugt Narben; durch Narbenzug können sich Abflußwege im Auge öffnen und dadurch den Augendruck senken. Die Wärme kann aber auch kleine Löcher brennen, so daß das Vorderkammerwasser abfließen kann. Dieser Mechanismus dient der Behandlung des grünen Stars. Geringere Wärmemengen erzeugen entzündliche Exudate in der Aderhaut, so daß die Netzhaut punktförmig angenäht werden kann, um eine Netzhautablösung zu verhindern.

Völlig anders wirken die neuen Laser. Sie „brennen" nicht kontinuierlich, sondern sind gepulst. Die Strahlen sind unsichtbar, d. h., ihre Wellenlänge liegt im nahen Infrarotbereich bei 1064 Nanometer. Das Grundprinzip ist dasselbe wie das der neuesten militärischen Laser. So wie diese durch Fokussierung der elektromagnetischen Laserenergie am Ziel eine Schockwelle erzeugen, um etwa Raketen zur Explosion zu bringen, so werden im Auge mikroskopisch kleine Explosionen erzeugt, die aneinandergereiht einen Schnitt bilden.

Das aktive Medium der hier zu besprechenden Laser ist zur Zeit Neodym, ein metallisches Element aus *der Gruppe „Seltene Erden". Die* Neodym-Atome sind eingebettet in einen künstlichen Kristall, nämlich Yttrium-Aluminium-Gramet (YAG). Um den unsichtbaren Laserstrahl fokussieren zu können, wird der sichtbare Strahl eines Helium-Neon-Lasers parallel geschaltet. Beide Strahlen sind an eine normale Spaltlampe, wie jeder Augenarzt sie benutzt, angeschlossen. Auf diese Weise hat der Patient dieselben Eindrücke wie bei einer normalen Augenuntersuchung. Er bemerkt auch nicht mehr, als wenn untersucht würde, es sei denn gelegentliche kleinste Blitzerscheinungen.

Der Arzt fokussiert, d. h. er legt den Brennpunkt des parallel geschalteten Helium-Neon-Lasers mit dem Spaltlampenmikroskop auf die Stelle, die er schneiden will. Diesen Brennpunkt kann er, wenn die optischen Medien klar sind, an jede beliebige Stelle des Auges dirigieren, bis kurz vor die Netzhaut. Mit einem Fußschalter wird der Hochleistungslaser dann eingeschaltet. Für eine Zeitdauer von einigen billionstel Sekunden (lo⁻⁹) wird dann an der angezielten Stelle eine kaum vorstellbare Leistung erzeugt. Aus den Atomen der Gewebe werden Elektronen herausgeschleudert. Es entsteht ein heißer Plasma-Ball. Gleichzeitig baut sich an der gewünschten mikroskopisch kleinen Stelle ein Druck von hunderttausend Atmosphären auf, das getroffene Gewebe verdampft durch die entstehende enorme Temperatur von 17 000 bis 20 000 Grad.

Schließlich tritt der eigentliche Effekt ein: Die mit der Plasma-Bildung einhergehende Schockwelle zerreißt das Gewebe. Auf diese Weise kann man, ohne das Auge aufzuschneiden, in den tieferen Teilen des Auges z. B. runde Scheiben aus einer trüben Membran herausschneiden. Die Patienten sehen nach drei Minuten wieder klar, ohne etwas gespürt zu haben.

Schon über 20 000 derartiger Operationen wurden bisher ausgeführt. Nebenwirkungen sind nicht bekannt geworden. Kaum eine Operationsmethode wurde vorher ähnlich sorgfältig experimentell überprüft. Für jeden Teil des Auges gibt es verschieden starke Vorsatzlinsen mit einem Durchmesser von sechs Millimetern. Dies erhöht die Leistungsdichte um das Zehnfache. So ist es geübten Augenchirurgen möglich, bis einen halben Millimeter vor der Netzhaut Glaskörperstränge zu durchtrennen. Dies setzt freilich voraus, daß der Zusammenbruch der dielektrischen Eigenschaften des Gewebematerials (optical breakdown) mit der Plasmaentwicklung exakt an dieser Stelle erfolgt. Ungeübte Operateure sollten deshalb einen Sicherheitsabstand von etwa 1,5 bis drei Millimeter wahren.

Für das Zerschneiden oder Heraustrennen getrübter Membranen oder Glaskörperstränge im vorderen oder mittleren Augenabschnitt wäre das Risiko, die Netzhaut zu schädigen, etwa zu vergleichen mit der Gefahr, bei einer Blinddarmoperation die *Bauchaorta zu durchtrennen.*

Einen grauen Star kann man mit YAG-Lasern nicht operieren, höchstens „anoperieren". Die eigenartige, schalenartige, halb zähe, halb elastische Struktur der menschlichen Linse widersteht jeder Schockwelle. Daran scheiterten auch unsere vielen Versuche mit dem Lithotryptor (Nierensteinzertrümmerer) bei Dornier in Friedrichshafen, harte Linsenkerne aufzuweichen oder gar zu zerstören. Es wurden immer nur kleine Teile abgesprengt. Dieselben Ergebnisse zeigen die elektronenmikroskopischen Fotos der menschlichen Linse, die von Jan Worst in Holland mit dem YAG-Laser beschossen wurden.

Wir haben in unserer Bonner Augenklinik bisher 310 Fälle operiert und können nur die positiven Ergebnisse von Frau Professor Aron-Rosa, Paris, Professor Fankhauser in Bern sowie vielen amerikanischen Chirurgen bestätigen. Noch nicht absehbar ist, welche weiteren Indikationen z. B. in der Chirurgie des grünen Stars sich mit dem YAG-Laser eröffnen werden.

Für Patienten und uns Ärzte ist es jedesmal gleich verblüffend und beglückend, zu erleben, wie diese Methode nach einigen Minuten wieder völliges Sehvermögen auf ungefährlichem Wege herstellt, während sonst für denselben Eingriff eine intraoculäre Operation mit einigen Tagen stationären Aufenthalts notwendig war. Je nach Größe des Eingriffs und Menge des zerstörten Gewebes kommt es manchmal zu vorübergehender Drucksteigerung im Auge, die aber prophylaktisch abgefangen werden kann. Auch leichte Reizzustände, die Cortisontropfen erfordern, wurden beobachtet. Über ernste Komplikationen wurde bisher aber nicht berichtet.

Die Patienten sehen sich allerdings oft vor ein Problem gestellt: Sie haben einen Versicherungstarif abgeschlossen für stationäre Behandlung, also ersetzt ihnen die private Krankenversicherung nicht die Operationskosten, wenn sie ambulant behandelt wurden. Dasselbe gilt für die RVO-Kassen, die der Klinik nur den Pauschalsatz einer ambulanten Behandlung bezahlen. Besonders akut ist dieses Problem mit Einführung der neuen Operationstechnik des Nachstars mit dem YAG-Laser geworden, die nur wenige Minuten Klinikaufenthalt erfordert.

Obwohl die Behandlungsart in der ganzen Welt eingeführt und ungemein kostensparend ist und als einer der größten Fortschritte der Augen*chirurgie gilt, lehnten die Kassen sie* bisher rigoros ab, weil es sich angeblich um „noch nicht kassenübliche Verfahren" handele. So behandelten wir in Bonn denn bisher etwa 300 Patienten kostenlos.

MICHAEL ULRICH DARDENNE

Michael Ulrich Dardenne ist Prof. für Augenheilkunde an der Universität Bonn



Immer malt sich Leonor Fini eine morbide Traumwelt von der Seele: „Die Dauerwellen-Mitren" stammen aus dem Jahre 1967 FOTO DIE WELT

Sphinx mit irdischem Witz: Leonor Fini wird 65

Hofstaat voller Katzen

Als überzeugte Sphinx zählt sie ihre Jahre nicht. Das heißt aber nicht, daß sie den Tod ignoriert. Im Gegenteil: Leonor Fini fixiert ihn auf der Leinwand in vielfachen Versionen, zum Beispiel als elegantes Skelett von prachtvollem Renaissance*kostüm umhüllt, die knochigen Hän*de in einen Brokatmuff gesteckt, der genau zur tizianroten Perücke eingetönt ist. Die spektakuläre Geste geht der Malerin leicht von der Hand. So wird sie vielleicht auch heute, da sie 65 Jahre wird, ein Fest in ihrem korsischen Kloster geben, bei dem, wie schon so oft, alle Speisen die gleiche Farbe haben.

Eine puderfarbene Traumwelt mit lasziven Zwitterwesen hat Leonor Fini in ihren Bildern und Zeichnungen gestaltet. Sich selbst aber stilisierte sie zu ihrer perfektesten Kunstfigur. Verwandlung, überschwengliche Verkleidung, Maskierung liegen ihr im Blut. Das ist aus italienischen, deutschen und slawischen Ingredienzen zu einer brisanten Mischung gemixt. In Buenos Aires als Tochter eines argentinischen Vaters geboren, wurde die Zweijährige von ihrer Mutter nach Triest geholt, wo sie „in einem Treibhaus der Weiblichkeit" inmitten der Nachwehen der Belle Epoque aufwuchs. Bereits das kleine Mädchen begann Alltägliches in feierlichen Zeremonien zu zelebrieren.

In Italien studierte sie Typen und Kostüme der Renaissance und des Manierismus, bevor sie als 18jährige in Paris Furore machte. Besonders der Clan der Surrealisten mit Max Ernst, André Breton, Cocteau und Jean Genet schlossen das katzenäugige Mädchen mit dem schwarzen Haarschopf, die auch verstand, erotische Märchen zu schreiben, ins Herz. Jean Genet saß ihr Modell und for*mulierte eine von ihr allerdings we*nig geliebte Definition ihrer Malerei: „Wollüstig und mit Arsenik überpudert", so Genet, seien „ihre im Alkoven hingestreckten Damen, und deren elegante Liebhaber sind von einer Pest befallen." Hier, so meint Fini, spiegele sich eher seine als ihre Dekadenz.

In Paris zeigt sich Leonor Fini vielseitig: Sie entwirft Tapeten und Stoffe für das Modehaus Schiaparelli, Flacons und Teppiche. Sie zeichnet Theaterdekorationen und Filmkostüme. Sie illustriert Bücher von Shakespeare, Verlaine und ihrem Lieblingsdichter Baudelaire. Sie malt Sphinxen, Hexen und immer wieder schlafwandlerische Mädchen mit brennendroten Haarfluten und einem ganzen Arsenal von bizarren Hüten. In Eisenbahnwaggons lehnen sie sich erschöpft in üppige Kissen zurück oder üben kahlköpfig mit großer Grazie allerlei Torturen an ermatteten Jünglingen aus.

Malt sich Leonor Fini in ihren Bildern eine morbide Traumwelt von der Seele, so arbeitet sie an ihrem Image mit großer Vitalität. „Nichts ist so falsch wie das strenge Naturell, nur die Pose gibt Aufschluß": Nach diesem Motto schlüpfte sie vor dem Auge der Kamera mit prachtvollen Gewändern und seltsamen Masken in immer neue Rollen und Stimmungen.

Wenn man ihr dann aber einmal leibhaftig gegenübersitzt – sei es in ihrer Pariser Wohnung, ihrem Landhaus an der Loire oder aber dem romantischen Kloster hart an der Meeresküste auf Korsika –, dann kommt die eigentliche Überraschung: Umgeben von ihrem ständigen Hofstaat an aristokratischen Katzen kann Leonor Fini, diese Botschafterin der Unterwelt, voll irdischen Witzes sein. Wenn sie sich nicht gerade in ihr spiegelt, dann *spielt* sie selbstironisch mit der eigenen Legende. Sie ist, gottlob, eine Sphinx, die auch lachen kann.

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Koproduktionen sollen das Budget entlasten

dpa, **Salzburg**

Obwohl die Salzburger Festspiele diesmal auch ein finanzieller Erfolg waren – die Vorstellungen waren zu 99,2 Prozent ausgelastet –, wurden jetzt Überlegungen über kostensparende Koproduktionen für die kommende Saison angestellt. So erarbeiten die Festspiele Luciano Berios Oper „Un re in ascolto" (Ein König lauscht) unter Lorin Maazel und in der Regie von Götz Friedrich gemeinsam mit der Wiener Staatsoper. Paul Claudels „Der seidene Schuh" wird Hans Lietzau in Berlin proben, und das Schillertheater übernimmt diese Produktion anschließend. Außerdem bemüht man sich, unter ähnlichen Bedingungen Giorgio Strehler für Brechts „Leben des Galilei" (wahrscheinlich mit dem Wiener Burgtheater) zu gewinnen. Gesucht wird für 1986 noch ein Produktionspartner für die Uraufführung von Pendereckis Oper „Die schwarze Maske" nach Gerhart Hauptmann.

Hommage für Lillian Gish und Christian Dior

AFP, **Paris**

Lillian Gish, der großen amerikanischen Filmschauspielerin und Hauptdarstellerin zahlreicher Filme D. W. Griffiths, ist eine Veranstaltungsreihe der Pariser Cinematheque vom 12. bis 31. Oktober gewidmet. Die Schauspielerin wird dazu eigens nach Paris kommen und dort am 14. Oktober ihren 87. Geburtstag feiern. Die Filmausstellungen des französischen Modeschöpfers Christian Dior werden im Rahmen einer Hommage der Cinematheque française stehen, mit dem das Pariser Filmmuseum seinen neuen Saal einweiht. Unter dem Motto „Christian *Dior und der Film" werden insge*samt 80 Entwürfe Diors gezeigt, die er zwischen 1942 und 1949 für fünf Filme entwarf.

Prager Nationaltheater restauriert

rst. **Prag**

Nach siebenjährigen Arbeiten wurde jetzt die Restaurierung des Nationaltheaters in Prag beendet. Die Instandsetzung der 700 Räume des historischen Gebäudes am Moldau-Ufer sowie die Neugestaltung der Umgebung des Theaters und die technische Modernisierung haben 1,4 Milliarden Kronen gekostet. Neben Fachkräften haben sich nur im ersten Halbjahr 1983 an den Arbeiten auch 5600 freiwillige Helfer beteiligt. In den nächsten Tagen werden auf der Bühne die ersten Proben aufgenommen, und Ende September soll das Theater wieder eröffnet werden.

Mittel für das Opernhaus Hannover

dl. **Hannover**

Die niedersächsische Landesregierung hat jetzt die Landesmittel, die für den Innenausbau des Opernhauses erforderlich sind, bereitgestellt. Nach Angaben der Landesregierung werden die Kosten für den Umbau rund 16,5 Millionen Mark betragen. Davon entfallen zwei Drittel auf das Land Niedersachsen und ein Drittel auf die Stadt Hannover.

Adorno-Konferenz der Frankfurter Universität

DW. **Frankfurt**

Aus Anlaß des achtzigsten Geburtstages von Theodor W. Adorno veranstaltet das Institut für Sozialforschung der Frankfurter Universität, wo Adorno bis zu seinem Tode 1969 lehrte, eine Adorno-Konferenz. Sie findet vom 9. bis zum 11. September statt und endet mit der Verleihung des Adorno-Preises der Stadt Frankfurt an Günther Anders. The*men der Tagung sind Adornos* „Negative Dialekt-" und seine Gesellschaftstheorie.

Luzern: Musikwochen

Auch Heroen lieben die Idylle

Topographisch hat man's nicht schwer mit Wagner in Luzern, dafür aber musikalisch; denn der (fast) reine Konzertbetrieb wirft bei ihm höchstens die eine oder andere Ouvertüre ab. Die Muskikdramen sind auf der Bühne des Stadttheaters kaum zu realisieren, abgesehen davon, daß man damit die Gesamtkonzeption der Luzerner Festspiele entscheidend verändern müßte. Trotzdem feiert man Wagner, aber man begnügt sich mit der konzertanten Aufführung des zweiten „Tristan"-Aktes unter Daniel Barenboim und dem ersten Akt der „Walküre" unter Lorin Maazel.

Der zweite Jubilar des Jahres, bei dem sich auch einige Beziehungen zu Luzern und der Schweiz nachweisen lassen, kam da schon besser weg. Im ersten Konzert des Festspielorchesters bildete das Erste Klavierkonzert von Brahms den markanten Auftakt für die dreieinhalbwöchige Saison. Vladimir Ashkenazy, seit einem Jahr auch Bürger von Luzern, spielte den Solopart mit „Maestoso"-Attitude; das Orchester leitete Kurt Sanderling, Altmeister aus der „DDR", mit runden Bewegungen und nicht immer ganz eindeutiger Markierung. Den Stil der alten Dirigentenschule und das Wissen der Reife demonstrierte Sanderling dann bei der 3. Symphonie von Bruckner („Richard Wagner gewidmet").

Auch in den anderen Konzerten wurde Brahms kräftig Tribut gezollt: Anne-Sophie Mutter und Antonio Meneses spielten das Doppelkonzert für Violine und Cello. Karl Leister und das Brandis-Quartett trugen (neben Streichquartetten von Haydn und Schoeck) das Klarinetten-Quintett vor, und beim Klavierabend von Malcolm Frager, der für Claudio Arrau eingesprungen war, konnte man die Sonate op. 1 Nr. 1 hören. Auch das dritte Sinfoniekonzert stand mit dem „Deutschen Requiem" ganz im Zeichen von Brahms.

Am Rande, aber nicht weniger von Bedeutung, war die Vernissage zum 100. Geburtstag von Ernest Ansermet in der Kornschütte, bei der Studenten aus Genf die von Ansermet einst uraufgeführte „Histoire du soldat" von Strawinsky spielten, szenisch und musikalisch stark improvisiert. Als ein besonderes Ereignis erwies sich die Wiederaufführung eines Stummfilms aus dem Jahre 1913, in dem der Filmkomponist Giuseppe Becdce den Bayreuther Meister spielt. Dazu schrieb er eine „wagnerähnliche" Musik, weil Cosima und die Familie die originale Wagnermusik nicht freigegeben hatten. Ein siebzehn Mann starkes „Salonfilmorchester" ließ diese Mischung von Wagner-Heroisierung und bürgerlicher Idylle nun erneut erklingen.

OTTO BANTEL



Stieftöchter der Emanzipation (IX): Achmatowa, Rußlands tragische Muse

„Deinem Ruhm bin ich zu Diensten"

Geboren am 11. Juni 1889 in der Nähe von Odessa als Tochter eines ukrainischen Offiziers, schien Anna Achmatowa für das Glück vorherbestimmt zu sein. Sie verbrachte unbeschwerte Kinder- und Jugendjahre, studierte in Kiew und St. Petersburg und begründete 1910 gemeinsam mit Ossip Mandelstam und Nikolaj Gumiljow, den sie später heiratete, die Dichterschule der „Akmeisten", die sich gegen das Pathos und die Dunkelheit des Symbolismus wandte. Gemeinsam mit ihren Freunden setzte sich die junge Aristokratin für eine Rückkehr zur Klarheit in Form und Sprache, für apollinische Harmonie und Präzision in der Lyrik ein.

Von der Oktoberrevolution 1917 wurden die Akmeisten als Konterrevolutionäre angefeindet. 1921 wird Nikolaj Gumiljow von den Bolschewisten erschossen. Aber die Achmatowa weigert sich, ins Exil zu gehen. Sie kann nicht mehr veröffentlichen, obwohl sie unermüdlich Verse schreibt. Der nun schon seit Jahren in Paris lebende russische Literaturwissenschaftler Efim Etkind stellt im Rückblick auf diese Jahre fest: „Anna Achmatowa war es bestimmt, unsterbliche Worte über die Tragödie der Epoche zu sagen."

Viele ihrer Freunde, darunter die Dichter Mandelstam und Pilnjak, werden „liquidiert"; zwei weitere Ehen scheitern. Der Kunstwissenschaftler Nikolaj Punin, mit dem sie zum dritten Mal verheiratet war, bekannte viele Jahre nach der Scheidung: „Vor dem Sterben habe ich keine Angst ... Der Gedanke, daß es etwas Unsterbliches gibt und daß ich mittendrin sein werde, war so schön und feierlich. *Du schienst mir damals – und auch jetzt noch! – der höchste Ausdruck des Unsterblichen zu sein.*

So gedachten manche schon zu Lebzeiten der Dichterin. Doch es blieb ihr nicht erspart, daß auch ihr einziger Sohn in den Schreckensjahren unter Stalin mehrmals verhaftet und in ein Lager gesteckt wurde. Stets den gewaltsamen Tod ihres Sohnes befürchtend, ruft sie in bitteren Versen den Tod als Erlöser: „Nein, das bin ich nicht; das ist eine andere, die da leidet. Ich könnte das nicht so ..."

Als sie in den dreißiger Jahren in den Gefängnissen von Leningrad wartete, um etwas über ihren Sohn zu erfahren, wurde sie *einmal* von *einer* Unbekannten gefragt: „Und Sie können dies beschreiben?" Anna Achmatowa antwortete kurz: „Ja." Sie tat es in den beiden großen Gedichtzyklen „Requiem" und „Poem ohne Held", die bis zum heutigen Tag in der Sowjetunion nur in kurzen Auszügen veröffentlicht werden konnten.

Im zweiten Weltkrieg wurde die Dichterin aus dem lange Zeit durch Belagerung von der Außenwelt völlig abgeschnittenen Leningrad nach der usbekischen Hauptstadt Taschkent evakuiert. Die Kriegsjahre bedeuteten aber auch eine beispiellose Lokkerung der bisherigen Kulturpolitik der Sowjets. Der Marxismus spielte so gut wie keine Rolle, als es darauf ankam, im Kampf gegen Hitler die nationalen Überlieferungen und das Erbe der russischen Kultur zu mobilisieren. Achmatowa durfte sich wieder äußern, sie las in Lazaretten und vor beurlaubten Soldaten der Roten Armee aus ihren Lyrikbänden – und fand begeisterten Widerhall.

Doch Hitler war schneller besiegt als die Tyrannei im eigenen Lande. Die im Kampf gegen die Deutschen gewährten geistigen Freiheiten wurden alsbald wieder zurückgenommen. Chefexekutor der neuen repressiven Kulturpolitik war Stalins Intimus Andrej J. Shdanow, der bereits 1934 den „Sozialistischen Realismus" als offizielle Norm für die gesamte sowjetische Literatur und Kunst verkündet hatte. In einer berüchtigten Rede, die er 1946 vor dem Zentralkomitee der Partei hielt, bezeichnete er die Achmatowa als „rasende gnädige Frau, die zwischen Boudoir und Betschemel hin- und herläuft". Sie sei die „Vertreterin eines prinzipienlosen reaktionären Sumpfes", in deren dekadenter Poesie sich „Unzucht und Gebet verflechten".

Daraufhin wurden sämtliche Werke der Achmatowa erneut aus dem Verkehr gezogen. Was sie selbst dachte, deutet ein Vers an: „Sie – die Partei – stößt mit ihrem Maul tief in mein Blut hinein." Anna Achmatowa darf nur noch Gedichte aus anderen Sprachen ins Russische übersetzen.



Galt vielen schon zu Lebzeiten als höchster Ausdruck des Unsterblichen: Anna Achmatowa (1889–1966) FOTO: PIPER VERLAG

Einer der wenigen Lichtblicke dieser Zeit ist ihre Freundschaft mit dem damals in Moskau tätigen britischen Diplomaten und Historiker Isaiah Berlin. Berlin, geboren in Riga und überaus bewandert in russischer Literatur und Geistesgeschichte, ist zwanzig Jahre jünger als die Dichterin. Er erscheint ihr als „ein Gast aus der Zukunft". Ihm widmet sie zahlreiche ergreifende Liebesgedichte. Doch schon bald darauf – es beginnt die Zeit des „Kalten Krieges" – kehrt Berlin nach Oxford zurück. Erst 1965 – ein Jahr vor Achmatowas Tod – kommt es dort zu einem erschütternden Wiedersehen, als die berühmte britische Universität der russischen Dichterin die Ehrendoktorwürde verleiht.

Anna Achmatowa starb am 5. März 1966 in Domodedowo bei Moskau ohne Hoffnung auf ein Überleben ihrer zum größten Teil unveröffentlichten Werke. Der Tod der Dichterin wurde zwar von den sowjetischen Zeitungen gemeldet, doch eine offizielle Ehrung unterblieb. Dennoch gaben ihr Tausende das letzte Geleit.

Vor kurzem erschien im Piper-Verlag, München, eine repräsentative Auswahl aus dem lyrischen Schaffen der Achmatowa: „Im Spiegelland". Eine Dichterin ist da zu entdecken, die, trotz ihrer Herkunft von den „Akmeisten", sich keiner literarischen Schule zurechnen läßt und viele Gesichter zeigt: das der unsentimentalen Sängerin der Liebe mit ihren Qualen und Entzückungen; das der wehklagenden Sibylle und Kassandra; das der spielerisch-kecken Muse; das der an den Stolz und die Würde ihres Volkes appellierenden Patriotin; das der vor dem Wunder des Daseins staunenden Frau, die in ihrem Widerstand gegenüber den gnadenlosen Gewalten des Zeitalters von einer im ursprünglichsten Sinne religiösen Überzeugung geleitet war.

Noch steht die Erfüllung des Versprechens der Muse aus, das Achmatowa in ihrem „Poem ohne Held" die Göttin sagen läßt:

„Deinem Ruhm voll Zweideutigkeiten,
Dem seit zwanzig Jahren bespeiten,
Will ich besser zu Diensten sein.
O ja, wir werden noch zechen,
Für das Dunkel werd ich dich rächen,
Mein Zarenkuß ist dein."

G.-KLAUS KALTENBRUNNER

Alte Oper als liebenswertes Tollhaus – Eröffnung der Frankfurter-Feste 1983

Ein Vexierspiel der Vergänglichkeit

Die vielen Passanten, die sich am späten Nachmittag auf dem weitläufigen Platz um die Alte Oper ergingen, staunten nicht schlecht, als vor dem Eingangsportal ein langer roter Teppich ausgerollt wurde, an dem etwa 40 menschengroße Puppen in historischen Kostümen Spalier standen. Weit gefehlt die Vermutung, hier handele es sich um eine besonders aparte Modenschau – vielmehr werden Vorbereitungen getroffen für den Auftakt der „Frankfurt-Feste", die noch bis zur Monatsmitte dauern. Harald Weiss – in Hannover lebender Musiker und Allroundkünstler – schuf zu diesem Anlaß ein musikalisch-szenisches Environment „Im Wandel der Zeiten".

Am Abend war es dann soweit. Festliche Fanfarenklänge empfingen viele hundert Gäste, die nur einzeln nacheinander über den roten Teppich schreitend Einlaß in die Alte Oper fanden. „Majestät" hatte zum Feste geladen, und es kamen viele gute Bekannte aus vergangenen Zeiten. Es wurde ein Vexierspiel der Vergänglichkeit. An der Balkonbrüstung des Zwischenfoyers zog Brünnhilde alle Register stimmlicher Verführungskunst, um mit ihrem Geliebten Richard Wagner anzubandeln, der in der Eingangshalle die Gäste mit getragenem Klavierspiel empfing. Ein Animierkind in aufreizendem Partykleid spielte „Blindekuh" mit Tannhäuser. Liebevoll besorgt beugte sich die adrette Krankenschwester über einen mit alten Kriegswaffen und verrosteten Folterinstrumenten gefüllten Kinderwagen. Marilyn Monroe sprach im Mendelssohn-Salon die Zeitansage. „Spree-Party" im Humperdinck-Salon, „Concerto Grosso" im Pfitzner-Salon, „Gestanzte Gedanken" im Liszt-Salon, „Schlachtfest" in allen Toiletten. Harald Weiss hatte sich eine Menge bei dieser Inszenierung gedacht.

Insgesamt dreißig kunstvoll geschnitzte musikalisch-szenische Aktionen verwandelten die ehrwürdigen Räumlichkeiten der Alten Oper in ein liebenswertes Tollhaus, nie eindeutig und irritierend vor allem dann, wenn Realität und Inszenierung miteinander verschmolzen. Nicht anders war es mit der Musik. Sie nutzte und benutzte Jazz, Rock, Folklore, Alte und Neue Musik, zitierte, collagierte sie und suggerierte eine tiefere Bedeutung.

Um 21.50 Uhr begann der „Abgesang": Alle Akteure – insgesamt mehr als 200 Musiker, Schauspieler, Tänzer und Mimen – begaben sich in einer Art Prozession in das Dunkel des bis dahin verschlossenen Großen Saales. Punkt 22.00 Uhr fallen die Türen hinter dem letzten Akteur zu. Die Besucher bleiben ausgeschlossen. Auch das gab sich bedeutungsschwanger, aber war wohl schnell vergessen, denn die Festbeleuchtung der Alten Oper ging an, Sektkorken knallten im Foyer, Bier wurde gezapft. Das Fest ist aus – das Fest beginnt.

„Im Wandel" ist auch der Titel des aufwendig aufgemachten Begleitbuches zu den Frankfurt-Festen, deren vielfältige Veranstaltungen Gelegenheit bieten sollen, „gewissermaßen im Zeitraffer 800 Jahre europäischer Kulturgeschichte nachzuerleben, neu zu erfahren". Knapp die Hälfte der vier Dutzend Veranstaltungen sind aber den Jubilaren des Jahres, Richard Wagner (100. Todestag), und Anton Webern (100. Geburtstag) gewidmet. Ernsthaft u. a. mit „Tristan und Isolde" von der Welsh National Opera oder einer „Walküre" der Wiener Philharmoniker.

RENATE LIESMANN-GÜMMER

„Thor" – eine schwimmende Idee wartet auf ihren Durchbruch

Trotz bestandener Bewährungsprobe blieb der Erfolg des deutschen Ölauffangschiffs aus

E. NITSCHKE, *Wilhelmshaven*

Zuerst wollte Claus Lühring, Schiffswerft-Eigner aus Brake an der Unterweser, das Ding einfach „Ölsau" nennen. Aber das Bundesministerium für Forschung und Technologie, das immerhin 90 Prozent der Baukosten von mehr als sechs Millionen Mark für die „Ölsau" übernahm, war dagegen – „wegen der Schiffstaufe, wer soll denn da die Sektflasche werfen?". So wurde „Thor" geboren, aus den Anfangsbuchstaben von „Twin Hull Oil Recovery".

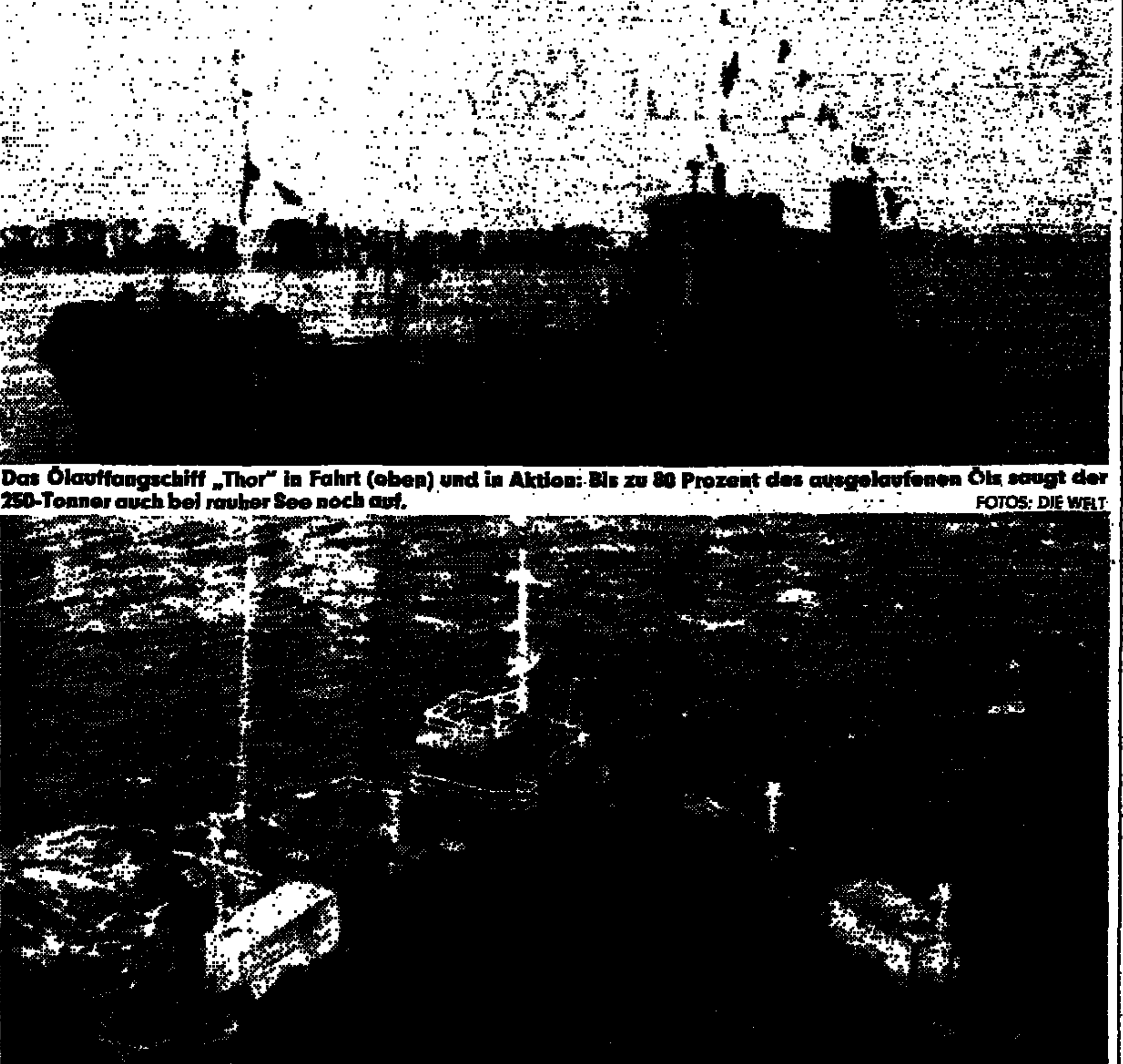
Den Tüftlern Claus Lühring und seinem Mitarbeiter Ortwin Fries kam die Idee, daß ein solches Rettungsschiff ausgelaufenes Öl im Meer gleichsam umarmen müsse, im Wohnzimmer. „Thor" ist in seiner ganzen Länge von 35 Metern der Länge nach aufgeschnitten, nur am Heck durch ein „Scharnier" verbunden. In Arbeitsstellung öffnen sich beide Schiffsteile am Bug zu einem Winkel von im Idealfall 65 Grad und einer Auffangbreite von 35 Metern. Zwischen den beiden Rumpfhälften wird das Öl bei Fahrt zusammengeschoben und in die Ladetanks des Schiffs gesaugt. Der Wasseranteil wird in besonderen Abscheideeinrichtungen vom Öl getrennt und wieder über Bord gepumpt. Bei rauher See und 1,50 Meter hohen Wellen war man nördlich von Helgoland zur Generalprobe ausgelaufen. Aus einem Schiff wurde Öl abgelassen und „Thor" konnte 80 Prozent der Menge wieder einsammeln.

„Alle Erdölförderländer haben Interesse und Begeisterung gezeigt", erzählt Claus Lühring. Übrigens schon, bevor der Prototyp einer neuen Schiffsgeneration überhaupt von Stapel lief und wie jetzt, in Wilhelmshaven zu besichtigen war. Das wurde erst durch einen dritten Bastler möglich, einen AEG-Geschäftsführer, der als begeisterter Mariner in 1000 Stunden Arbeit ein maßstabgerechtes Großmodell der „Ölsau" baute, mit dem sich über 20 Funkkanäle alle Funktionen in Fahrt darstellen lassen. Die „Verfilmung" der Jungfernfahrt des Modells ging in Kopien an mutmaßliche Interessenten, wobei eines nicht so deutlich zu sehen war: „Thor" liegt, ist das Schiff erst einmal V-förmig auseinandergefahren, „wie eine lahme Ente, die ihre Flügel ausgebreitet hat", fast ohne zu schaukeln auf dem Wasser. Und das ist, aller Erfahrung nach, die Vorbedingung dafür, daß ein Ölteppich auf den Wogen auch wirklich mit Erfolg angegangen werden kann.

Während „Thor" nun als Prototyp nur 250 Tonnen groß ist und mit seinen Pumpen – Grenze seiner Leistungsfähigkeit – in drei Stunden 170 Kubikmeter Öl bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit aufnehmen könnte, müßte ein Schiff für die effiziente Bekämpfung einer Ölpest auch bei hohen Windstärken etwa 600 Tonnen groß sein. Mit fünf solcher Schiffe, so heißt es, könnte die deutsche Küste im Fall von Ölalarm voll geschützt werden. Wird auch nur eins dieser größeren Schiffe bestellt, so jedenfalls Claus Lührings Philosophie, wäre auch die noch spürbare internationale Zurückhaltung und das Abwarten, ob die Deutschen ihre eigene „Ölsau" für salonfähig halten, überwunden.

Seit 1977 Öl von der Bohrinsel „Bravo" in die Nordsee lief, fördert das Bundesministerium für Forschung und Technologie Entwicklungsarbeiten mit dem Ziel, die bei Tanker- und „Off-shore"-Unfällen auftretenden größeren Ölmengen wirkungsvoll zu bekämpfen. Derzeit befinden sich 14 Einzelvorhaben bei Instituten, Ingenieurbüros und Werften in einem Förderprogramm von 22 Millionen Mark des Forschungsministeriums.

Könnte man die „Ölsau", die „Thor" heißt, und gegenwärtig, um keine weiteren Kosten zu machen, als Bunkerschiff arbeitet, nicht werbewirksam im Persischen Golf einsetzen? Die Lühring-Leute winken ab: Das Öl sinke an der westiranischen Küste schnell ab, was den Scheichtümern auf die Strände gespült werde, sei „Schiet" aus Tankern, deren Kapitäne kriminell die Gunst der Stunde nützten und ihre Ölreste abpumpten. Makaber, aber wahr: Nur ein Ölunfall vor der deutschen Küste könnte „Thor" einen Schritt weiterbringen.



Das Ölauffangschiff „Thor" in Fahrt (oben) und in Aktion: Bis zu 80 Prozent des ausgelaufenen Öls saugt der 250-Tonner auch bei rauher See noch auf. FOTOS: DIE WELT

Eine Menagerie zur Erquickung und Stärkung

Vor 125 Jahren wurde der Frankfurter Zoo geboren

ANDREAS SCHULZ, Bonn

An einem Augusttag vor 125 Jahren fand sich eine Handvoll reicher Frankfurter Bürger zusammen, um eine Aktiengesellschaft besonderer Art zu gründen. Die hohen Herren waren der „politischen und sozialen Kämpfe des Lebens" überdrüssig und wollten fortan in der „Beobachtung der Natur Erquickung und Stärkung" finden. Ihr zoologischer Garten sollte im Gegensatz zu fürstlichen Menagerien ein breites Publikum erreichen, sollte ein Tiergarten für Bürger sein.

Schon ein Jahr später ging die Rechnung auf: 69 000 Besucher strömten in den Zoo an der Bockenheimer Landstraße, 1865 waren es bereits 109 000. Das Gelände wurde bald zu klein, und Stück für Stück verlegte man die Tierkäfige auf die große Pfingstweide im Osten der Stadt. Das prunkvolle Gesellschaftshaus am Eingang des Frankfurter Zoos sah nicht nur Tierfreunde, sondern auch manch rauschende Ballnacht.

In den neunziger Jahren, als in Deutschland das Kolonial-Fieber grassierte und Heerscharen von Forschern in ferne Welten trieb, nahm die Sammelwut der Zoogesellschaft zeitweise merkwürdige Gestalt an. Bunte Plakate kündigten damals neben exotischen Tieren auch nackte Mädchen aus Samoa und wilde Buschmänner aus Deutsch-Südwestafrika an. Doch diese zweifelhafte Völkerschau hielt gottlob nicht lange an, der Forschereifer wandte sich wieder ausschließlich der Tierwelt zu.

Die beiden Weltkriege vernichteten dann den Bestand des Frankfurter Zoos fast völlig – 1945 hatten gerade vierzig Tiere halbverhungert überlebt. Als Zoodirektor Bernhard Grzimek den seit 1915 städtischen Betrieb übernahm, muße er auf flachgebombtem Areal von vorn beginnen.

Heute ist der Frankfurter Zoo mit elf Hektar zwar nicht einer der größten, mit jährlich etwa drei Millionen Besuchern dafür einer der beliebtesten Tiergärten Europas. Dr. Faust, der langjährige Assistent und Nachfolger Grzimeks, verfügt über einen Etat von 16 Millionen Mark im Jahr und beschäftigt 160 Mitarbeiter. Mit den Eintrittsgeldern sind allenfalls 50 Prozent der jährlichen Ausgaben zu decken. Eine dringend notwendige Erweiterung des Zoogeländes scheiterte bislang an der ungünstigen Lage im engen Frankfurter Ostend und am fehlenden Geld. Der geplante Ankauf eines 100 Hektar großen Geländes am Niederurseler Hang wird sich wohl in diesem Jahrzehnt nicht mehr realisieren lassen.

Heute stellen sich der Tierforschung völlig neue Aufgaben: Die fortschreitende Industrialisierung verdrängt auch in der Dritten Welt viele Tierarten aus ihrem angestammten Lebensraum. So manche Spezies existiert nur noch als Züchtung in wenigen Zoos, andere sind bereits ausgestorben. So ist es der Initiative des früheren Frankfurter Zoochefs Priemel zu verdanken, daß das Wisent (vorläufig) überlebt hat. „In Polen und Rußland laufen die heute wieder frei rum", resümiert Zoodirektor Faust diesen ersten Erfolg.

Die dramatischen Fernsehauftritte des unermüdlichen Anwalts der Tiere, Bernhard Grzimeks, haben Wirkung gezeigt. Auch die Tierhaltung in den Zoos folgt neuen Gesetzen. Hatte das bildungsbesessene Frankfurter Bürgertum noch „eine Schausammlung von möglichst lückenloser Zusammensetzung aller Tierarten" bieten wollen, denkt man heute anders darüber. Einer „humanen" Zoologie läuft das Prinzip der Vielfalt eher zuwider. Wenige, in sich zahlreiche Arten lassen sich besser züchten, eine entwicklungsschädigende Vereinzelung bleibt dem Tier erspart. Als der Frankfurter Zoo etwa zu viele Webervögelarten zog, stritten diese sich nur, anstatt zu brüten. Heute hält man deshalb nur noch eine Art.

Wettlauf um die Milliarden aus dem All

W. WILL, Cape Kennedy

Zur gleichen Zeit, zu der in Cape Kennedy – bislang problemlos – der Countdown für den heutigen ersten Nachtstart eines Raumfahrzeuges läuft, tickt auch die Uhr für einen Nasa-Auftrag im Werte von sechs Milliarden Dollar. Die Kontrahenten sind Rockwell und Lockheed. Wobei jedes dieser Luft- und Raumfahrtunternehmen von einer Reihe anderer namhafter Unternehmen unterstützt wird.

Und dieser Countdown um einen Fünfzehnjahresvertrag, bei dem es um Prestige, Profit und Arbeitsplätze geht, geht schnell und schneller seinem Ende entgegen: Schon in den *nächsten Tagen kann die Nasa-Spitze* die Entscheidung treffen, denn bereits am 1. Oktober tritt der von der Nasa angebotene Kontrakt in Kraft.

Philatelistischer Grossist

Die „Neuordnung", die am 1. Oktober einsetzt, ist Teil jener Bestrebungen, die US-Weltraumbehörde, zumindest bestimmte Bereiche, zu kommerzialisieren oder gar zu privatisieren. Dieser Prozeß, der die Nasa bereits zur Spedition und bei der neuen „Challenger"-Mission auch zum philatelistischen Grossisten machte, geht jetzt seinem Höhepunkt entgegen: Im Bemühen, die Kosten zu senken, will die Nasa die „Geschäftsführung" des Projekts Raumflugzeug einem einzelnen, dann voll verantwortlichen Privatunternehmen übertragen.

Bisher liegt die Zuständigkeit dafür bei *der Nasa und Raumflugzeughersteller* Rockwell plus weiteren 18 eigenständigen und eigenverantwortlichen Firmen. Die Nasa gedenkt sich aus diesem Bereich völlig zurückzuziehen und ihn einem Haupt-Vertragspartner zu übertragen. Davon verspricht sich die Nasa eine Einsparung der Kosten um wenigstens 20 Prozent sowie eine größere Produktivität und Effizienz.

Zu Rockwells „großer Partnerschaft" gehören Martin Marietta, Boeing, United Airlines und United Technologies, und Lockheed hat sich der „guten Dienste" von Grumman, Morton Thiokol und PanAm versichert. Der Kampf der beiden Lobbies hinter den Kulissen wird hart und schonungslos geführt – viel winkt jeder Gruppe, viel steht für beide auf dem Spiel.

Warum nicht früher gespart?

Das Quasi-Monopol Nasa-Rockwell geht zu Ende, und in dieser letzten Phase tritt Merkwürdiges zutage: Bisher stiegen und stiegen die Kosten, die Rockwell der Nasa in Rechnung stellte – jetzt, da der Vertrag ausgeschrieben ist und Rockwell einen Rivalen hat, offeriert das Unternehmen auf einmal kostensparende Verfahren. Das hat Rockwell harsche Kritik der Nasa eingebracht, und dies ist das Hauptargument des Konkurrenten Lockheed: Warum hat Rockwell nicht früher zu sparen angefangen?

Trotzdem herrscht im Kennedy Space Center der Eindruck vor, als würde sich die Nasa für Rockwell entscheiden: Das Unternehmen schließlich besitzt, so wird als Begründung angeführt, auf allen Gebieten bereits Erfahrungen, habe die erforderlichen Ingenieurs- und Technikerteams zur Hand, sei schließlich auch Designer und Hersteller der Flotte von Raumflugzeugen. (SAD)

Tränengas zieht durch die Studios der Äther-Piraten von Paris

Kritiker bezichtigen Regierung, nur gegen politisch mißliebige Sender vorzugehen

A. WEISSENBERGER, Paris

Wenn zwei das gleiche tun, ist dies nicht unbedingt dasselbe. Als die Regierung von Präsident Giscard d'Estaing *1979 einen illegalen Sender* der Sozialistischen Partei aushob, schäumte Frankreichs Linke vor Empörung. Jetzt schickt Frankreichs linke Regierung Polizei im Battledress und mit Tränengas aus, illegale Sender *auszuheben*.

Zwölf Privatsender, die sich in Paris illegal auf UKW-Frequenzen niedergelassen hatten, wurden in den letzten beiden Wochen von der Polizei ausgeräumt, die Ausrüstung beschlagnahmt. *Dramatisch ging es* bei Radio Vo-Ka in der Rue de Pyrenäe, dem Sender der Unabhängigkeitsbewegung für die französischen Antillen und Guayana, zu, den die Polizisten gegen hartnäckigen Widerstand *mit Tränengas* ausräuchern mußten.

Der Staatssekretär für Kommunikation, der Sozialist Georges Fillioud, begründete die Polizeiaktion mit der Notwendigkeit, „dem Gesetz Achtung zu verschaffen und die Ordnung auf den UKW-Frequenzen wiederherzustellen". Kritiker vermuten allerdings, daß unter diesem Deckmantel die Absicht steht, politisch mißliebige Privatsender zum Schweigen zu bringen. Nach ihrem Amtsantritt 1981 hatte die sozialistisch-kommunistische Regierung in durchaus löblicher Absicht die UKW-Frequenzen für Privatsender freigegeben.

Eine Unzahl von Privatsendern schossen aus dem Boden, die UKW-Frequenzen boten innerhalb kürzester Zeit nur noch „Wellensalat". Am 28. Juli 1982 wurde schließlich ein Gesetz verabschiedet, mit dem die *Tätigkeit der Privatsender geregelt* werden sollte. Die neu eingesetzte „hohe Autorität für das Audio-Visuelle" unter dem Vorsitz der ehemaligen Chefin von „Radio France", Michèle Cotta, wurde beauftragt, eine *Liste der Stationen zu erstellen*, die zugelassen werden sollten und ihnen die entsprechenden Frequenzen zuzuteilen.

Michèle Cotta und die anderen acht Mitglieder der stark linkslastigen *„hohen Autorität"* legten kurz entschlossen zahlreiche Stationen zusammen. So wurden mehrere jüdische Sender zu einer Station zusammengefaßt und mußten sich deren Sendezeit teilen, und selbst politisch weit voneinander entfernte Zeitungen mußten sich einen Sender und eine Frequenz teilen.

Den Sendern wurde jede Werbung verboten. Dieses Verbot umgehen viele der legalen und der Piraten-Sender auf vielfältigen Wegen. Bei den Zusammenschlüssen und der Zuteilung der Frequenzen wurde klar, daß die von der Regierung verordnete „Ordnung" im UKW-Bereich politisch nicht ganz „unschuldig" war. So wurde der von den dem gaullistischen Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, inspirierte Sender auf dem Eiffelturm – der Turm gehört der Stadt Paris – als einziger in Paris monatelang von der TDF gestört. Der ebenfalls der gaullistischen RPR nahestehende Sender „Solidarité" bekamt die Frequenz 103,9 Megahertz zugewiesen, die mit Autoradios nicht *zu empfangen ist und außerdem von* den militärischen Frequenzen auf 104 bis 108 Megahertz überlagert wird. „Solidarité" allerdings, ebenso wie eine Reihe anderer Sender weigerten sich, auf die neuen, ihnen offiziell zugewiesenen Frequenzen zu gehen.

Unter den zwölf jetzt ausgehobenen Sendern befinden sich neben der Porno-Station „Carbone 14", auch eine Reihe von politisch „mißliebigen" Radiopiraten wie Anarchisten, der Sender der katholischen Integristen und der dem libanesischen Präsidenten Gemayel und der gaullistischen RPR nahestehende Sender „die Stimme der Zeder" des libanesischen Obersten Fuad Malleck. Die Gaullisten hegen den Verdacht, daß dies die Rache des prominentesten Opfers der Aktion gegen den illegalen sozialistischen Sender „Radio Riposte" am 28. Juni 1979 ist: des damaligen Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, François Mitterrand. Damals hatte die Polizei auf Anordnung von Giscard d'Estaing die Senderäume von „Radio Riposte" besetzt und die Sendeanlagen beschlagnahmt. Die Mitarbeiter von „Radio Riposte" wurden wegen Verstoßes gegen das Rundfunkmonopol angeklagt. Mitangeklagter: François Mitterrand. Die Klage wurde nach der Wahl Mitterrands zum Staatspräsidenten niedergeschlagen.

Die Software lagert bombensicher

RALF PETER LAUCK, New York

Ein Hauch des Geheimnisvollen lag immer schon über dem Catskills Mountain nahe Rosendale im US-Bundesstaat New York. Täglich fahren schwere Lastwagen ohne irgendwelche Aufschriften durch die tonnenschwere Eisentür, die geräuschlos den Weg freigibt zu den in harten Fels geschlagenen Kavernen. In den Zeiten des Kalten Krieges wurden hier wertvolle Dokumente gelagert, um sie über den Atomkrieg zu retten. Heute bietet die Iron Mountain Group ihre Dienste für den Fall anderer Katastrophen.

Die zunehmende Abhängigkeit von der elektronischen Datenverarbeitung hat in den Vereinigten Staaten bei vielen Unternehmen die Angst vor dem völligen Zusammenbruch ihrer Datenzentren und Computerzentralen wachsen lassen. Ob Wasser, Feuer, Vandalismus oder welcher Grund auch immer – für die meisten Konzerne würde ein Totalausfall ihrer Rechner das Ende bedeuten.

Diese Angst entdeckte die Iron Mountain Group wie einige andere Sicherheitsunternehmen in den Staaten als Marktlücke. Sie bieten in ihren bombensicheren Felsbunkern Lagerräume für alle wichtigen Unterlagen, vor allem jedoch für Duplikate der Computerprogramme. Als Kopien liegen hier Kundenlisten, Unterlagen für das Rechnungswesen und vieles mehr vor. Für den Fall der Katastrophe braucht nur, was als relativ einfach gilt, für neue Hardware gesorgt zu werden, um ohne große Schwierigkeiten den Betrieb weiterlaufen zu lassen: Ein Raum mit allen Anschlüssen für ein Computer-Zentrum, steht in den Bunkern von Rosendale ebenfalls zur Verfügung.

Wer so vorbereitet in die Katastrophe geht, hat gute Chancen, den Wettlauf gegen die Zeit zu gewinnen. Denn Zeit ist alles, wenn die Mikroprozessoren ihren Geist aufgeben. Die Sicherheitsexperten aus dem Computergewerbe haben diesem Faktor auch schon einen Namen gegeben: MTBU (*Maximum* Time to Belly Up) – ist die Zeit, die bleibt, um die neuen Rechner mit den Programmen zum Arbeiten zu bringen, bevor das Unternehmen ernsthaft Schaden erleidet. So ergab eine Studie der Universität von Minnesota, daß Banken schon nach zwei Tagen ohne ihre Computer schwere Probleme hätten. Der MTBU für Handelsgesellschaften liegt bei 3,3 Tagen, für Fabriken bei 4,8 und bei Versicherungsgesellschaften bei 5,6 Tagen.

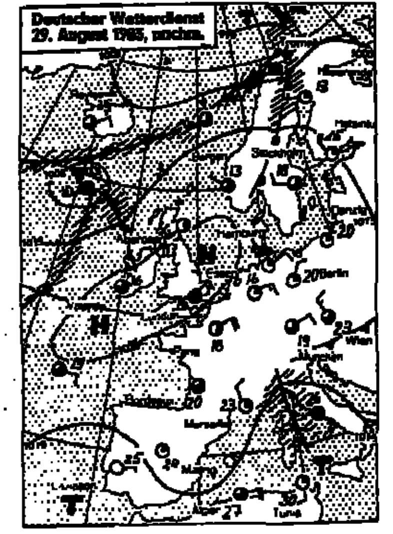
Auch wenn in den Bunkern vom Catskills Mountain der Ernstfall noch nie eingetreten ist, hat sich gezeigt, daß Totalausfälle von Rechenzentren so ungewöhnlich nicht sind. Erst im Februar wurde bei einem Sturm das Dach der amerikanischen Mazda-Zentrale in Kalifornien weggerissen. Dabei ging die gesamte IBM-Anlage zu Bruch. In Windeseile mußten die Autoleute eine normale Halle als Rechnerraum herrichten und in Tag- und Nachtarbeit eine neue Anlage installieren, die man sich mit viel Geld und Mühen besorgt hatte.

Nach einem Transformatorbrand bei einer Firma in San Francisco traten hochgiftige Dämpfe aus, so daß die Behörden das Gebäude sperrten und somit auch den Zugang zur Computerzentrale verlegten. Ein fast alltäglicher Fall suchte in New Jersey eine jener Firmen heim, die für andere Unternehmen Buchhaltung und Verwaltung besorgen. Einbrecher hatten aus Wut darüber, daß nichts zu holen war, die gesamte Einrichtung einschließlich der Rechner demoliert. Mit einem Schlag waren Steuerunterlagen und Gehaltslisten von mehr als 1300 Unternehmen mit rund 95 000 Beschäftigten unbrauchbar. Nur einem glücklichen Zufall war es zu verdanken, daß man wegen des nahenden Jahresendes dabei war, die Listen ausdrucken zu lassen. So konnten große Teile der Unterlagen vom Papier wieder in die Terminals gegeben werden. „Wären die ein paar Wochen früher gekommen, wären *wir jetzt aus dem Geschäft*", erklärte ein Sprecher der Firma. Den entstandenen Schaden bezifferte er immerhin noch auf fast eine halbe Million Mark. 112 Kunden sprangen ab, und für Wochen bekamen die Beschäftigten der Vertragsunternehmen noch unkorrekte Lohnstreifen.

Trotz solcher Erfahrungen, so schätzte jüngst die „New York Times", verfügen höchstens 25 Prozent der Unternehmen, die extrem von ihren Computern abhängig sind, über Alarmpläne für den Fall des Zusammenbruchs. Doch die Einsicht wächst stetig. Die Iron Mountain Group kann sich über Kundenmangel jedenfalls nicht beschweren, wobei *man mit Auskünften sehr zurück*haltend ist. In den Regalen lagerten etwa vier Millionen Bänder und ebenso viele Ordner mit Mikrofilmen und Papieren. Die Sicherheitsvorkehrungen sind nach menschlichem Ermessen kaum zu verbessern, ja muten manchmal sogar übertrieben an. So gibt es Firmen, die darauf bestehen, daß ihre Unterlagen in Räumen ohne elektrisches Licht lagern – aus Angst vor Feuer. Andere Firmen senden täglich Bänder mit den aktuellsten Vorgängen, so daß sie praktisch über Nacht ein neues System aufbauen und speisen könnten.

WETTER: Warm

Wetterlage: Während die Nordhälfte Deutschlands im Einflußbereich eines Hochs über Polen im Zustrom trockener und warmer Luft liegt, fließt in die Südhälfte feuchtwarme Mittelmeerluft.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C. ● bedeckt, still ═ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Dienstag:
Heiter und trocken mit Höchsttemperaturen nahe 26 Grad, an der See um 22 Grad, nächtliche Abkühlung auf 11 bis 8 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus östlichen Richtungen. Nur im Süden wechselnde Bewölkung. Nachmittags örtlich gewittrige Schauer, Höchsttemperaturen nahe 28 Grad, Tiefstwerte um 14 Grad. Meist nur schwachwindig.

Weitere Aussichten: Weiterhin warm, im Südwesten Gewitterbildung möglich.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	20°	Kairo	30°
Bonn	19°	Kopenh.	21°
Dresden	18°	Las Palmas	24°
Essen	16°	London	16°
Frankfurt	20°	Madrid	24°
Hamburg	20°	Mailand	30°
List/Sylt	17°	Mallorca	27°
München	19°	Moskau	11°
Stuttgart	20°	Nizza	26°
Algier	27°	Oslo	17°
Amsterdam	17°	Paris	18°
Athen	30°	Prag	20°
Barcelona	22°	Rom	26°
Brüssel	16°	Stockholm	19°
Budapest	27°	Tel Aviv	30°
Bukarest	27°	Tunis	30°
Helsinki	15°	Wien	23°
Istanbul	24°	Zürich	18°

* Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.32 Uhr, Untergang: 19.12 Uhr, Mondaufgang: 22.33 Uhr, Untergang: 14.04 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Herstatt-Prozeß: Urteile früher als erwartet

dpa, Köln

Im Kölner Herstatt-Prozeß gegen die beiden letzten verbliebenen Angeklagten, die früheren Bankmanager Bernhard Graf von der Goltz (48) und Heinz Hedderich (52), werden die Urteile entgegen der ursprünglichen Terminplanung bereits morgen verkündet, weil die große Strafkammer des Landgerichts ihre Beratungen früher als vorgesehen abgeschlossen hat. Die Staatsanwaltschaft hatte für beide Angeklagte nach viereinhalbjähriger Verhandlungsdauer um die mit 1,2 Milliarden Mark größte Pleite der deutschen Bankgeschichte Freiheitsstrafen von jeweils zwei Jahren und fünf Monaten gefordert. Sie hält von der Goltz und Hedderich für überführt, sich der Beihilfe zum Konkurs in einem besonders schweren Fall schuldig gemacht zu haben. Die Verteidigung hatte auf Anträge verzichtet.

Bereits im Juni dieses Jahres war der ehemalige Direktor der Geldhandelsabteilung im Bankhaus Herstatt, Kurt Wickel (53), nach einem überraschenden Geständnis in diesem größten deutschen Wirtschaftsprozeß zu zwei Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt worden. Staatsanwalt Manfred Wilhelms hatte ebenso wie die Verteidiger von Hedderich und Graf Goltz kritisiert, daß die Hauptschuldigen sich ihrer Verantwortung entzogen hätten. Gegen Ex-Bankchef Iwan D. Herstatt (69) und seinen früheren Chef-Devisenhändler Dany Dattel (43) hatte das Verfahren aus Krankheitsgründen eingestellt werden müssen. Ins Kreuzfeuer der Kritik war auch der frühere Hauptaktionär der Bank, Dr. Hans Gerling (68), geraten, der trotz eines gerichtlichen Vorführungsbefehls nicht bereit war, in den Zeugenstand zu treten.

Reinigungs-Programm

dpa, Moskau

Die sowjetischen Umweltschutz-Behörden haben ein Reinigungsprogramm für den stark verschmutzten sibirischen Baikal-See verordnet. Mit 1620 Meter ist er der tiefste See der Welt. Seine Wassermassen, die die Fläche Belgiens oder der Schweiz haben, bilden das größte Süßwasserreservoir der Erde.

Absturz: 12 Tote

AFP, Brisbane

Alle zwölf Insassen eines zweimotorigen Flugzeugs sind in der Nacht zum Montag beim Absturz der Maschine in der australischen Provinz Queensland getötet worden. Die Ursachen für den Absturz sind noch nicht bekannt.

Störche starten

AP, Eisenstadt

Trotz des sommerhaften Wetters kündigt der Herbst im österreichischen Burgenland sein Kommen an: Die Störche verlassen ihre Sommerquartiere und ziehen Richtung Süden.

Fest im Zelt

dpa, Bonn

Auf Bierzeltatmosphäre werden sich erstmals in diesem Jahr die Besucher des Bundespresseballs einstellen müssen. Der Vorstand der Bundespressekonferenz beschloß gestern, den Ball in einem Zelt zu veranstalten, nachdem Anfang August die Beethovenhalle von einem Feuer verwüstet worden war.

ZU GUTER LETZT

„Die Stadtwerke Neuss lieferte 1982 9,4 cbm Wasser, wobei Zweidrittel an private Haushalte ging und ein Drittel an Industrie, Gewerbe und Stadt." Aus „Stadt-Kurier".